



LUDWIGSBURG

FACHBEREICH FINANZEN

Bericht zum  
Jahresabschluss 2016  
der Stadt Ludwigsburg



## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Rechenschaftsbericht mit Finanzindikatoren</b>	<b>1</b>
<b>2. Feststellung, Aufgliederung und Verwendung des Jahresergebnisses</b>	<b>57</b>
<b>3. Bilanz 2016</b>	<b>58</b>
<b>4. Anhang zum Jahresabschluss</b>	<b>59</b>
<b>5. Anlage Entwicklung der Liquidität zum Jahresabschluss</b>	<b>69</b>
<b>6. Anlage Rückstellungsübersicht</b>	<b>70</b>
<b>7. Anlage Bescheinigung Pensionsrückstellungen</b>	<b>71</b>
<b>8. Anlage Kennzahlen zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit</b>	<b>72</b>
<b>9. Anlage Vermögensübersicht</b>	<b>73</b>
<b>10. Anlage Schuldenübersicht</b>	<b>74</b>
<b>11. Anlage Liste der Überschreitungen</b>	<b>75</b>
<b>12. Anlage Bürgschaftsübernahmen</b>	<b>76</b>

# Rechenschaftsbericht

## Stadt Ludwigsburg

2016

# Inhaltsverzeichnis

---

1 Vorbemerkung.....	4
1.1 Rechtliche Grundlagen.....	4
1.2 Allgemeine Erläuterungen zum Rechenschaftsbericht.....	4
1.3 Erläuterung Drei-Komponenten-Rechnung.....	4
2 Für den eiligen Leser .....	6
2.1 Allgemeine Daten.....	6
2.2 Gesamtergebnisrechnung.....	6
2.3 Gesamtfinanzzrechnung.....	7
2.4 Vermögensrechnung (Bilanz) .....	8
2.5 Kennzahlen .....	8
3 Allgemeines.....	9
3.1 Gesamtwirtschaftliche Lage .....	9
3.2 Haushaltsplan / Haushaltssatzung 2016.....	9
3.3 Feststellung der Jahresrechnung.....	9
4 Gesamtergebnisrechnung.....	10
4.1 Erläuterung einzelner Ertragsarten .....	11
4.1.1 Ordentliche Erträge .....	11
4.1.2 Steuern und ähnliche Abgaben.....	12
4.1.3 Zuwendungen und Umlagen.....	13
4.1.4 Sonstige Ertragsarten .....	14
4.1.5 Zusammensetzung der Kernfinanzierungsmasse .....	15
4.2 Erläuterung einzelner Aufwandsarten.....	16
4.2.1 Ordentliche Aufwendungen.....	16
4.2.2 Personal- und Versorgungsaufwendungen .....	17
4.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.....	17
4.2.4 Planmäßige Abschreibungen.....	18
4.2.5 Zinsen und ähnliche Aufwendungen.....	19
4.2.6 Transferaufwendungen .....	19
4.2.7 Sonstige ordentliche Aufwendungen .....	20
4.3 Erläuterung des Sonderergebnisses.....	21
4.4 Entwicklung der Rücklagen.....	22
4.5 Entwicklung der Rückstellungen .....	23
5 Gesamtfinanzzrechnung.....	24
5.1 Erläuterung Einzahlungen / Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit.....	24
5.2 Erläuterung Einzahlungen / Auszahlungen aus Investitionstätigkeit .....	25

5.3 Erläuterung Einzahlungen / Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit.....	27
6 Vermögensrechnung (Bilanz) .....	28
7 Kennzahlen .....	31
7.1 Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage sowie zum Haushaltsergebnis .....	31
7.1.1 Steuern.....	31
7.1.1.1 Entwicklung der Realsteuern - Hebesätze und Aufkommen .....	32
7.1.1.2 Gemeinschaftssteuern .....	34
7.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen .....	36
7.1.3 Personal- und Versorgungsaufwand.....	38
7.1.4 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.....	39
7.1.5 Transferaufwendungen .....	41
7.1.6 Haushaltsergebnis .....	43
7.2 Kennzahlen zur Bilanz .....	46
7.2.1 Kennzahlen zur Vermögenslage.....	46
7.2.2 Kennzahlen zur Kapitalstruktur (haushaltswirtschaftliche Gesamt-situation).....	49
8 Prognosebericht - Risiken und Chancen .....	50
8.1 Entwicklung von Jahresergebnis und Eigenkapital.....	50
8.2 Entwicklung der Verschuldung.....	52
9. Entwicklung der Finanzindikatoren .....	53
9.1 Indikator 0.3 Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit.....	53
9.2 Indikator 0.4 Liquidität.....	54
9.3 Indikator 0.5 Kommunale Schulden pro Einwohner.....	55
9.4 Indikator 0.7 Ergebnishaushalt .....	56

## 1 Vorbemerkung

### 1.1 Rechtliche Grundlagen

Nach § 95 Abs. 2 der Gemeindeordnung (GemO) i.V.m. § 54 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) ist dem Jahresabschluss ein Rechenschaftsbericht beizufügen.

Im Rechenschaftsbericht sind der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die wirtschaftliche Lage der Gemeinde unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dabei sind die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern und eine Bewertung der Abschlussrechnungen vorzunehmen.

Der Rechenschaftsbericht soll auch darstellen:

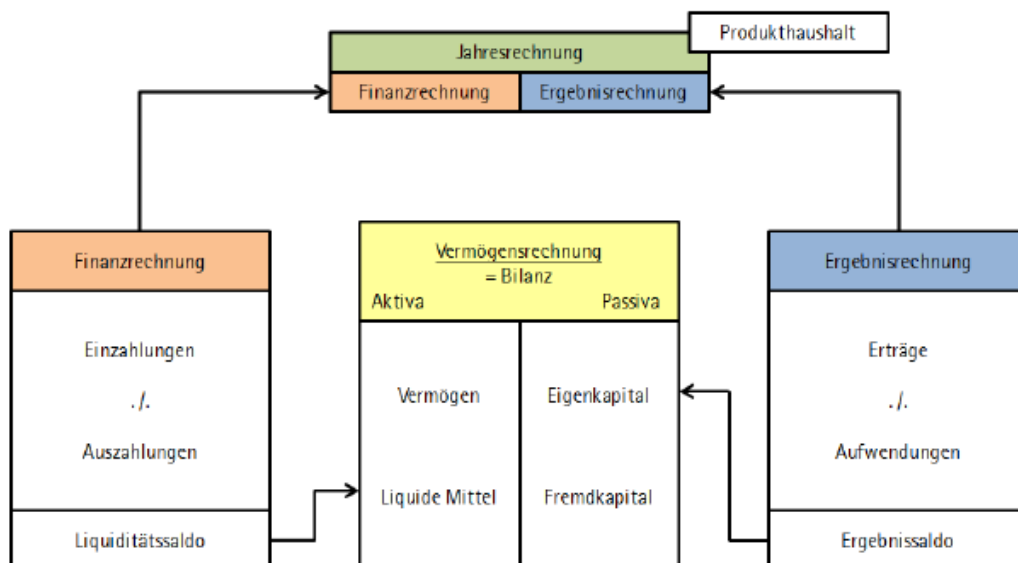
1. die Ziele und Strategie,
2. Angaben über den Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung,
3. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind,
4. zu erwartende positive Entwicklungen und mögliche Risiken von besonderer Bedeutung und
5. die Entwicklung und Deckung der Fehlbeträge.

### 1.2 Allgemeine Erläuterungen zum Rechenschaftsbericht

Aufgrund von bundesweiten Verzögerungen bei der Veröffentlichung von Bevölkerungsstatistiken können derzeit nur die Einwohnerzahlen zum 31.12.2015 zugrunde gelegt werden, d.h. die in diesem Bericht berechneten Werte pro Einwohner basieren für den 31.12.2015 und den 31.12.2016 jeweils auf derselben Einwohnerzahl für die Stadt Ludwigsburg (31.12.2015: 92.973 Einwohner)

### 1.3 Erläuterung Drei-Komponenten-Rechnung

Das neue doppische Rechnungssystem ist als Drei-Komponenten-Rechnung konzipiert.



**Ergebnishaushalt / -rechnung** (Darstellung des Ressourcenverbrauchs)

Der Ergebnishaushalt bildet die laufende Verwaltungstätigkeit ab; hier werden Erträge und Aufwendungen (ressourcenorientiert) anstelle der bisherigen (zahlungsorientierten) Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt veranschlagt und verbucht. Zu den Aufwendungen gehören auch nicht zahlungswirksame Ressourcenverbräuche (z.B. Zuführungen zu Rückstellungen, Abschreibungen) und nicht zahlungswirksame Erträge (z.B. Inanspruchnahme von Rückstellungen oder Auflösung von Sonderposten für Investitionszuweisungen und Investitionsbeiträge).

**Finanzhaushalt / -rechnung** (Darstellung des Geldverbrauchs):

Im Finanzhaushalt werden die Einzahlungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres - ohne periodengerechte Rechnungsabgrenzung - dargestellt. Dies umfasst sowohl die Ein- und Auszahlungen des laufenden Verwaltungsbetriebs, als auch die Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit Investitionen und aus Finanzierungstätigkeit (z.B. Kreditaufnahmen und -tilgungen). Der Finanzhaushalt dient dem Nachweis der Herkunft und der Verwendung der liquiden Mittel und als Liquiditätssaldo. Er ermöglicht die Beurteilung der Finanzlage neben der Ertrags- und Vermögenslage.

Der Saldo der Finanzrechnung ist der Netto-Zufluss bzw. Netto-Abfluss an liquiden Mitteln innerhalb der betrachteten Rechnungsperiode. Addiert man diesen Saldo mit dem Bestand an liquiden Mitteln zu Beginn der Rechnungsperiode (sog. Anfangsbestand), so erhält man den in der Bilanz im Umlaufvermögen auszuweisenden Bestand an liquiden Mitteln.

**Bilanz** (Darstellung des Vermögens und der Schulden)

Die Bilanz ist in der Doppik die Gegenüberstellung von Vermögen sowie Eigen- und Fremdkapital zum Bilanzstichtag 31.12.

## 2 Für den eiligen Leser

### 2.1 Allgemeine Daten

	2014	2015	2016
Einwohner zum 31.12. des Vorjahres	91.116	92.973	92.973
Hebesatz Grundsteuer A	375	375	375
Hebesatz Grundsteuer B	375	375	375
Hebesatz Gewerbesteuer	375	375	375

### 2.2 Gesamtergebnisrechnung

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
<b>Ordentliche Erträge</b>	<b>257.944.796,14</b>	<b>259.784.904</b>	<b>272.127.646,88</b>	<b>12.342.742,74</b>	<b>4,75</b>
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>253.379.356,67</b>	<b>262.493.636</b>	<b>267.490.953,75</b>	<b>4.997.317,58</b>	<b>1,90</b>
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>4.565.439,47</b>	<b>-2.708.732</b>	<b>4.636.693,13</b>	<b>7.345.425,16</b>	<b>271,18</b>
Sonderergebnis	1.716.438,47	200.000	1.555.412,16	1.355.412,16	677,71
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>6.281.877,94</b>	<b>-2.508.732</b>	<b>6.192.105,29</b>	<b>8.700.837,32</b>	<b>346,82</b>
<b>Steuern und ähnliche Abgaben</b>	<b>156.160.197,68</b>	<b>150.341.000</b>	<b>164.856.155,06</b>	<b>14.515.155,06</b>	<b>9,65</b>
davon Grundsteuer A und B	15.146.961,35	14.793.000	15.104.386,60	311.386,60	2,10
davon Gewerbesteuer	78.938.013,54	71.000.000	83.402.784,72	12.402.784,72	17,47
davon Gemeindeanteil an Einkommensteuer	48.714.640,78	49.912.000	50.959.858,79	1.047.858,79	2,10
davon Gemeindeanteil an Umsatzsteuer	7.386.589,75	7.664.000	7.611.957,95	-52.042,05	-0,68
davon Vergnügungssteuer	1.798.436,26	2.660.000	3.422.356,00	762.356,00	28,66
davon Hundesteuer	298.170,00	293.000	320.140,00	27.140,00	9,26
erhaltene Zuweisungen und Zuschüsse	21.011.302,19	21.284.250	21.577.125,76	292.875,76	1,38
Personal- und Versorgungsaufwendungen	66.714.867,40	74.275.200	70.922.382,89	-3.352.817,11	-4,51
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	40.944.990,32	41.389.530	41.581.952,47	192.422,47	0,46
Transferaufwendungen	116.608.547,99	118.799.510	124.885.240,28	6.085.730,28	5,12
Netto-Abschreibungen (Gesamtabschreibungen ohne Forderungsabschreibungen abzüglich aufgelöste Investitionszuschüsse)	10.561.531,59	10.342.763	12.015.920,43	1.673.157,49	16,18



## 2.3 Gesamtfinanzzrechnung

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abwei- chung 2016 %
Einzahlungen aus laufender Ver- waltungstätigkeit	252.024.855,82	249.412.150	269.535.225,76	20.123.075,76	8,07
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	229.079.747,67	243.877.378	241.848.699,96	-2.028.678,13	-0,83
<b>Zahlungsmittelüberschuss/ - bedarf des Ergebnishaushaltes</b>	<b>22.945.108,15</b>	<b>5.534.772</b>	<b>27.686.525,80</b>	<b>22.151.753,89</b>	<b>400,23</b>
Einzahlungen aus Investitionstä- tigkeit	6.619.587,62	15.574.200	6.851.507,50	-8.722.692,50	-56,01
Auszahlungen aus Investitionstä- tigkeit	32.944.508,89	49.602.750	34.028.567,73	-15.574.182,27	-31,40
<b>Finanzierungsmittelüber- schuss/ -bedarf aus Investiti- onstätigkeit</b>	<b>-26.324.921,27</b>	<b>-34.028.550</b>	<b>-27.177.060,23</b>	<b>6.851.489,77</b>	<b>20,13</b>
Einzahlungen aus Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich ver- gleichbaren Vorgängen für Inves- titionen	0,00	9.000.000	0,00	-9.000.000,00	-100,00
Auszahlungen aus Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich ver- gleichbaren Vorgängen für Inves- titionen	1.099.096,67	412.600	412.553,65	-46,35	-0,01
<b>Finanzierungsmittelüber- schuss/ -bedarf aus Finanzie- rungstätigkeit</b>	<b>-1.099.096,67</b>	<b>8.587.400</b>	<b>-412.553,65</b>	<b>-8.999.953,65</b>	<b>-104,80</b>
<b>Änderung Finanzierungsmittel- bestand (ohne Liquiditätskredi- te)</b>	<b>-4.478.909,79</b>	<b>-19.906.378</b>	<b>96.911,92</b>	<b>20.003.290,01</b>	<b>100,49</b>
<b>Änderung Finanzierungsmittel- bestand (inkl. Liquiditätskredi- te)</b>	<b>-4.478.909,79</b>	<b>-19.906.378</b>	<b>96.911,92</b>	<b>20.003.290,01</b>	<b>100,49</b>
Mindestüberschuss (ordentliche Tilgung)	1.099.096,67	412.600	412.553,65	-46,35	-0,01
Nettoinvestitionsrate	21.846.011,48	5.122.172	27.273.972,15	22.151.800,24	432,47

## 2.4 Vermögensrechnung (Bilanz)

Bezeichnung	2014 in Euro	2015 in Euro	2016 in Euro	Veränderung
<b>1 - Vermögen (Aktiva)</b>	<b>786.746.867,99</b>	<b>804.860.974,60</b>	<b>812.494.871,03</b>	<b>7.633.896,43</b>
1.1 - Immaterielles Vermögen	610.380,78	669.778,69	612.829,80	-56.948,89
1.2 - Sachvermögen	568.692.780,83	580.505.553,33	596.796.259,12	16.290.705,79
1.3 - Finanzvermögen	214.402.234,76	219.389.577,23	210.086.666,80	-9.302.910,43
1.4 - Aktive Rechnungsabgrenzung	671.381,89	670.214,56	681.010,69	10.796,13
<b>2 - Kapital (Passiva)</b>	<b>786.746.867,99</b>	<b>804.860.974,60</b>	<b>812.494.871,03</b>	<b>7.633.896,43</b>
<b>2.1 - Kapitalposition</b>	<b>556.073.015,52</b>	<b>563.794.910,74</b>	<b>578.904.746,37</b>	<b>15.109.835,63</b>
2.1.1 - <i>davon Basiskapital</i>	540.670.832,04	542.104.650,06	550.604.661,51	8.500.011,45
2.1.2 - <i>davon Rücklagen</i>	15.402.183,48	21.690.260,68	28.300.084,86	6.609.824,18
2.1.3 - <i>davon Fehlbeträge ordentliches Ergebnis</i>	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2 - Sonderposten	186.701.763,26	180.753.629,96	171.687.287,23	-9.066.342,73
2.3 - Rückstellungen	10.657.079,36	19.907.270,00	31.113.248,31	11.205.978,31
2.4 - Verbindlichkeiten	21.896.522,23	28.803.984,51	18.748.617,42	-10.055.367,09
2.4.1 - <i>davon Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen</i>	12.024.485,61	18.390.539,21	10.512.835,29	-7.877.703,92
2.5 - Passive Rechnungsabgrenzung	11.418.487,62	11.601.179,39	12.040.971,70	439.792,31

## 2.5 Kennzahlen

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016
Steuerquote	60,54	57,87	60,58	2,71
Steuerquote mit eigenem Hebesatzrecht	37,29	34,16	37,57	3,41
Zuwendungsquote	23,23	26,53	24,31	-2,22
Personalintensität	26,33	28,30	26,51	-1,78
Sach- und Dienstleistungsintensität	19,47	19,18	18,63	-0,56
Transferaufwandsquote	46,02	45,26	46,69	1,43
Abschreibungsquote	7,30	6,95	7,41	0,46

### **3 Allgemeines**

#### **3.1 Gesamtwirtschaftliche Lage**

Trotz der weiterhin guten Konjunktur in Deutschland und der nach der Finanz- und Wirtschaftskrise stetig steigenden Steuereinnahmen gibt es weiterhin starke regionale Unterschiede bei den Kommunen und die Finanzlage bleibt in einer Reihe von Städten kritisch.

Mit Sorge bewertet der Städtetag insbesondere, dass die Unterschiede zwischen finanzschwachen und finanzstarken Kommunen immer gravierender werden. Hintergrund der problematischen Finanzsituation vieler Kommunen ist die bundesweite Entwicklung der Kommunalhaushalte von Investitionshaushalten zu Sozialhaushalten. 2015 war ein Anstieg der Sozialausgaben auf fast 54 Milliarden Euro zu verzeichnen.

Der über Jahre aufgewachsene Investitionsrückstand in den Kommunen beträgt laut KfW-Kommunalpanel 126 Milliarden Euro (Stand: Mai 2017). Die geringen Investitionsmöglichkeiten führen in einer Reihe von Städten zu unzureichenden Standortqualitäten und in der Folge zu weiter steigenden Soziallasten. Bei den sogenannten Kassenkrediten, die Kommunen zur Finanzierung der laufenden Verwaltungstätigkeit aufnehmen müssen und die insofern mit dem Dispokredit bei Privatpersonen vergleichbar sind, ist bundesweit kein Rückgang zu verzeichnen. Sie belaufen sich weiterhin auf knapp 50 Milliarden Euro.

Die Kommunen sind sowohl bei der Unterbringung und Versorgung als auch der anschließenden Integration von Flüchtlingen in einem neuen und momentan noch nicht überschaubaren Ausmaß gefordert. Es muss durch Bund und Land sichergestellt sein, dass die Kommunen zumindest über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, um diese Herausforderung bestehen zu können.

Auch Ludwigsburg profitiert seit 2011 von der guten Konjunktur und der steigenden Gewebesteuereinnahmen durch die Ludwigsburger Unternehmen. Die Stadt profitiert von dem gesunden Branchenmix und der Stabilität der Produktions- und Dienstleistungsbetriebe. Risiken für ihre wirtschaftliche Entwicklung sehen die Unternehmen lt. Frühjahrsbericht der IHK insbesondere in der weiteren Entwicklung der Inlandsnachfrage, dem Fachkräftemangel, höheren Arbeitskosten sowie steigenden Energie- und Rohstoffpreisen. Die Binnennachfrage verläuft günstig, insbesondere angetrieben vom starken privaten Konsum. Die Exporte konnten aufgrund einer stabileren Entwicklung der Weltwirtschaft zuletzt zulegen.

#### **3.2 Haushaltsplan / Haushaltssatzung 2016**

Der Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg hat am 16. Dezember 2015 den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 beschlossen.

Das Regierungspräsidium Stuttgart hat mit Schreiben vom 11.02.2016 die Gesetzmäßigkeit bestätigt und die Kreditermächtigungen sowie den Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen (soweit notwendig) genehmigt.

#### **3.3 Feststellung der Jahresrechnung**

Die Jahresrechnung des Fachbereichs Finanzen ist vom Gemeinderat innerhalb eines Jahres nach Ende des Haushaltsjahres festzustellen. Vor der Feststellung hat der Fachbereich Revision die Jahresrechnung des Fachbereichs Finanzen zu prüfen.

## 4 Gesamtergebnisrechnung

Das Gesamtergebnis berechnet sich wie folgt:

Ergebnis der ordentlichen Tätigkeit (ordentliches Ergebnis)  
 + Ergebnis der außerordentlichen Tätigkeit (Sonderergebnis)  
 = Gesamtergebnis

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Jahresergebnisses:

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abwei- chung 2016	Abweichung 2016 %
Ordentliche Erträge	257.944.796,14	259.784.904	272.127.646,88	12.342.742,74	4,75
Ordentliche Aufwendungen	253.379.356,67	262.493.636	267.490.953,75	4.997.317,58	1,90
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>4.565.439,47</b>	<b>-2.708.732</b>	<b>4.636.693,13</b>	<b>7.345.425,16</b>	<b>271,18</b>
Außerordentliche Erträge	2.376.289,07	200.000	2.347.800,40	2.147.800,40	1.073,90
Außerordentliche Aufwen- dungen	659.850,60	0	792.388,24	792.388,24	100,00
<b>Sonderergebnis</b>	<b>1.716.438,47</b>	<b>200.000</b>	<b>1.555.412,16</b>	<b>1.355.412,16</b>	<b>677,71</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>6.281.877,94</b>	<b>-2.508.732</b>	<b>6.192.105,29</b>	<b>8.700.837,32</b>	<b>346,82</b>

### Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis zeigt, ob die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können, oder ob bereits aus der ordentlichen Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung Defizite entstehen.

Das ordentliche Ergebnis schließt in Höhe von 4.636.693,13 Euro ab. Im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres beträgt die Veränderung 71.253,66 Euro. Gegenüber dem geplanten ordentlichen Ergebnis ergibt sich eine Abweichung in Höhe von 7.345.425,16 Euro.

### Sonderergebnis

Neben dem ordentlichen Ergebnis fließt das Sonderergebnis in Höhe von 1.555.412,16 Euro in das Jahresergebnis ein.

Das Sonderergebnis resultiert im Wesentlichen aus Grundstücksverkäufen / Anlageverkäufen über- oder unter Buchwert. Bei einem positiven Sonderergebnis wurde über Buchwert veräußert und umgekehrt.

Weitere Erläuterungen siehe unter Ziff. 4.3.

### Gesamtergebnis

Das Gesamtergebnis beträgt 6.192.105,29 Euro. Die Veränderung zum Vorjahresergebnis beträgt - 89.772,65 Euro. Gegenüber dem geplanten Ergebnis in Höhe von -2.508.732 Euro ergibt sich eine Abweichung in Höhe von 8.700.837,32 Euro.

## 4.1 Erläuterung einzelner Ertragsarten

### 4.1.1 Ordentliche Erträge

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der einzelnen Ertragsarten und die Abweichungen zu den Planwerten:

#### Ordentliche Erträge

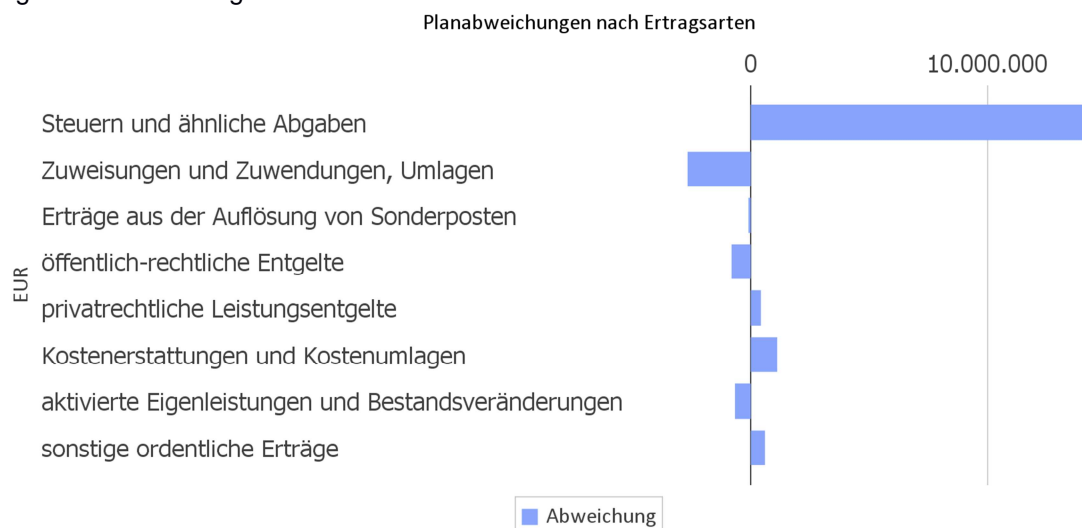
	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Steuern und ähnliche Abgaben	156.160.197,68	150.341.000	164.856.155,06	14.515.155,06	9,65
Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	52.002.577,29	61.049.250	58.378.720,36	-2.670.529,64	-4,37
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	7.908.357,85	7.868.595	7.770.716,17	-97.878,97	-1,24
öffentlich-rechtliche Entgelte	16.469.333,65	18.410.600	17.597.708,95	-812.891,05	-4,42
privatrechtliche Leistungsentgelte	5.001.824,81	4.924.550	5.352.170,18	427.620,18	8,68
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.543.224,87	3.130.700	4.248.069,10	1.117.369,10	35,69
aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	2.357.788,92	2.484.800	1.817.026,24	-667.773,76	-26,87
sonstige ordentliche Erträge	11.371.875,28	9.233.059	9.831.731,62	598.672,62	6,48
<b>Ordentliche Erträge</b>	<b>257.944.796,14</b>	<b>259.784.904</b>	<b>272.127.646,88</b>	<b>12.342.742,74</b>	<b>4,75</b>

Bei den ordentlichen Erträgen ergibt sich eine Veränderung gegenüber dem Vorjahresergebnis in Höhe von 14.182.850,74 Euro. Gegenüber dem Haushaltsplan beträgt die Veränderung bei den ordentlichen Erträgen 12.342.742,74 Euro.

Die wesentlichen Ergebnisse werden nachfolgend dargestellt.

#### Planabweichungen nach Ertragsarten

Die Abweichungen des Ergebnisses der einzelnen Ertragsarten von den Planwerten werden in der folgenden Grafik dargestellt:



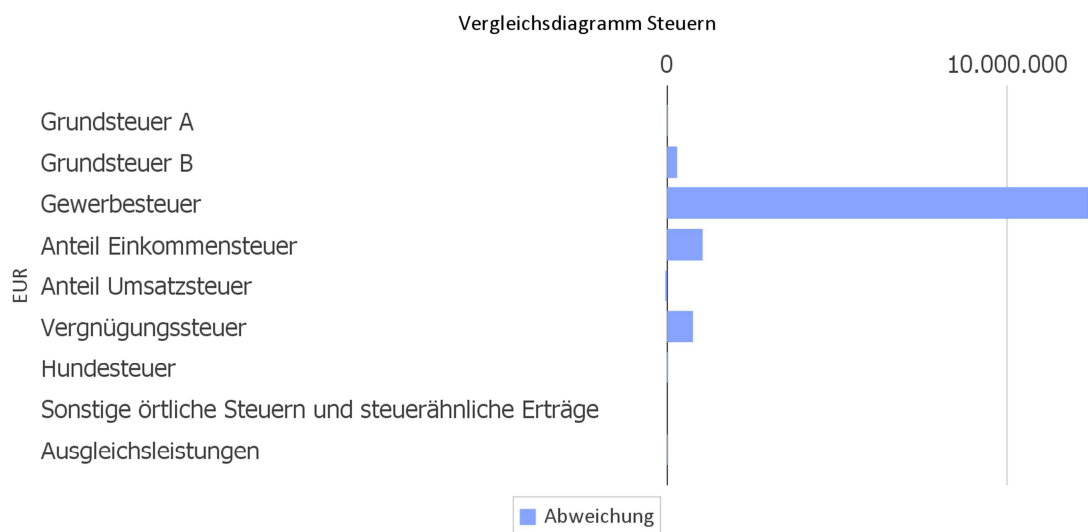
## 4.1.2 Steuern und ähnliche Abgaben

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben und die Abweichungen zu den Planwerten:

### Steuern

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Grundsteuer A	91.265,07	93.000	107.751,69	14.751,69	15,86
Grundsteuer B	15.055.696,28	14.700.000	14.996.634,91	296.634,91	2,02
Gewerbsteuer	78.938.013,54	71.000.000	83.402.784,72	12.402.784,72	17,47
Anteil Einkommensteuer	48.714.640,78	49.912.000	50.959.858,79	1.047.858,79	2,10
Anteil Umsatzsteuer	7.386.589,75	7.664.000	7.611.957,95	-52.042,05	-0,68
Vergnügungssteuer	1.798.436,26	2.660.000	3.422.356,00	762.356,00	28,66
Hundesteuer	298.170,00	293.000	320.140,00	27.140,00	9,26
Sonstige örtliche Steuern und steuerähnliche Erträge	0,00	0	0,00	0,00	100,00
Ausgleichsleistungen	3.877.386,00	4.019.000	4.034.671,00	15.671,00	0,39
<b>Summe</b>	<b>156.160.197,68</b>	<b>150.341.000</b>	<b>164.856.155,06</b>	<b>14.515.155,06</b>	<b>9,65</b>

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in Euro:



Bei der Grundsteuer B zeigen sich die Resultate der hohen Bautätigkeit innerhalb des Stadtgebietes.

Die tatsächlichen Gewerbesteuererträge in 2016 betragen 84.795.142 EUR.

Im Ergebnis der Gewerbesteuer sind im Saldo 1.392.357 EUR Rückstellungen gebildet (abgezogen) worden, die auf mehreren vor dem Finanzgericht anhängigen Verfahren beruhen. (siehe Anlage 6)

Weitere Rückstellungen von 134.989 EUR sind bei der Vergnügungssteuer aufgrund anhängiger Verfahren gebildet (abgezogen) worden, gleichzeitig wurden 771.213 EUR durch die Rücknahme von Widersprüchen aufgelöst. (siehe Anlage 6)

### 4.1.3 Zuwendungen und Umlagen

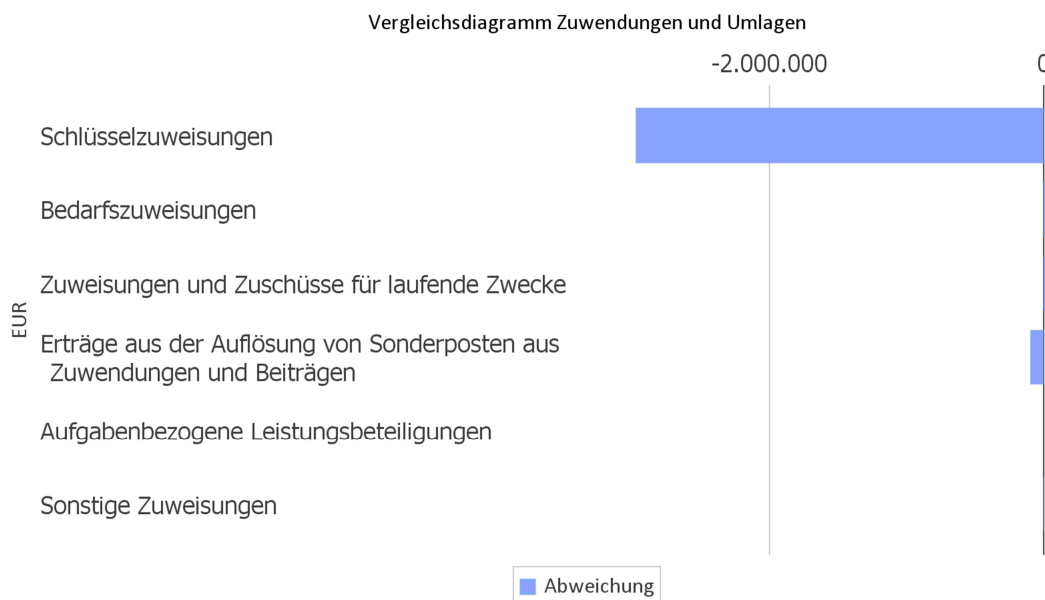
Zuwendungen und allgemeine Umlagen sind neben den Steuern eine weitere wichtige Säule der kommunalen Ertragsseite.

Gegenüber dem Vorjahresergebnis haben sich die Erträge aus Zuwendungen und Umlagen um 6.238.501,39 Euro verändert. Die Abweichung vom Planansatz beträgt insgesamt -2.768.408,61 Euro.

Die Entwicklung im Einzelnen ist in der nachfolgenden Tabelle abgebildet:

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Schlüsselzuweisungen	30.208.385,00	38.977.000	36.002.366,30	-2.974.633,70	-7,63
Bedarfszuweisungen	9.541,00	0	9.541,00	9.541,00	100,00
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	21.011.302,19	21.284.250	21.577.125,76	292.875,76	1,38
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen	7.908.357,85	7.868.595	7.770.716,17	-97.878,97	-1,24
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen	0,00	0	0,00	0,00	0,00
Sonstige Zuweisungen	773.349,10	788.000	789.687,30	1.687,30	0,21
<b>Summe</b>	<b>59.910.935,14</b>	<b>68.917.845</b>	<b>66.149.436,53</b>	<b>-2.768.408,61</b>	<b>-4,02</b>

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in EUR:



Die hohen Grund- und Gewerbesteuereinnahmen verursachen in zwei Jahren im Rahmen des Finanzausgleiches deutlich geringere Schlüsselzuweisungen und höhere Kreis- und Finanzausgleichsumlagen.

Die tatsächlichen Schlüsselzuweisungen 2016 betragen 41.523.366 EUR.

Zur Abfederung des Finanzausgleichseffekts in zwei Jahren wurden bei den Schlüsselzuweisungen Rückstellungen in Höhe von 5.521.000 EUR gebildet. (siehe Anlage 6)

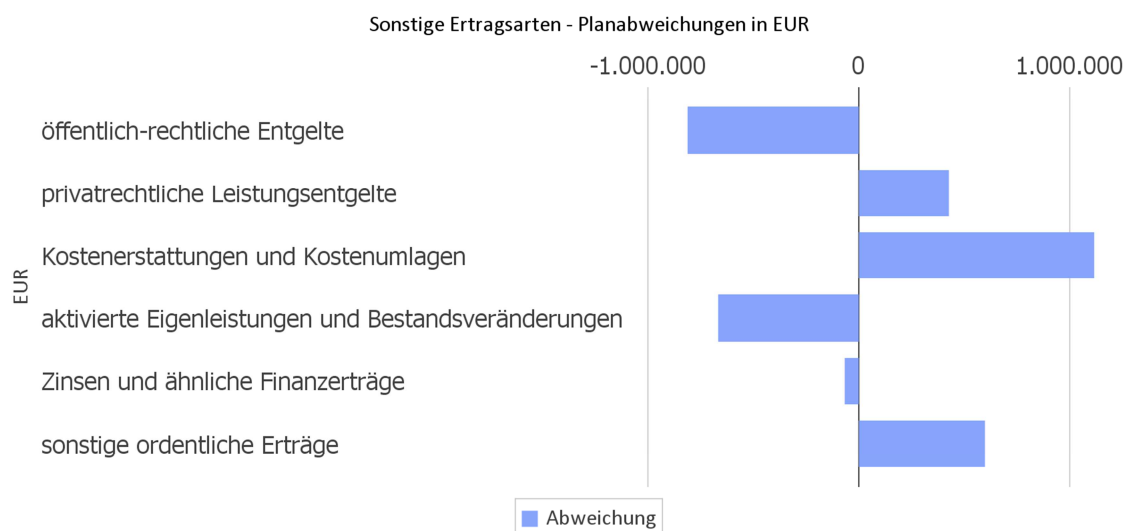
Die Mehrerträge bei den Zuweisungen und Zuschüssen resultieren im Wesentlichen durch Finanzausgleichszuweisungen im Kita-Bereich und erhöhten Zuweisungen vom Land im Schulbereich..

#### 4.1.4 Sonstige Ertragsarten

Die Entwicklung der sonstigen Ertragsarten im Vergleich zum Vorjahresergebnis sowie zum Haushaltsplan ist nachfolgend abgebildet:

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
öffentlich-rechtliche Entgelte	16.469.333,65	18.410.600	17.597.708,95	-812.891,05	-4,42
privatrechtliche Leistungsentgelte	5.001.824,81	4.924.550	5.352.170,18	427.620,18	8,68
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.543.224,87	3.130.700	4.248.069,10	1.117.369,10	35,69
aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	2.357.788,92	2.484.800	1.817.026,24	-667.773,76	-26,87
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	3.129.615,79	2.342.350	2.275.349,20	-67.000,80	-2,86
sonstige ordentliche Erträge	11.371.875,28	9.233.059	9.831.731,62	598.672,62	6,48
<b>Summe</b>	<b>41.873.663,32</b>	<b>40.526.059</b>	<b>41.122.055,29</b>	<b>595.996,29</b>	<b>1,47</b>

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in EUR:



Bei den öffentlich-rechtlichen Entgelten sind vor allem in den Bereichen Bestattungswesen und Parkieranlagen Wenigererträge zu verzeichnen.



Bei den privatrechtlichen Entgelten sind im Wesentlichen Mehrerträge bei Mieten und Pachten entstanden, z.B. die Pachterträge der erworbenen Markthallen am ZOB. Außerdem wurden höhere Verkaufserträge z.B. bei Kantine und Forstwirtschaft erzielt.

Bei den Kostenerstattungen wurden vor allem Mehrerträge bei den Erstattungen vom Bund und von den verbundenen Unternehmen erzielt.

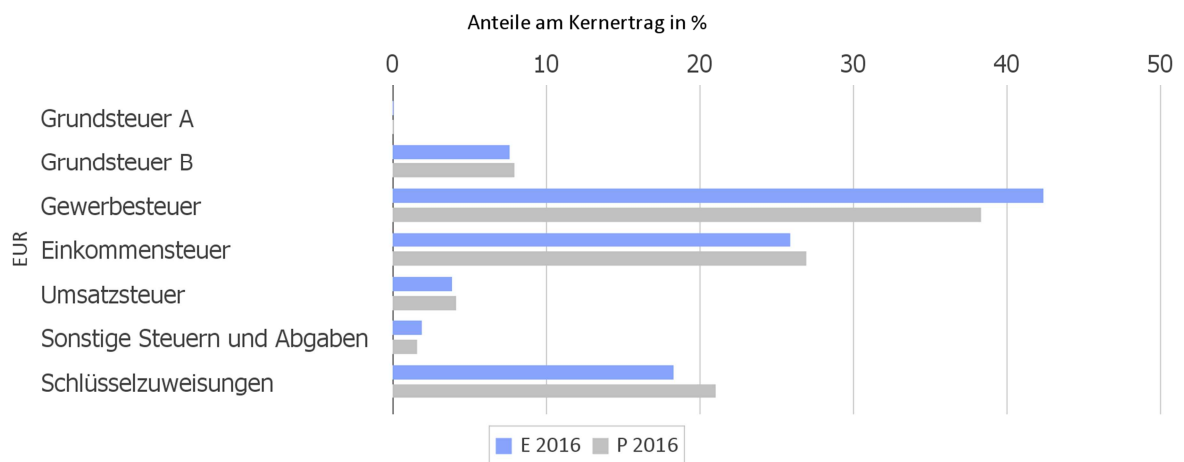
Die aktivierten Eigenleistungen entsprechen im Wesentlichen den Eigenhonoraren der FB Hochbau sowie Tiefbau und Grünflächen für die Investitionsmaßnahmen und sind naturgemäß von deren Umsetzung abhängig.

Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen schlagen vor allem ca. 613.000 EUR Mehrerträge bei Säumniszuschlägen und Erstattungszinsen im Steuerbereich zu Buche.

#### 4.1.5 Zusammensetzung der Kernfinanzierungsmasse

Die Kernfinanzierungsmasse ist die Summe aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie Schlüsselzuweisungen. In der nachfolgenden Grafik wird der prozentuale Anteil der einzelnen Steuerarten bzw. der Schlüsselzuweisungen an der Kernfinanzierungsmasse des Haushaltes abgebildet. Durch die jeweiligen Anteile wird erkennbar, welche Bedeutung die einzelnen Ertragsarten als städt. Finanzierungsmittel haben.

Grundsätzlich wäre es wünschenswert, dass der Anteil der Real- und Gemeinschaftssteuern an der Kernfinanzierungsmasse des Haushaltes hoch und der aus Schlüsselzuweisungen niedrig ist, weil ansonsten eine hohe Abhängigkeit von Mitteln aus dem Finanzausgleich besteht.



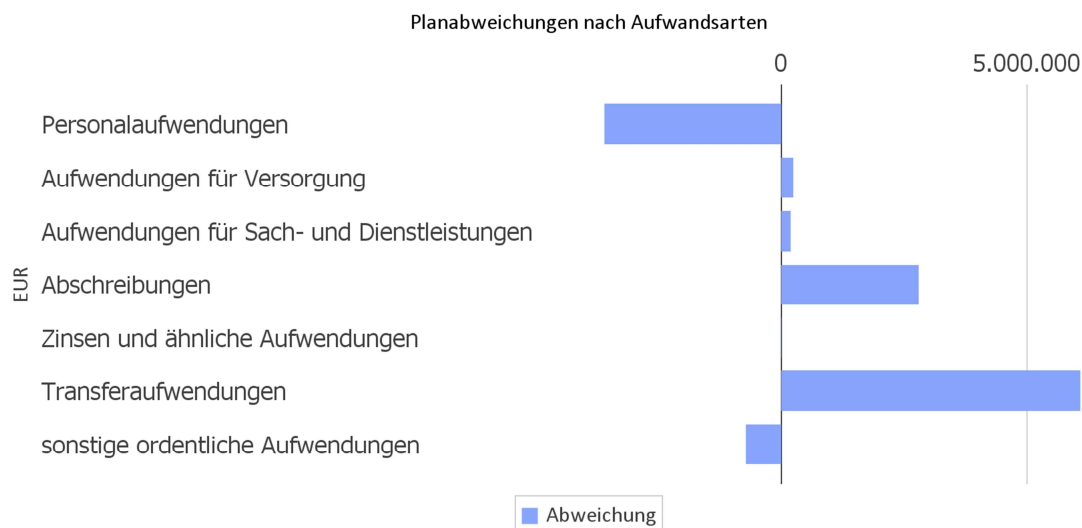
## 4.2 Erläuterung einzelner Aufwandsarten

### 4.2.1 Ordentliche Aufwendungen

Die folgende Tabelle zeigt die einzelnen Aufwandsarten und deren Abweichung zum Planansatz:

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Personalaufwendungen	65.808.550,64	73.395.200	69.797.190,64	-3.598.009,36	-4,90
Aufwendungen für Versorgung	906.316,76	880.000	1.125.192,25	245.192,25	27,86
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	40.944.990,32	41.389.530	41.581.952,47	192.422,47	0,46
Abschreibungen	20.240.729,57	18.611.358	21.407.620,27	2.796.262,19	15,02
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	470.258,76	458.688	454.273,57	-4.414,52	-0,96
Transferaufwendungen	116.608.547,99	118.799.510	124.885.240,28	6.085.730,28	5,12
sonstige ordentliche Aufwendungen	8.399.962,63	8.959.350	8.239.484,27	-719.865,73	-8,03
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>253.379.356,67</b>	<b>262.493.636</b>	<b>267.490.953,75</b>	<b>4.997.317,58</b>	<b>1,90</b>

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in EUR:



Die ordentlichen Aufwendungen verändern sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um 14.111.597,08 Euro. Die ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 267.490.953,75 Euro weichen um 4.997.317,58 Euro vom Haushaltsansatz ab.

## 4.2.2 Personal- und Versorgungsaufwendungen

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen werden im Folgenden nach einzelnen Kostenarten abgebildet, um die Veränderungen gegenüber dem Vorjahresergebnis und die Abweichungen von den Haushaltsansätzen differenziert darstellen zu können:

	<b>Ergebnis 2015</b>	<b>Plan 2016</b>	<b>Ergebnis 2016</b>	<b>Abweichung 2016</b>	<b>Abweichung 2016 %</b>
Dienstaufwendungen Beamte	9.673.776,39	10.241.000	9.733.491,13	-507.508,87	-4,96
Dienstaufwendungen tariflich Beschäftigte	38.605.686,27	43.327.600	41.671.809,22	-1.655.790,78	-3,82
Dienstaufwendungen sonstige Beschäftigte	233.428,27	435.800	218.552,57	-217.247,43	-49,85
Beiträge zu Versorgungskassen	8.901.744,52	9.842.600	9.278.326,47	-564.273,53	-5,73
Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung	7.875.437,03	8.793.400	8.255.186,33	-538.213,67	-6,12
Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Beschäftigte	551.278,16	750.000	635.024,92	-114.975,08	-15,33
Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellungen	-32.800,00	4.800	4.800,00	0,00	0,00
Aufwendungen für Versorgung	906.316,76	880.000	1.125.192,25	245.192,25	27,86
<b>Summe</b>	<b>66.714.867,40</b>	<b>74.275.200</b>	<b>70.922.382,89</b>	<b>-3.352.817,11</b>	<b>-4,51</b>

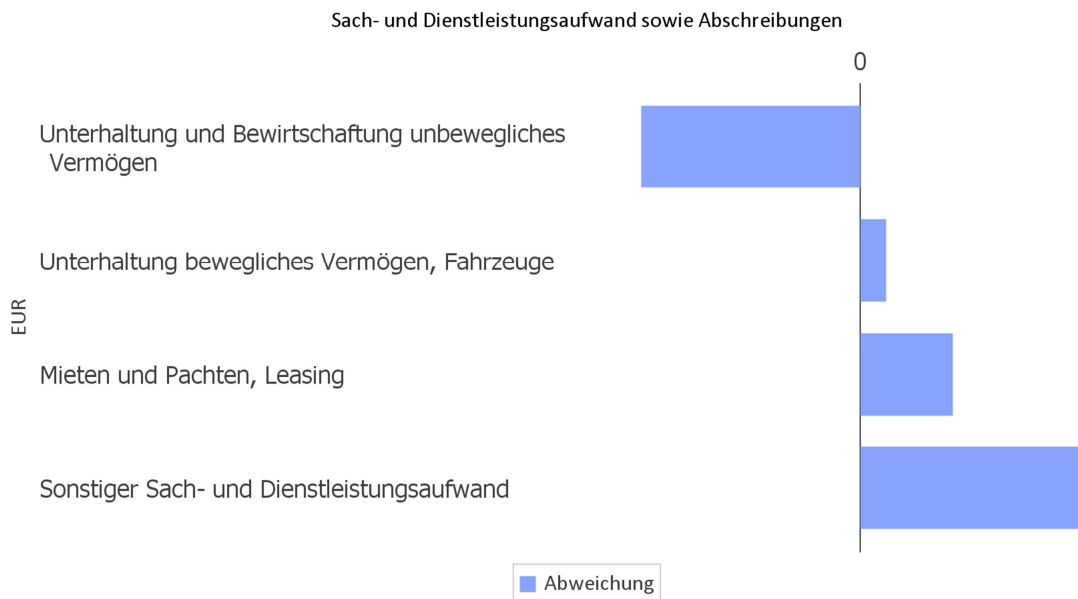
Die Personalaufwendungen blieben vor allem im Beschäftigtenbereich deutlich unter den Plansätzen. Zu den vielfältigen Gründen gehören verzögerte Wiederbesetzungen bei Fluktuationen aufgrund schwieriger Bewerberlage und verzögerte Besetzungen von neuen Stellen z.B. späterer Inbetriebnahme neuer Einrichtungen.

## 4.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Nachfolgend wird der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen nach einzelnen Aufwandsarten gegliedert dargestellt:

	<b>Ergebnis 2015</b>	<b>Plan 2016</b>	<b>Ergebnis 2016</b>	<b>Abweichung 2016</b>	<b>Abweichung 2016 %</b>
Unterhaltung und Bewirtschaftung unbewegliches Vermögen	20.737.373,24	20.806.400	20.466.031,74	-340.368,26	-1,64
Unterhaltung bewegliches Vermögen, Fahrzeuge	2.467.749,11	2.286.800	2.326.963,02	40.163,02	1,76
Mieten und Pachten, Leasing	2.956.488,11	2.908.950	3.052.723,17	143.773,17	4,94
Sonstiger Sach- und Dienstleistungsaufwand	14.783.379,86	15.387.380	15.736.234,54	348.854,54	2,27
<b>Summe</b>	<b>40.944.990,32</b>	<b>41.389.530</b>	<b>41.581.952,47</b>	<b>192.422,47</b>	<b>0,46</b>

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in EUR:



Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen belaufen sich insgesamt auf 41.581.952,47 Euro. Gegenüber dem Vorjahresergebnis verändern sie sich um 636.962,15 Euro. Die Abweichung des Sach- und Dienstleistungsaufwandes von der Haushaltsplanung beträgt 192.422,47 Euro.

Ursächlich hierfür sind vor allem ein geringerer Straßenunterhaltungsaufwand sowie Mehraufwände im Bereich der Honorare und Vergütungen.

#### 4.2.4 Planmäßige Abschreibungen

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Abschreibungen auf Sachvermögen	18.257.447,56	17.956.902	19.527.008,98	1.570.107,23	8,74
Abschreibungen auf Forderungen	1.770.840,13	400.000	1.620.983,67	1.220.983,67	305,25
Abschreibungen auf Beteiligungen	0,00	0	0,00	0,00	0,00
Sonstige Abschreibungen	212.441,88	254.456	259.627,62	5.171,29	2,03
<b>Bilanzielle Abschreibungen</b>	<b>20.240.729,57</b>	<b>18.611.358</b>	<b>21.407.620,27</b>	<b>2.796.262,19</b>	<b>15,02</b>

Die Aufwendungen für planmäßige Abschreibungen belaufen sich insgesamt auf 21.407.620,27 Euro. Gegenüber dem Vorjahresergebnis verändern sie sich um 1.166.890,70 Euro. Die Abweichung der planmäßigen Abschreibungen von der Haushaltsplanung beträgt 2.796.262,19 Euro.

Eine Zielvorgabe des NKHR ist die Erwirtschaftung der Netto-Abschreibungen in der Ergebnisrechnung. Die Nettoabschreibungen berechnen sich im Ergebnis 2016 wie folgt:

Bilanzielle Abschreibungen:	21.407.620,27 EUR
abzgl. Abschreibungen auf Forderungen	-1.620.983,67 EUR
<u>abzgl. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten</u>	<u>-7.770.716,17 EUR</u>
ergibt Nettoabschreibungen von	12.015.920,43 EUR

Die Überschreitung gegenüber den Planansätzen bei den Abschreibungen ist durch zwei Bereiche verursacht:

Zum Einen waren zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung 2016 die Aktivierung einiger Anlagen im Bau nicht berücksichtigt, außerdem fielen zusätzliche Abschreibungen für nicht geplante Investitionen an (z.B. Erwerb Hoferstraße, Markthallen ZOB)

Zum Anderen werden im NKHR Niederschlagungen und Erlöse als Forderungsabschreibungen behandelt, die Planung dieser Vorgänge war deutlich zu gering, ab 2017 sind höhere Ansätze geplant.

#### 4.2.5 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

	<b>Ergebnis 2015</b>	<b>Plan 2016</b>	<b>Ergebnis 2016</b>	<b>Abweichung 2016</b>	<b>Abweichung 2016 %</b>
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	470.258,76	458.688	454.273,57	-4.414,52	-0,96
<b>Summe</b>	<b>470.258,76</b>	<b>458.688</b>	<b>454.273,57</b>	<b>-4.414,52</b>	<b>-0,96</b>

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen belaufen sich insgesamt auf 454.273,57 Euro. Gegenüber dem Vorjahresergebnis verändert sie sich um -15.985,19 Euro. Die Abweichung der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von der Haushaltsplanung beträgt -4.414,52 Euro.

#### 4.2.6 Transferaufwendungen

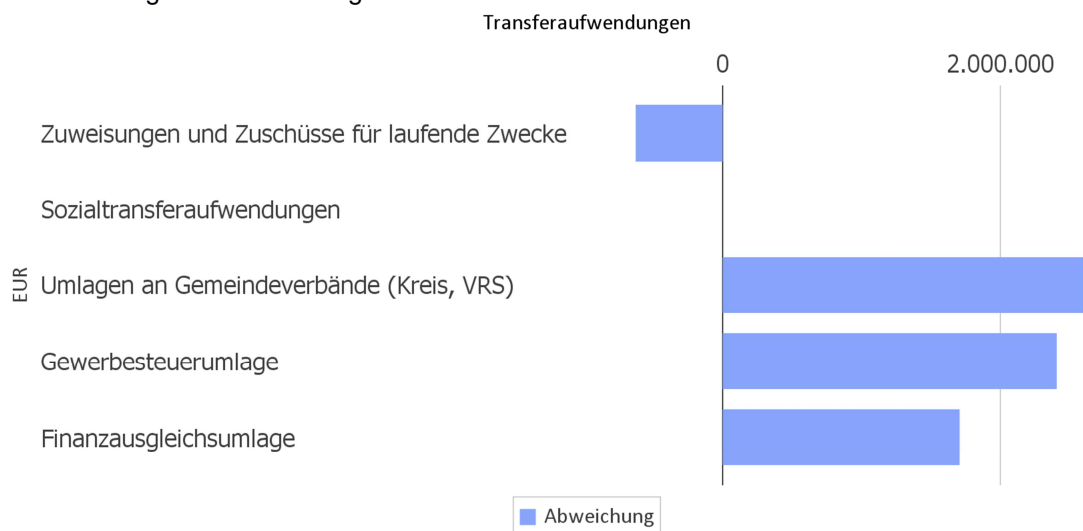
Die Transferaufwendungen stellen noch vor den Personalaufwendungen die wesentlichste Aufwandsart dar. Sie beinhalten die beiden Bereiche Zuweisungen/Zuschüsse sowie Umlagezahlungen.

Die Transferaufwendungen in Höhe von 124.885.240,28 Euro weichen vom Vorjahresergebnis um 8.276.692,29 Euro und von den Planansätzen des Haushaltsjahres um 6.085.730,28 Euro ab.

In der folgenden Tabelle sind die Transferaufwendungen differenzierter dargestellt:

	<b>Ergebnis 2015</b>	<b>Plan 2016</b>	<b>Ergebnis 2016</b>	<b>Abweichung 2016</b>	<b>Abweichung 2016 %</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	34.673.489,25	37.008.510	36.381.628,61	-626.881,39	-1,69
Sozialtransferaufwendungen	0,00	0	0,00	0,00	0,00
Umlagen an Gemeindeverbände (Kreis, VRS)	39.034.009,03	39.983.000	42.584.134,81	2.601.134,81	6,51
Gewerbesteuerumlage	14.816.863,81	13.064.000	15.469.385,26	2.405.385,26	18,41
Finanzausgleichsumlage	28.084.185,90	28.744.000	30.450.091,60	1.706.091,60	5,94
<b>Summe</b>	<b>116.608.547,99</b>	<b>118.799.510</b>	<b>124.885.240,28</b>	<b>6.085.730,28</b>	<b>5,12</b>

Die Grafik zeigt die Abweichung vom Planansatz in EUR:



Die Zuweisungen und Zuschüsse bleiben im Wesentlichen durch geringere Zuschüsse an die Blühendes Barock GmbH sowie verzögerte Abrufe verschiedener Zuschussträger unter den Planansätzen.

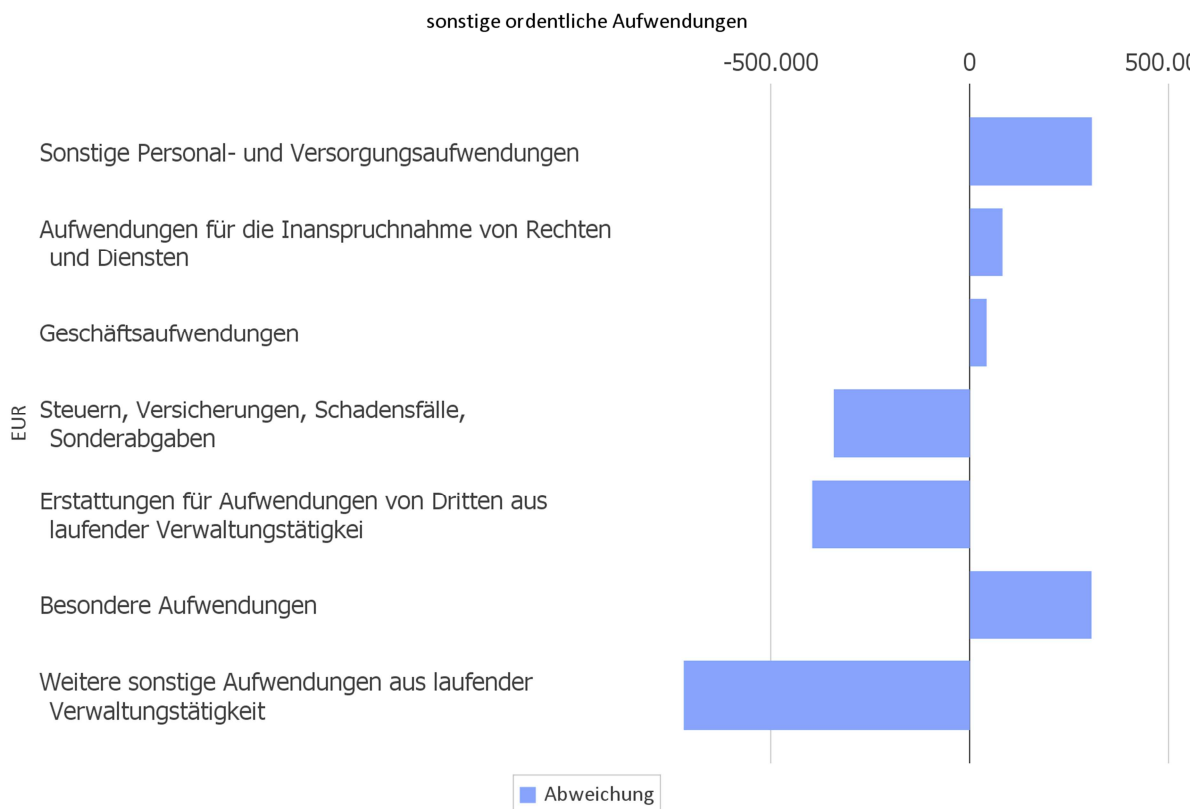
Aufgrund der hohen Gewerbesteuereinzahlungen mussten 2,4 Mio. EUR mehr an Gewerbesteuerumlage entrichtet werden.

Die hohen Grund- und Gewerbesteuereinnahmen verursachen zudem in zwei Jahren im Rahmen des Finanzausgleiches deutlich geringere Schlüsselzuweisungen und höhere Kreis- und Finanzausgleichsumlagen.

Zur Abfederung dieses Effekts in zwei Jahren wurden bei der Finanzausgleichsumlage Rückstellungen in Höhe von 1.781.000 EUR und bei der Kreis- und Regionalumlage in Höhe von 2.266.000 EUR gebildet.

#### 4.2.7 Sonstige ordentliche Aufwendungen

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	313.054,31	200.050	506.751,13	306.701,13	153,31
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1.332.096,76	1.205.000	1.287.107,15	82.107,15	6,81
Geschäftsaufwendungen	2.287.306,59	2.199.900	2.242.091,14	42.191,14	1,92
Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Sonderabgaben	1.019.990,92	1.145.350	803.518,89	-341.831,11	-29,85
Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.125.897,13	2.608.800	2.212.740,36	-396.059,64	-15,18
Besondere Aufwendungen	1.307.899,98	800.100	1.105.942,88	305.842,88	38,23
Weitere sonstige Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	13.716,94	800.150	81.332,72	-718.817,28	-89,84
<b>Summe</b>	<b>8.399.962,63</b>	<b>8.959.350</b>	<b>8.239.484,27</b>	<b>-719.865,73</b>	<b>-8,03</b>



Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen belaufen sich insgesamt auf 8.239.484,27 Euro. Gegenüber dem Vorjahresergebnis verändern sie sich um -160.478,36 Euro. Die Abweichung der sonstigen ordentlichen Aufwendungen von der Haushaltsplanung beträgt -719.865,73 Euro.

Bei den sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen resultiert der Anstieg aus deutlich gestiegenem Aufwand für Stellenausschreibungen sowie mehr Fahrtkostenzuschüssen an Mitarbeiter.

Bei Steuern und Versicherungen sind durch Steuererstattungen und geringere Versicherungsleistungen rund 342.000 EUR Wenigeraufwand entstanden

An die städt. Eigenbetriebe und verbundenen Unternehmen sind rund 450.000 EUR weniger Aufwand erstattet worden

Bei den besonderen Aufwendungen sind v.a. rd. 306.000 EUR mehr an Erstattungszinsen bei der Gewerbesteuer bezahlt worden.

Die weiteren sonstigen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Deckungsreserve mit 800.000 EUR, welche naturgemäß nur als Deckung dient und nicht bebucht wird.

### 4.3 Erläuterung des Sonderergebnisses

Das Sonderergebnis ergibt sich i.d.R. aus buchhalterischen Gewinnen und Verlusten aus Vermögensveräußerungen. Diese sind als außerordentliche Erträge / außerordentliche Aufwendungen auszuweisen und entsprechen der jeweiligen Differenz zwischen dem Veräußerungserlös und dem Buchwert.

Grundsätzlich werden diese nicht veranschlagt und fallen somit nur zur Jahresrechnung an. Sie sollten auch nur dann veranschlagt werden (bei der Haushaltsplanung), wenn der Eintritt tatsächlich abschätzbar ist.

	<b>Ergebnis 2015</b>	<b>Plan 2016</b>	<b>Ergebnis 2016</b>	<b>Abweichung 2016</b>	<b>Abweichung 2016 %</b>
Außerordentliche Erträge	2.376.289,07	200.000	2.347.800,40	2.147.800,40	1.073,90
Außerordentliche Aufwendungen	659.850,60	0	792.388,24	792.388,24	100,00
<b>Sonderergebnis</b>	<b>1.716.438,47</b>	<b>200.000</b>	<b>1.555.412,16</b>	<b>1.355.412,16</b>	<b>677,71</b>

Das Sonderergebnis(1.555.412,16 EUR) ergibt sich aus außerordentlichen Erträgen i.H.v 2.347.800,40 EUR und außerordentlichen Aufwendungen i.H.v.792.388,24 EUR.

Die außerordentlichen Erträge setzen sich im Wesentlichen aus Erträgen aus dem Verkauf von städtischem Grund- und Sachvermögen über Buchwert (rd. 1.350 TEUR), der Ausbuchung von passivierten Sanierungszuschüssen (rd. 320 TEUR), der Schlusszahlung des Landeszuschusses für die Altlastensanierung des bereits veräußerten MLF-Geländes (rd. 246 TEUR) sowie aus der Zustiftung in die MANN+HUMMEL Stiftung (rd. 345 TEUR) zusammen.

Die außerordentlichen Aufwendungen resultieren aus Ausbuchungen von Vermögenswerten aus der städtischen Bilanz aufgrund von Verkauf oder Verschrottung. Ein wesentlicher Anteil dieser Aufwendungen resultiert aus den Ausbuchungen von Restbuchwerten des Straßenvermögens aufgrund von Generalsanierungen sowie der Ausbuchung von nicht aktivierungsfähigen allgemeinen Projektkosten und gegebenen Zuschüssen für Sanierungen Privater (rd. 421 TEUR). Außerdem wurde die Zustiftung in die MANN+HUMMEL Stiftung i.H.v. rd. 345 TEUR über den außerordentlichen Aufwand in die Rücklage für die MANN+HUMMEL Stiftung gebucht.

#### 4.4 Entwicklung der Rücklagen

Im Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen wird zwischen Ergebnissrücklagen und Rücklagen für andere Zwecke (zweckgebundene Rücklagen) unterschieden. Rücklagen sind als Teil der Kapitalposition eigene Mittel der Gemeinde.

<b>Bilanzposition</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Veränderung ab- solut</b>
1.2 - Rücklagen	21.690.261	28.300.085	6.609.824
1.2.1 - Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	11.238.090	15.874.784	4.636.693
1.2.2 - Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses	4.440.886	5.996.298	1.555.412
1.2.3 - Zweckgebundene Rücklagen	6.011.284	6.429.003	417.719
1.3 - Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses	0	0	0

#### Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses

Die Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses (§ 49 Abs. 2, § 2 Abs. 1 Nr. 19 GemHVO) sind im Jahresabschluss gemäß § 90 Abs. 1 GemO, § 23 Satz 1 GemHVO i. V. m. § 49 Abs. 3 Satz 2



GemHVO in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses nach § 52 Abs. 4 Nr. 1.2.1 GemHVO einzustellen (Pflicht). Die Entnahme aus dieser Rücklage erfolgt im Rahmen des Haushaltsausgleichs nach §§ 24 Abs. 1 und 25 Abs. 1 GemHVO.

### **Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses**

Die Überschüsse des Sonderergebnisses (§ 49 Abs. 2, § 2 Abs. 1 Nr. 24 GemHVO) sind im Jahresabschluss gemäß § 90 Abs. 1 GemO, § 23 Satz 1 GemHVO i. V. m. § 49 Abs. 3 Satz 2 GemHVO in die Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses nach § 52 Abs. 4 Nr. 1.2.2 GemHVO einzustellen (Pflicht). Die Entnahme aus dieser Rücklage erfolgt im Rahmen des Haushaltsausgleichs nach §§ 24 Abs. 2 und 25 Abs. 2 GemHVO.

### **Zweckgebundene Rücklagen**

Gemäß § 23 Satz 2 GemHVO kann die Gemeinde Rücklagen für andere Zwecke bilden (Wahlrecht). Erläuterungen, unter welchen Voraussetzungen Rücklagen für andere Zwecke gebildet werden können, enthalten die GemO und die GemHVO nicht.

Geeignet ist die Bildung von zweckgebundenen Rücklagen insbesondere für die Abbildung:

- von Erträgen nach § 19 Abs. 1 GemHVO, deren Verwendung auf bestimmte Aufwendungen beschränkt sind
- des Nettobetrags des Stiftungsvermögens (Differenz zwischen Vermögen und Schulden) und
- der Kapitalzuschüsse, die nicht aufzulösen sind.

### **Übersicht der Zweckgebundenen Rücklagen:**

<b>Bilanzposition</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Veränderung absolut</b>
Zweckgebundene Rücklagen	6.011.283,94	6.429.002,83	417.718,89
- davon Cross-Border-Lease	4.033.092,11	4.033.092,11	0,00
- davon rechtlich unselbständige Stiftungen	1.277.345,18	1.680.384,74	417.718,89
- davon Fonds Jugend, Bildung, Zukunft	700.846,65	715.525,98	14.679,33

## **4.5 Entwicklung der Rückstellungen**

Die Entwicklung der Rückstellungen ist im Anhang in Anlage 6 aufgelistet.

## 5 Gesamtfinanzrechnung

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ein- und Auszahlungen:

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	252.024.855,82	249.412.150	269.535.225,76	20.123.075,76	8,07
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	229.079.747,67	243.877.378	241.848.699,96	-2.028.678,13	-0,83
<b>Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushaltes</b>	<b>22.945.108,15</b>	<b>5.534.772</b>	<b>27.686.525,80</b>	<b>22.151.753,89</b>	<b>400,23</b>
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.619.587,62	15.574.200	6.851.507,50	-8.722.692,50	-56,01
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	32.944.508,89	49.602.750	34.028.567,73	15.574.182,27	-31,40
<b>Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-26.324.921,27</b>	<b>-34.028.550</b>	<b>-27.177.060,23</b>	<b>6.851.489,77</b>	<b>20,13</b>
<b>Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf</b>	<b>-3.379.813,12</b>	<b>-28.493.778</b>	<b>509.465,57</b>	<b>29.003.243,66</b>	<b>101,79</b>
Einzahlungen aus Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0,00	9.000.000	0,00	-9.000.000,00	-100,00
Auszahlungen aus Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	1.099.096,67	412.600	412.553,65	-46,35	-0,01
<b>Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-1.099.096,67</b>	<b>8.587.400</b>	<b>-412.553,65</b>	<b>-8.999.953,65</b>	<b>-104,80</b>
<b>Änderung Finanzierungsmittelbestand (ohne Liquiditätskredite)</b>	<b>-4.478.909,79</b>	<b>-19.906.378</b>	<b>96.911,92</b>	<b>20.003.290,01</b>	<b>100,49</b>

### 5.1 Erläuterung Einzahlungen / Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit

Der Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf der Ergebnisrechnung ist der Saldo aus den kassenwirksamen Ein- und Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit. Er ist eine wichtige Kennzahl für die Bemessung der Leistungsfähigkeit des städtischen Haushaltes.

Zum Einen soll der Überschuss wenigstens so hoch sein, dass damit die Kredittilgung finanziert werden kann (vergleichbar der bisherigen Mindestzuführungsrate vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt), zum Anderen soll eine (Netto-) Investitionsrate zur Finanzierung der Investitionen erwirtschaftet werden.

Die folgende Tabelle zeigt die Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (des Ergebnishaushaltes):

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	252.024.855,82	249.412.150	269.535.225,76	20.123.075,76	8,07
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	229.079.747,67	243.877.378	241.848.699,96	-2.028.678,13	-0,83
<b>Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts</b>	<b>22.945.108,15</b>	<b>5.534.772</b>	<b>27.686.525,80</b>	<b>22.151.753,89</b>	<b>400,23</b>

Die Einzahlungen und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit ist die Sicht auf den Mittelabfluss, der aus den Erträgen und Aufwendungen des Ergebnishaushaltes resultiert (zahlungswirksame Erträge und Aufwendungen).

Die Abweichungen zum Plan ergeben sich daraus, dass bei der Haushaltsplanung grundsätzlich davon ausgegangen wird, dass alle Erträge und Aufwendungen eines Jahres auch kassenwirksam werden.

## 5.2 Erläuterung Einzahlungen / Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Die folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit:

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Investitionszuwendungen	2.448.088,80	8.148.200	2.723.244,96	-5.424.955,04	-66,58
Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	2.219.904,42	6.045.000	3.124.887,20	-2.920.112,80	-48,31
Veräußerung immaterielles und bewegliches Vermögen	23.600,00	20.000	79.650,00	59.650,00	298,25
Veräußerung von Anteilen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen	1.015.434,56	200.000	18.757,03	-181.242,97	-90,62
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	136.502,52	0	11.251,38	11.251,38	100,00
Rückflüsse von Ausleihungen	769.493,29	851.000	893.716,93	42.716,93	5,02
Beiträge und ähnliche Entgelte	6.564,03	310.000	0,00	-310.000,00	-100,00
<b>Summe</b>	<b>6.619.587,62</b>	<b>15.574.200</b>	<b>6.851.507,50</b>	<b>-8.722.692,50</b>	<b>-56,01</b>

Bei den Investitionszuwendungen des Landes sind bezüglich den Aufstockungsanträgen für Sanierungsgebiete, dem Sanierungsgebiet Untere Stadt, den Flüchtlingsunterbringungen und den Ausgleichsmaßnahmen rd. 5.335.000 EUR Wenigereinzahlungen entstanden.

Die Mindereinzahlungen bei der Veräußerung von Grundstücken waren im Wesentlichen durch die längere Verfahrensdauer im Gebiet Muldenäcker (rd. 1.600.000 EUR) sowie der in 2016 nicht erfolgten Übertragung von bebautem Streubesitz an die Wohnungsbau Ludwigsburg mit rd. 1.245.000 EUR bedingt.

Die veranschlagten Beiträge für die Erschließung der Comburgstraße von 300.000 EUR konnten ebenfalls aufgrund Bauverzögerungen nicht vereinnahmt werden.

Die folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit:

	<b>Ergebnis 2015</b>	<b>Plan 2016</b>	<b>Ergebnis 2016</b>	<b>Abweichung 2016</b>	<b>Abweichung 2016 %</b>
Investitionsförderungsmaßnahmen	1.281.902,97	1.658.000	1.538.459,26	-119.540,74	-7,21
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	5.278.364,67	5.325.000	10.951.167,19	5.626.167,19	105,66
Erwerb immaterielles und bewegliches Vermögen	2.946.260,33	3.404.850	3.108.533,95	-296.316,05	-8,70
Erwerb von Finanzvermögen	2.000.000,00	14.000.000	2.000.000,00	-12.000.000,00	-85,71
Baumaßnahmen	21.437.980,92	25.214.900	16.430.407,33	-8.784.492,67	-34,84
<b>Summe</b>	<b>32.944.508,89</b>	<b>49.602.750</b>	<b>34.028.567,73</b>	<b>-15.574.182,27</b>	<b>-31,40</b>

Die Planabweichungen stellen i.d.R. Verschiebungen von Maßnahmen dar. Die nicht verbrauchten Mittel werden mit Ermächtigungsresten in das Folgejahr übertragen. Diese Planabweichungen stellen somit keine echten Einsparungen dar, sondern lediglich eine zeitliche Verschiebung des Mittelabflusses.

Im Jahr 2016 sind beim Grunderwerb außerplanmäßige Mehrauszahlungen für den Erwerb der Markthallen am Bahnhof und der Hoferstraße sowie der BIMA-Flächen im Sanierungsgebiet Grünbühl/Sonnenberg angefallen.

Die Mittel für das Darlehen mit 9.000.000 EUR sowie die Kapitalaufstockung i.H.v. 3.000.000 EUR für den Bau von Flüchtlingsunterkünften sind 2016 nicht an die Wohnungsbau Ludwigsburg abgeflossen; es wurden auch keine entsprechenden Darlehen zur Weiterleitung aufgenommen. Es wurde ein Ermächtigungsübertrag in Höhe von 4,7 Mio. EUR gebildet.

Bei den Baumaßnahmen sind v. a. Wenigerauszahlungen für die Generalsanierung Gemeinschaftsschule Innenstadt (rd. 1.710.000 EUR), den Neubau der Mensa bzw. der GTB-Räume in der Gartenstraße mit rd. 1.184.000 EUR, im Bereich Radwegbau (rd. 700.000 EUR), für Tiefbaumaßnahmen zur Erschließung südlich der Tammer Straße und im Entwicklungsbereich Ost (rd. 927.000 EUR) sowie bei der Umgestaltung der Comburgstraße von rd. 500.000 EUR entstanden.

Siehe hierzu auch Ziffer 6 des Anhangs.

### 5.3 Erläuterung Einzahlungen / Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00	9.000.000	0,00	-9.000.000,00	-100,00
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.099.096,67	412.600	412.553,65	-46,35	-0,01
<b>Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-1.099.096,67</b>	<b>8.587.400</b>	<b>-412.553,65</b>	<b>-8.999.953,65</b>	<b>-104,80</b>

#### Ein-/ Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit:

Zu den Ein-/ Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit gehören die Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten bzw. die Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen.

Hierzu gehören insbesondere Ein-/ Auszahlungen aus der Kreditaufnahme / Tilgungen von Krediten für Investitionen mit unterschiedlichen Laufzeiten, sowie Ein-/ Auszahlungen aus der Ausgabe / Rückzahlung von Anleihen und Ausleihungen (gegebene Darlehen) als wirtschaftlich vergleichbare Vorgänge. Die Summe der geplanten Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen wird auch als Bruttokreditaufnahme bezeichnet.

Weitere Angaben siehe Anlage 10 zum Anhang.

## 6 Vermögensrechnung (Bilanz)

Die Bilanz gibt die Vermögenssituation einer Kommune zum Stichtag wieder. Aus der folgenden Bilanzabbildung kann die Entwicklung der Bilanzdaten im Vergleich zum Vorjahr sowie die jeweiligen Anteile der Bilanzpositionen an der Bilanzsumme abgelesen werden.

### Bilanz im Jahresvergleich

Bilanzposition	2015	2016	Veränderung
1. - Vermögen	800.564.909,25	807.495.755,72	6.930.846,47
1.1. - Immaterielles Vermögen	669.778,69	612.829,80	-56.948,89
1.2. - Sachvermögen	580.505.553,33	596.796.259,12	16.290.705,79
1.3. - Finanzvermögen	219.389.577,23	210.086.666,80	-9.302.910,43
2. - Abgrenzungsposten	4.296.065,35	4.999.115,31	703.049,96
2.1. - Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	670.214,56	681.010,69	10.796,13
2.2. - Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	3.625.850,79	4.318.104,62	692.253,83
3. - Nettoposition (nicht gedeckter Fehlbetrag)	0,00	0,00	0,00
<b>Summe Aktiva</b>	<b>804.860.974,60</b>	<b>812.494.871,03</b>	<b>7.633.896,43</b>
1. - Kapitalposition	563.794.910,74	578.904.746,37	15.109.835,63
1.1. - Basiskapital	542.104.650,06	550.604.661,51	8.500.011,45
1.2. - Rücklagen	21.690.260,68	28.300.084,86	6.609.824,18
1.3. - Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00	0,00
2. - Sonderposten	180.753.629,96	171.687.287,23	-9.066.342,73
2.1. - Sonderposten für Investitionszuweisungen	41.438.820,94	38.414.087,82	-3.024.733,12
2.2. - Sonderposten für Investitionsbeiträge	136.182.426,38	129.661.621,63	-6.520.804,75
2.3. - Sonderposten für Sonstiges	3.132.382,64	3.611.577,78	479.195,14
3. - Rückstellungen	19.907.270,00	31.113.248,31	11.205.978,31
3.1. - Lohn- und Gehaltsrückstellungen	142.400,00	147.200,00	4.800,00
3.2. - Unterhaltsvorschussrückstellungen	0,00	0,00	0,00
3.3. - Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen für Abfalldeponien	0,00	0,00	0,00
3.4. - Gebührenüberschussrückstellungen	0,00	0,00	0,00
3.5. - Altlastensanierungsrückstellungen	0,00	0,00	0,00
3.6. - Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und Gerichtsverfahren	4.855.870,00	6.129.048,31	1.273.178,31
3.7. - Sonstige Rückstellungen	14.909.000,00	24.837.000,00	9.928.000,00
4. - Verbindlichkeiten insgesamt	28.803.984,51	18.748.617,42	-10.055.367,09
4.1. - Anleihen	0,00	0,00	0,00
4.2. - Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	18.390.539,21	10.512.835,29	-7.877.703,92
4.3. - Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00	0,00
4.4. - Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.563.649,50	6.813.665,73	-749.983,77
4.5. - Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00
4.6. - Sonstige Verbindlichkeiten	2.849.795,80	1.422.116,40	-1.427.679,40
5. - Passive Rechnungsabgrenzung	11.601.179,39	12.040.971,70	439.792,31
<b>Summe Passiva</b>	<b>804.860.974,60</b>	<b>812.494.871,03</b>	<b>7.633.896,43</b>

## Aufteilung des Sachanlagevermögens

Auf der Aktivseite der Bilanz stellen die Sachanlagen den größten Posten dar. Das Sachanlagevermögen wird nachfolgend in seiner Zusammensetzung und in den jeweiligen Veränderungen zum Vorjahr abgebildet.

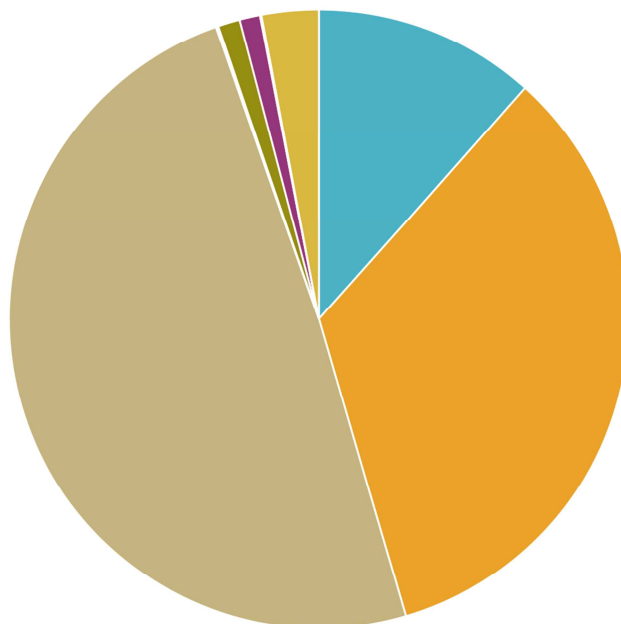
### Sachanlagevermögen

Bilanzposition	2015	2016	Veränderung
<b>1.2. - Sachvermögen</b>	<b>580.505.553,33</b>	<b>596.796.259,12</b>	<b>16.290.705,79</b>
1.2.1. - unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	69.164.556,21	69.159.793,18	-4.763,03
1.2.2. - bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	188.533.034,00	202.174.096,50	13.641.062,50
1.2.3. - Infrastrukturvermögen	300.547.284,42	293.269.307,06	-7.277.977,36
1.2.4. - Bauten auf fremden Grundstücken	443.557,95	437.918,78	-5.639,17
1.2.5. - Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	318.962,99	328.371,05	9.408,06
1.2.6. - Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	6.302.297,00	6.822.118,31	519.821,31
1.2.7. - Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.446.991,63	6.393.457,97	-53.533,66
1.2.8. - Vorräte	500.215,00	477.445,07	-22.769,93
1.2.9. - geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	8.248.654,13	17.733.751,20	9.485.097,07

### Sachanlagevermögen in seiner Struktur und Entwicklung

Im Folgenden wird die Struktur des Sachanlagevermögens in seinen wesentlichen Ausprägungen abgebildet:

Struktur des Sachanlagevermögens



1.2.1. - unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (12%)	1.2.3. - Infrastrukturvermögen (49%)
1.2.2. - bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (34%)	1.2.5. - Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler (0%)
1.2.4. - Bauten auf fremden Grundstücken (0%)	1.2.6. - Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge (1%)
1.2.7. - Betriebs- und Geschäftsausstattung (1%)	1.2.8. - Vorräte (0%)
1.2.9. - geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau (3%)	

**Entwicklung des Sachanlagevermögens**

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens in den letzten drei Jahren ergibt folgendes Bild:

**Entwicklung des Sachanlagevermögens**

<b>Bilanzposition</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
<b>1.2. - Sachvermögen</b>	<b>568.692.780,83</b>	<b>580.505.553,33</b>	<b>596.796.259,12</b>
1.2.1. - unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	69.385.153,67	69.164.556,21	69.159.793,18
1.2.2. - bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	165.944.614,03	188.533.034,00	202.174.096,50
1.2.3. - Infrastrukturvermögen	304.556.501,60	300.547.284,42	293.269.307,06
1.2.4. - Bauten auf fremden Grundstücken	460.399,75	443.557,95	437.918,78
1.2.5. - Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	47.100,55	318.962,99	328.371,05
1.2.6. - Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	5.987.255,12	6.302.297,00	6.822.118,31
1.2.7. - Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.839.311,52	6.446.991,63	6.393.457,97
1.2.8. - Vorräte	495.436,00	500.215,00	477.445,07
1.2.9. - geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	15.977.008,59	8.248.654,13	17.733.751,20



## 7 Kennzahlen

Über Kennzahlen lassen sich komplexe finanzwirtschaftliche Zusammenhänge in komprimierter Form darstellen. Die Betrachtung der Kennzahlenentwicklung im Mehrjahresverlauf ermöglicht eine finanzpolitische Beurteilung der Haushaltsentwicklung in seinen wesentlichen Ausprägungen.

(Grundlage für die Zukunftswerte ist der aktuell gültige Haushaltsplan mit der zugehörigen Finanzplanung, in diesem Fall der Haushaltsplan 2017 mit der Finanzplanung 2018 bis 2020)

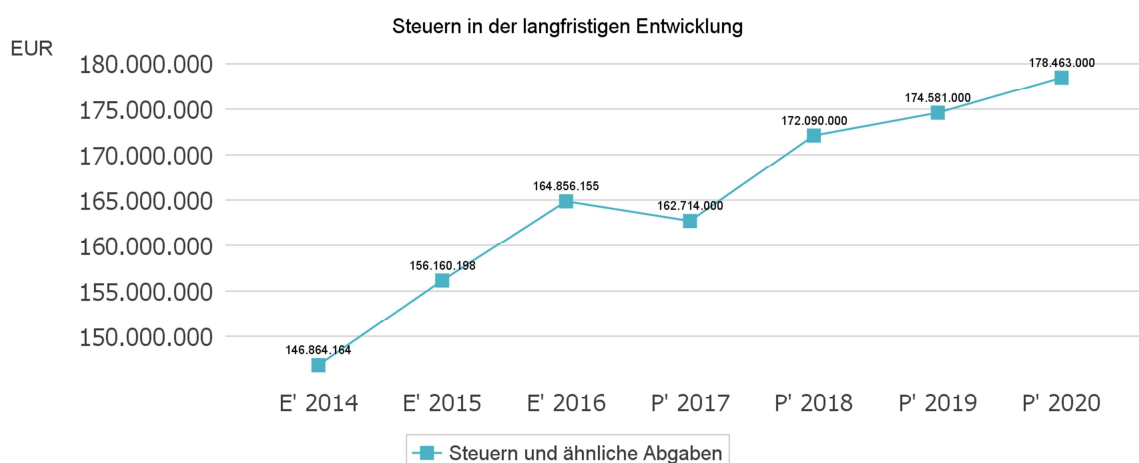
### 7.1 Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage sowie zum Haushaltsergebnis

#### 7.1.1 Steuern

##### Steuern im Zeitverlauf

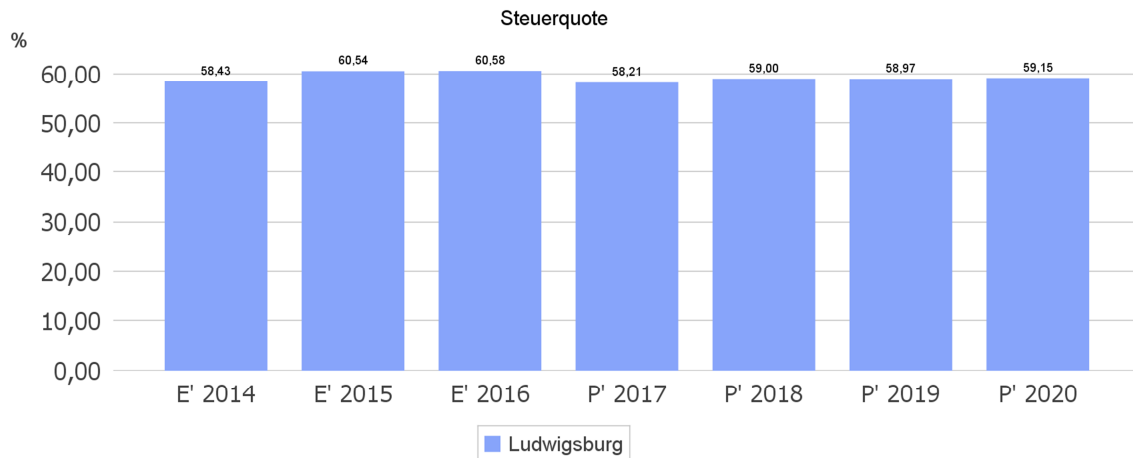
	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Grundsteuer A	91.265,07	107.751,69	110.000	110.000	110.000
Grundsteuer B	15.055.696,28	14.996.634,91	16.300.000	16.500.000	16.700.000
Gewerbesteuer	78.938.013,54	83.402.784,72	79.000.000	80.000.000	81.000.000
Anteil Einkommensteuer	48.714.640,78	50.959.858,79	51.663.000	55.080.000	56.700.000
Anteil Umsatzsteuer	7.386.589,75	7.611.957,95	9.486.000	13.927.000	13.472.000
Vergnügungssteuer	1.798.436,26	3.422.356,00	1.700.000	1.700.000	1.700.000
Hundesteuer	298.170,00	320.140,00	300.000	300.000	300.000
Sonstige örtliche Steuern und steuerähnliche Erträge	0,00	0,00	0	0	0
Ausgleichsleistungen	3.877.386,00	4.034.671,00	4.155.000	4.473.000	4.599.000

#### Die Entwicklung der Steuern und steuerähnlichen Abgaben im langfristigen Verlauf



## Steuerquote

Die Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Kommune „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Die Steuerquote bringt zum Ausdruck, wie hoch der prozentualen Anteil der Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben an den ordentlichen Erträgen ist. Je höher die Steuerquote, umso unabhängiger ist die Kommune von Zuwendungen aus dem kommunalen Finanzausgleich.



### 7.1.1.1 Entwicklung der Realsteuern - Hebesätze und Aufkommen

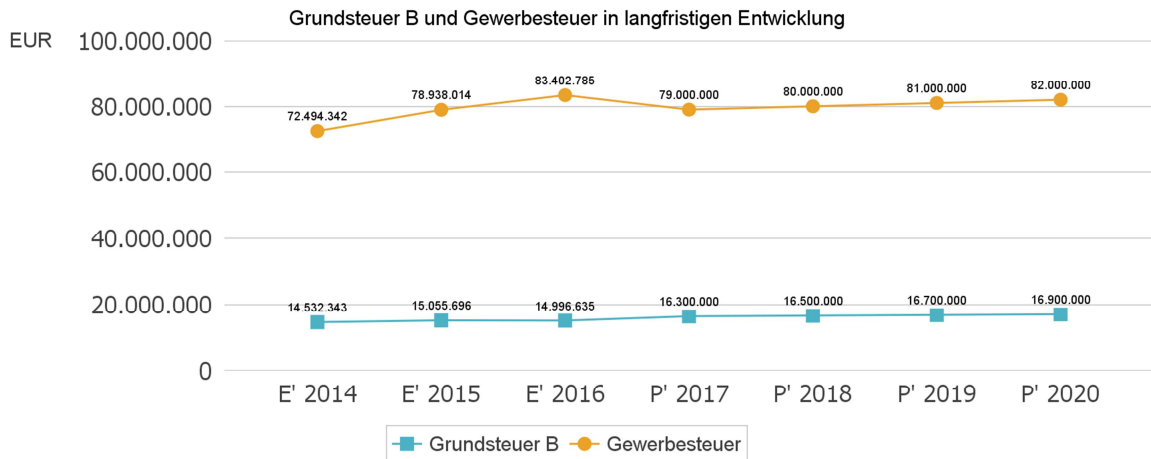
Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Hebesätze:

#### Entwicklung der Hebesätze

Steuerart	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Grundsteuer A	360	375	375	375	375	405
Grundsteuer B	360	375	375	375	375	405
Gewerbsteuer	360	375	375	375	375	385

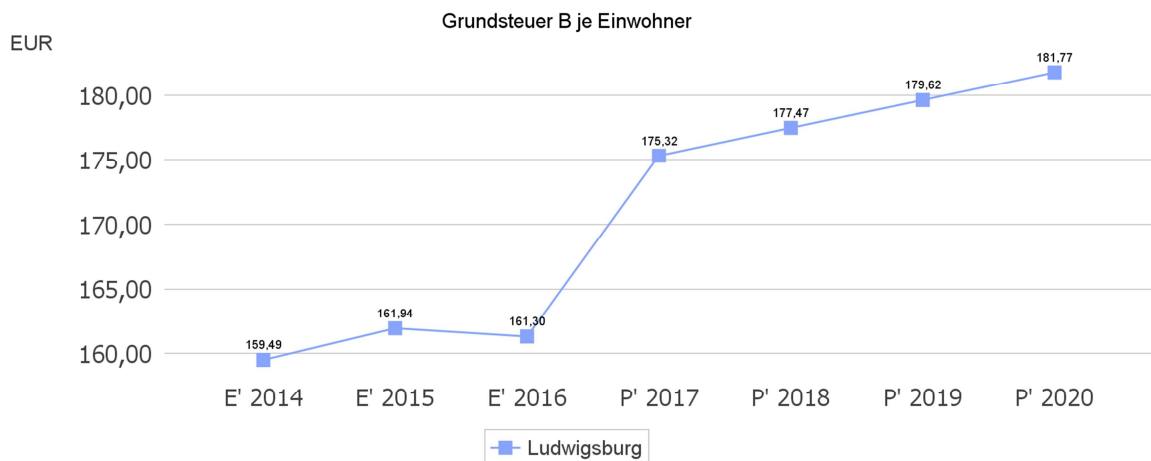
### Grundsteuer B und Gewerbesteuer in der langfristigen Entwicklung

Aufgrund ihres finanziellen Volumens sind die Grundsteuer B sowie die Gewerbesteuer tragende Säulen auf der Ertragsseite des Haushalts. Die Betrachtung der langfristigen Entwicklung ergibt folgendes Bild:



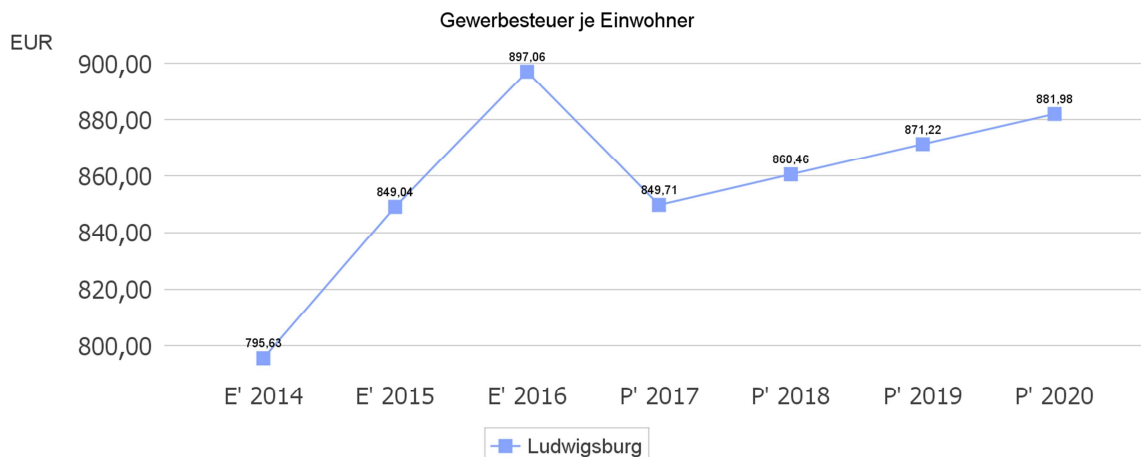
### Grundsteuer B je Einwohner

Um das Steueraufkommen in seiner Höhe besser einordnen zu können, bietet sich die einwohnerbezogene Betrachtung an:



### Gewerbesteuer je Einwohner

Nachfolgend wird die Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens in Relation zur Einwohnerzahl abgebildet:



### 7.1.1.2 Gemeinschaftssteuern

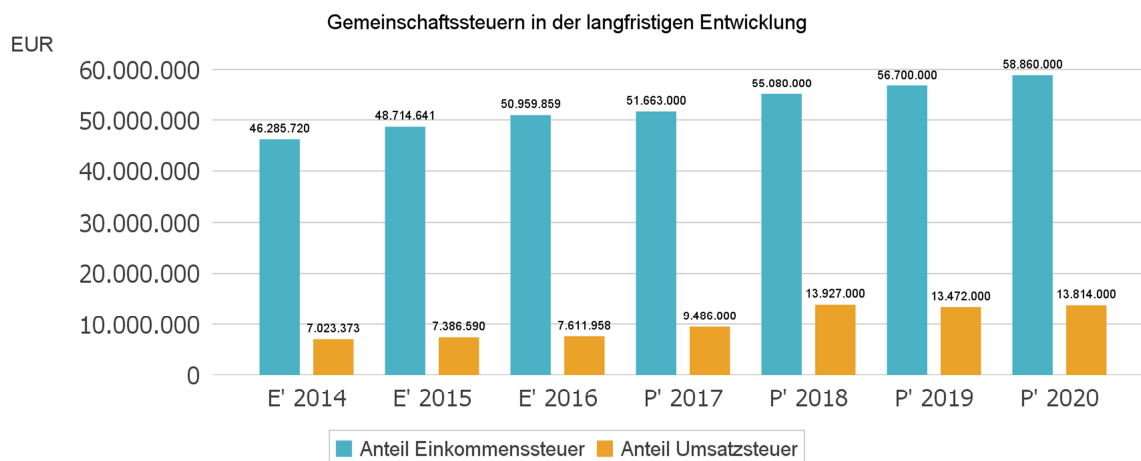
Die Gemeinschaftssteuern setzen sich aus den Anteilen an der Umsatzsteuer und der Einkommenssteuer zusammen:

#### Gemeinschaftssteuern

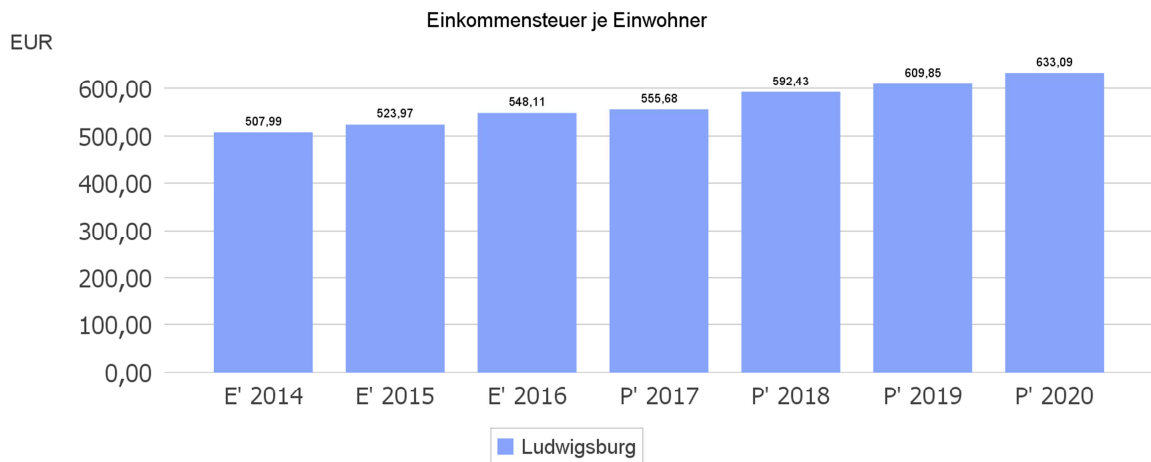
	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Anteil Einkommenssteuer	48.714.640,78	50.959.858,79	51.663.000	55.080.000	56.700.000
Anteil Umsatzsteuer	7.386.589,75	7.611.957,95	9.486.000	13.927.000	13.472.000

#### Gemeinschaftssteuern in der langfristigen Entwicklung

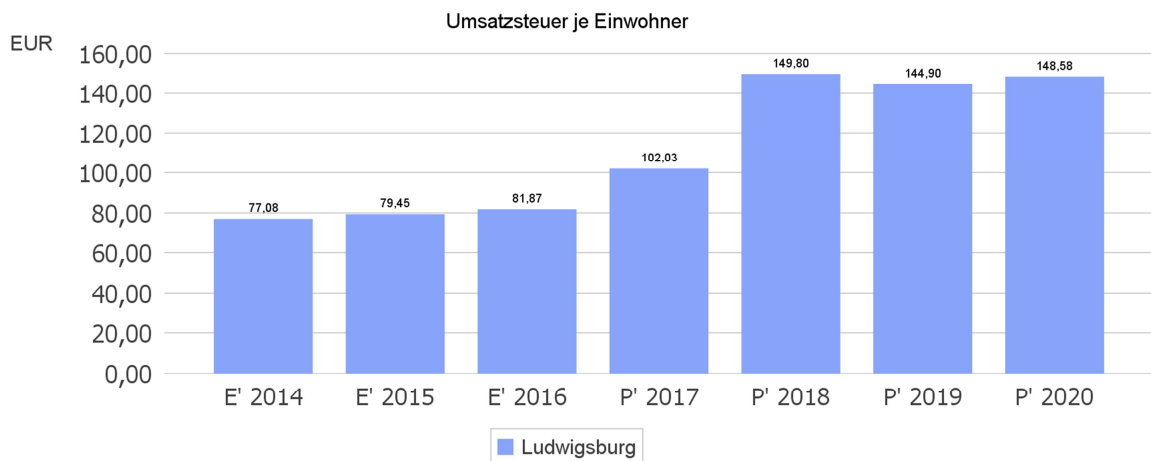
In der Langfristbetrachtung zeigt sich hinsichtlich der Gemeinschaftssteuern folgendes Bild:



### Einkommensteuer je Einwohner



### Anteil Umsatzsteuer je Einwohner



## 7.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen, wobei die Schlüsselzuweisungen eingehender betrachtet werden:

### Erträge aus Zuwendungen und allgemeine Umlagen

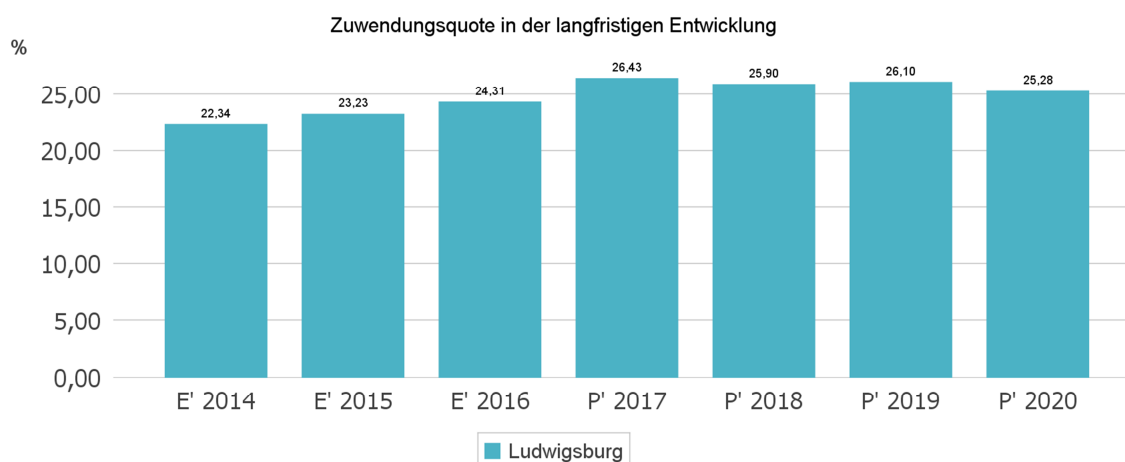
	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Zuwendungen und allgemeine Umlagen gesamt</b>	<b>59.910.935,14</b>	<b>66.149.436,53</b>	<b>73.861.111</b>	<b>75.549.400</b>	<b>77.258.600</b>
davon Schlüsselzuweisungen	30.208.385,00	36.002.366,30	41.350.800	42.389.000	43.285.000
davon Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	21.011.302,19	21.577.125,76	23.873.250	24.350.600	24.828.300
davon Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	7.908.357,85	7.770.716,17	7.828.861	7.985.400	8.304.800
davon Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen	0,00	0,00	0	0	0
davon Sonstige Zuweisungen und Umlagen	782.890,10	799.228,30	808.200	824.400	840.500

### Zuwendungsquote

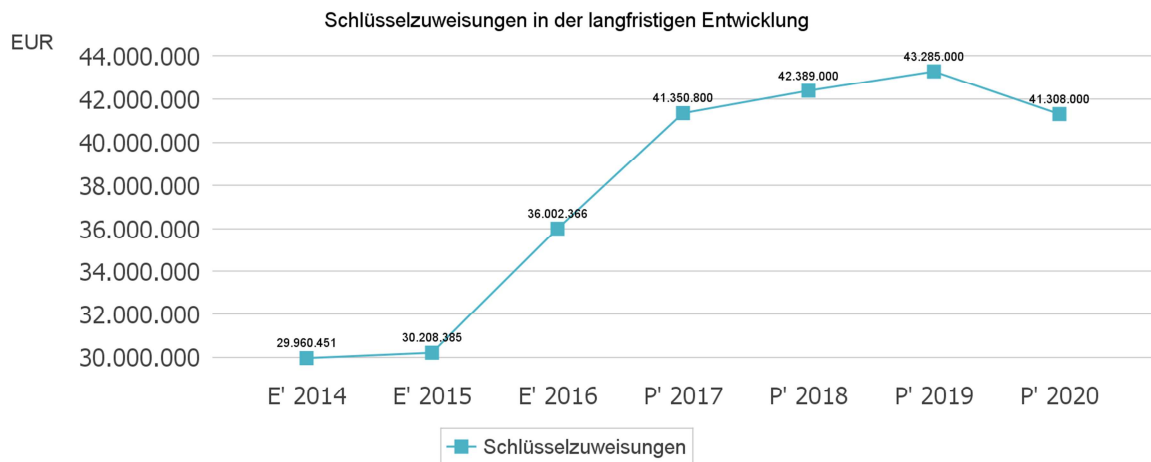
Die Zuwendungsquote zeigt auf, wieviel Prozent der ordentlichen Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen stammen.

Sie gibt damit an, wie hoch die Abhängigkeit der Stadt Ludwigsburg von Zuweisungen und Umlagen ist.

Die Zuwendungsquote korrespondiert mit der oben bereits dargestellten Steuerquote.

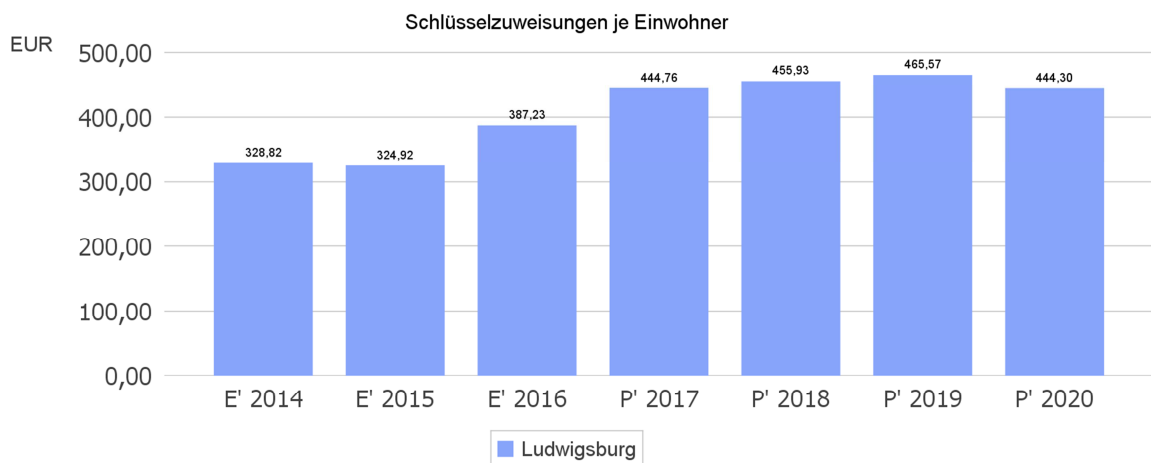


### Schlüsselzuweisungen in der langfristigen Entwicklung



### Schlüsselzuweisungen je Einwohner

Nachstehend wird der Ertrag aus Schlüsselzuweisungen ins Verhältnis zur Einwohnerzahl gestellt.



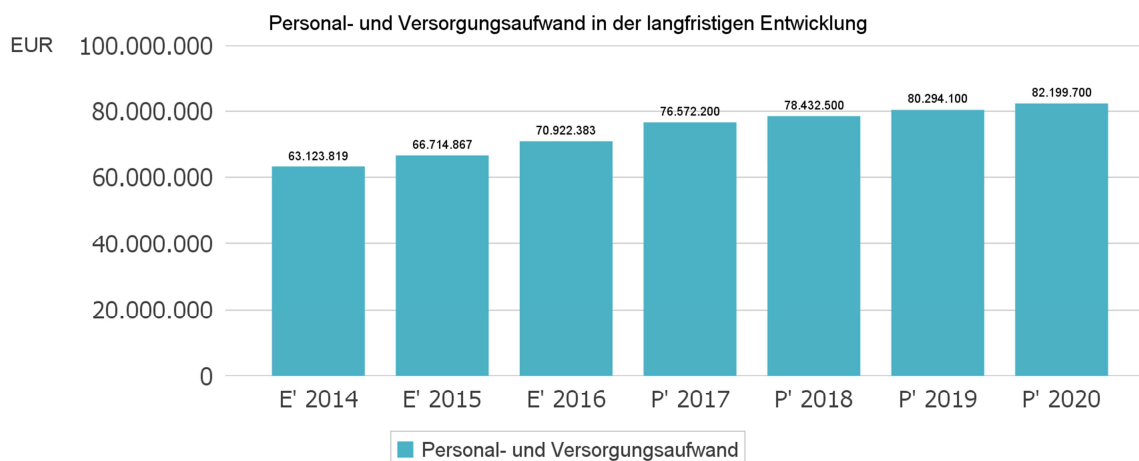
### 7.1.3 Personal- und Versorgungsaufwand

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen stellen sich wie folgt dar:

#### Personalaufwand

	<b>Ergebnis 2015</b>	<b>Ergebnis 2016</b>	<b>Plan 2017</b>	<b>Plan 2018</b>	<b>Plan 2019</b>
Dienstaufwendungen Beamte	9.673.776,39	9.733.491,13	10.062.800	10.314.400	10.565.900
Dienstaufwendungen tariflich Beschäftigte	38.605.686,27	41.671.809,22	45.382.700	46.517.300	47.651.800
Dienstaufwendungen sonstige Beschäftigte	233.428,27	218.552,57	425.000	435.600	446.300
Beiträge zu Versorgungskassen	8.901.744,52	9.278.326,47	9.976.300	10.225.700	10.475.200
Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung	7.875.437,03	8.255.186,33	9.070.200	9.297.000	9.523.700
Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Beschäftigte	551.278,16	635.024,92	750.000	750.000	750.000
Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellungen	-32.800,00	4.800,00	-14.800	-37.500	-58.800
<b>Personalaufwendungen</b>	<b>65.808.550,64</b>	<b>69.797.190,64</b>	<b>75.652.200</b>	<b>77.502.500</b>	<b>79.354.100</b>
Aufwendungen für Versorgung	906.316,76	1.125.192,25	920.000	930.000	940.000
<b>Personal- und Versorgungsaufwand</b>	<b>66.714.867,40</b>	<b>70.922.382,89</b>	<b>76.572.200</b>	<b>78.432.500</b>	<b>80.294.100</b>

Nachfolgend ist der Personal- und Versorgungsaufwand in der langfristigen Entwicklung dargestellt:

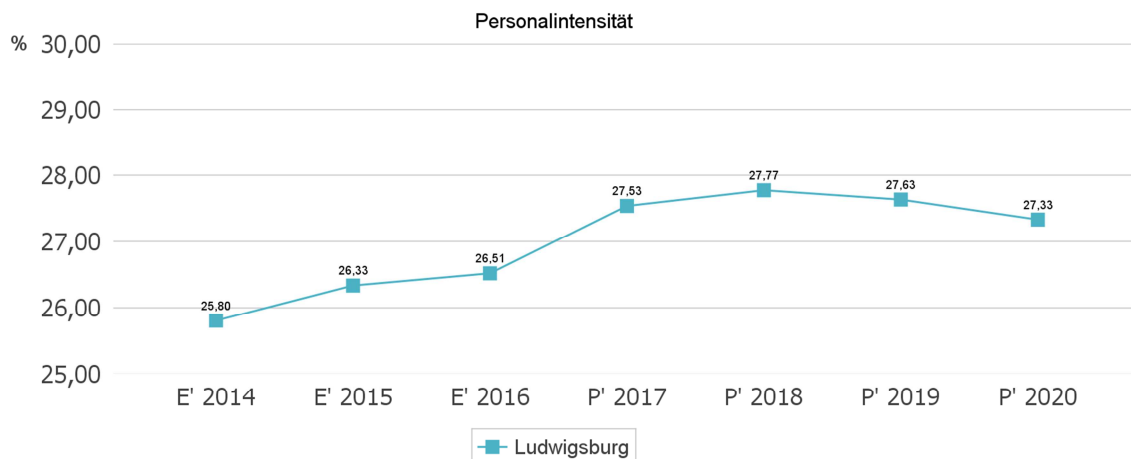




## Personalintensität

Die Personalintensität bildet den prozentualen Anteil der Personal- und Versorgungsaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen insgesamt ab.

Sie ist ein Indikator dafür, welches Gewicht die Personal- und Versorgungsaufwendungen innerhalb des ordentlichen Aufwandes haben.



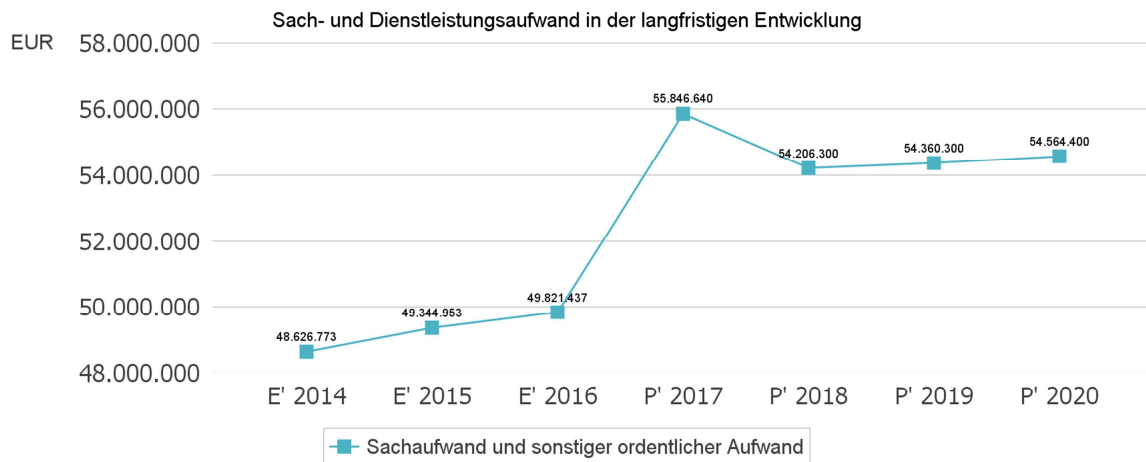
### 7.1.4 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Entwicklung der Sach- und Dienstleistungen im Zeitverlauf ist den folgenden Aufstellungen zu entnehmen:

#### Entwicklung des Aufwandes für Sach- und Dienstleistungen

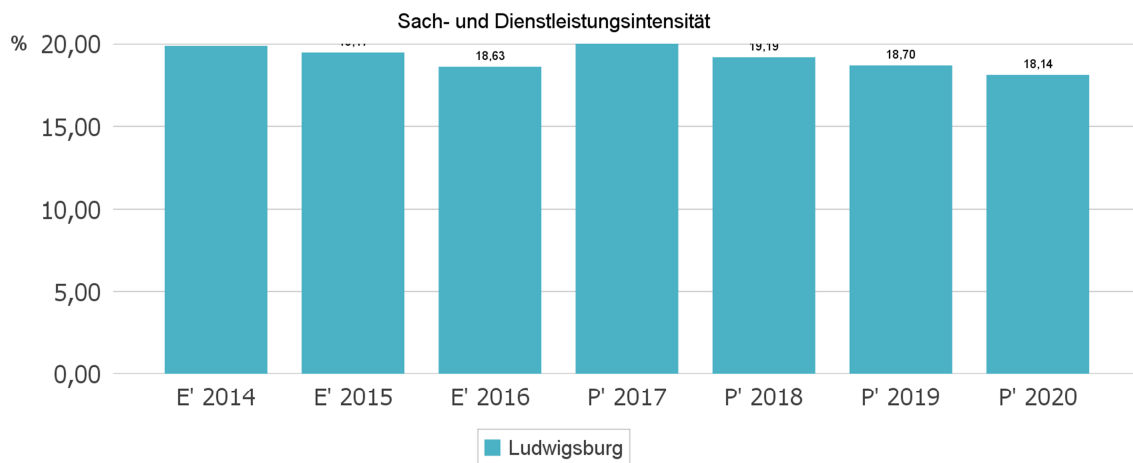
	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Unterhaltung und Bewirtschaftung unbewegliches Vermögen	20.737.373,24	20.466.031,74	22.412.350	22.838.300	23.264.300
Unterhaltung bewegliches Vermögen, Fahrzeuge	2.467.749,11	2.326.963,02	3.915.600	3.036.000	3.045.600
Mieten und Pachten, Leasing	2.956.488,11	3.052.723,17	3.283.150	3.283.200	3.283.200
Sonstiger Sach- und Dienstleistungsaufwand	14.783.379,86	15.736.234,54	17.142.900	17.386.100	17.629.400
<b>Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gesamt</b>	<b>40.944.990,32</b>	<b>41.581.952,47</b>	<b>46.754.000</b>	<b>46.543.600</b>	<b>47.222.500</b>
<b>Sonstige ordentliche Aufwendungen</b>	<b>8.399.962,63</b>	<b>8.239.484,27</b>	<b>9.092.640</b>	<b>7.662.700</b>	<b>7.137.800</b>
<b>Summe</b>	<b>49.344.952,95</b>	<b>49.821.436,74</b>	<b>55.846.640</b>	<b>54.206.300</b>	<b>54.360.300</b>

### Sach- und Dienstleistungsaufwand in der langfristigen Entwicklung



### Sach- und Dienstleistungsintensität

Die Sach- und Dienstleistungsintensität lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Kommune für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat. Sie ist damit das Gegenstück zur Personalintensität. Die Sach- und Dienstleistungsintensität zeigt an, wie hoch der prozentuale Anteil der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne besondere Aufwendungen für Beschäftigte) vom ordentlichen Aufwand ist.



## 7.1.5 Transferaufwendungen

Aufwandsseitig sind neben den Personal- und Sachaufwendungen die Transferaufwendungen von Bedeutung. Von besonderem Interesse sind hier die Entwicklungen bei den Umlagezahlungen an Gemeindeverbände (Landkreis und Verband Region Stuttgart) sowie Gewerbesteuer- und Finanzausgleichsumlage.

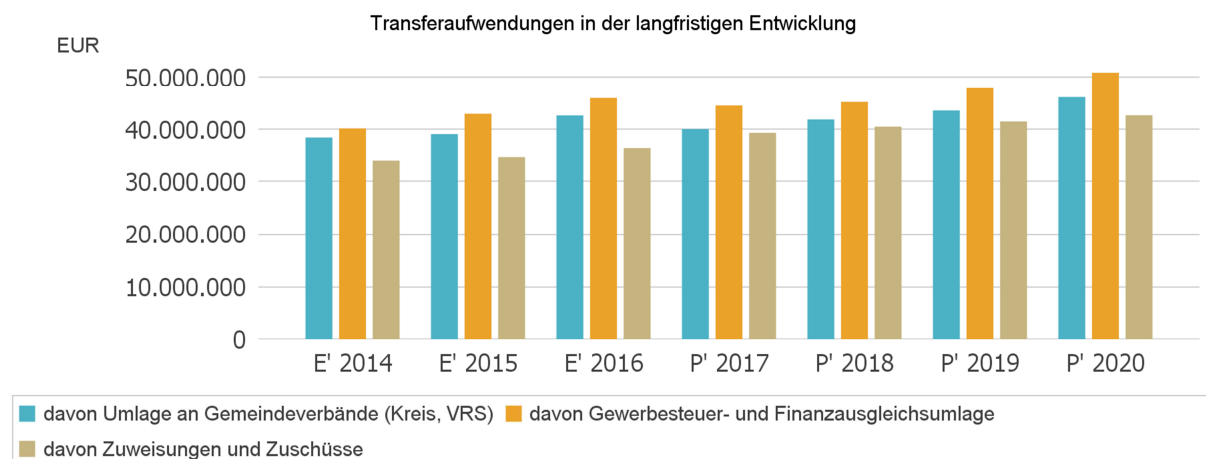
Wichtig ist auch die Entwicklung der Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke. (Vereine, Kirchen, Institutionen, usw.)

Nachfolgend ist die Entwicklung dieser Positionen abzulesen:

### Entwicklung der Transferaufwendungen

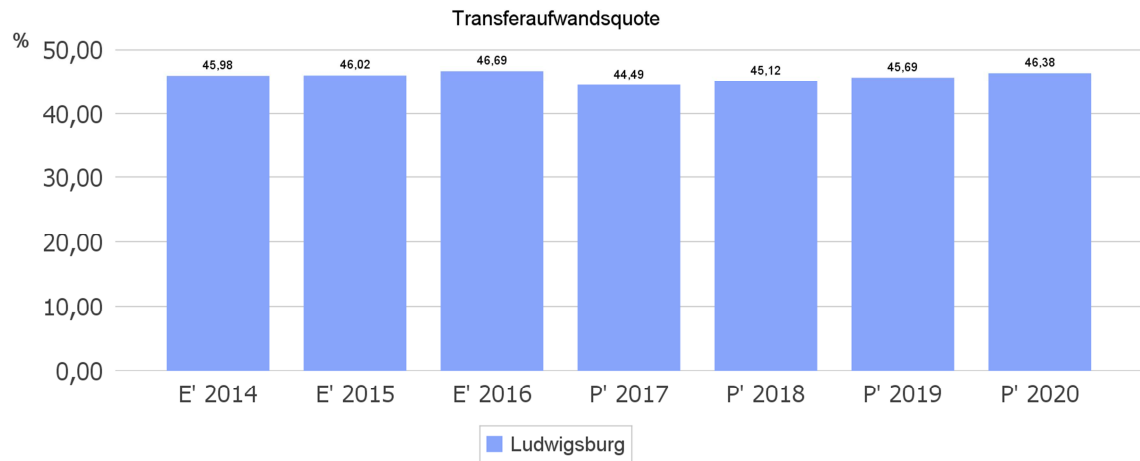
	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Transferaufwendungen</b>	<b>116.608.547,99</b>	<b>124.885.240,28</b>	<b>123.742.750</b>	<b>127.441.700</b>	<b>132.781.500</b>
davon Umlage an Gemeindeverbände (Kreis, VRS)	39.034.009,03	42.584.134,81	39.995.000	41.820.000	43.531.000
davon Gewerbesteuer- und Finanzausgleichsumlage	42.901.049,71	45.919.476,86	44.474.000	45.167.000	47.815.000
davon Zuweisungen und Zuschüsse	34.673.489,25	36.381.628,61	39.273.750	40.454.700	41.435.500

### Transferaufwendungen in der langfristigen Entwicklung



### Transferaufwandsquote

Die Transferaufwandsquote gibt an, wie hoch der Anteil der Transferaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen des Haushaltes ist.

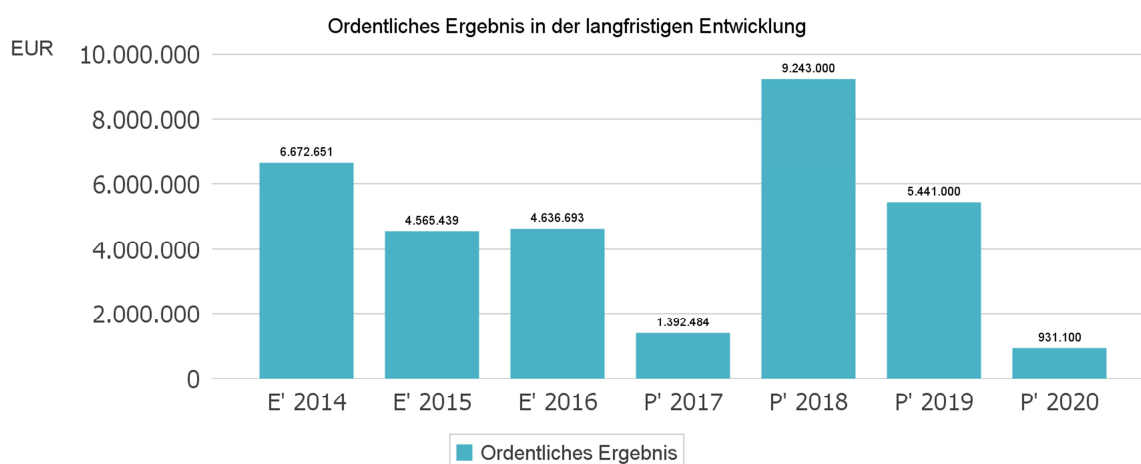


## 7.1.6 Haushaltsergebnis

Die Entwicklung des Ergebnisses mit seinen Untergliederungen ist nachfolgend dargestellt:

### Entwicklung des Ergebnisses

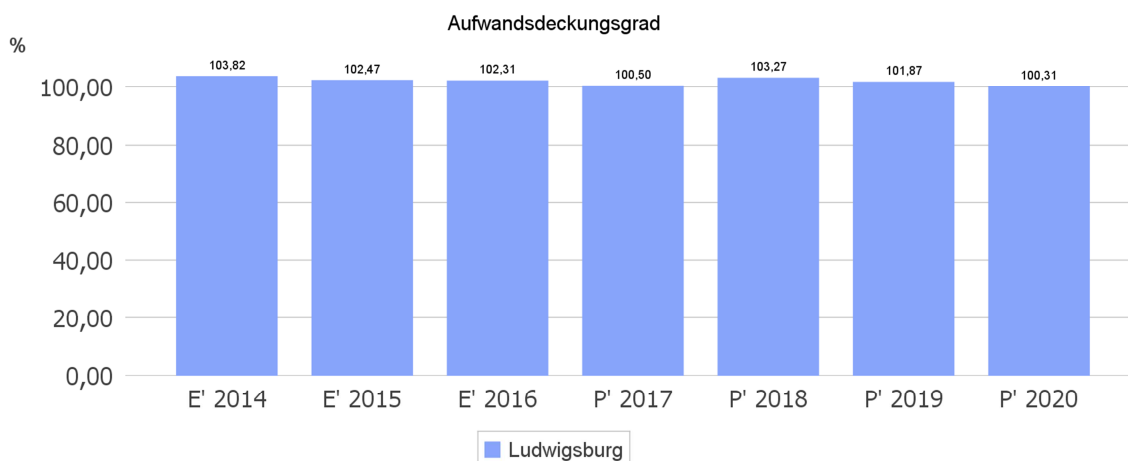
	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Ordentliches Ergebnis	4.565.439,47	4.636.693,13	1.392.484	9.243.000	5.441.000
Sonderergebnis	1.716.438,47	1.555.412,16	0	0	0
Gesamtergebnis	6.281.877,94	6.192.105,29	1.392.484	9.243.000	5.441.000



Unter Steuerungsgesichtspunkten ist nicht das Sonderergebnis, sondern das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit relevant. Da sich dies zum Einen im Ordentlichen Ergebnis und zum Anderen im Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit widerspiegelt, werden nachfolgend auch Kennzahlen zu diesen beiden Ergebnisgrößen dargestellt.

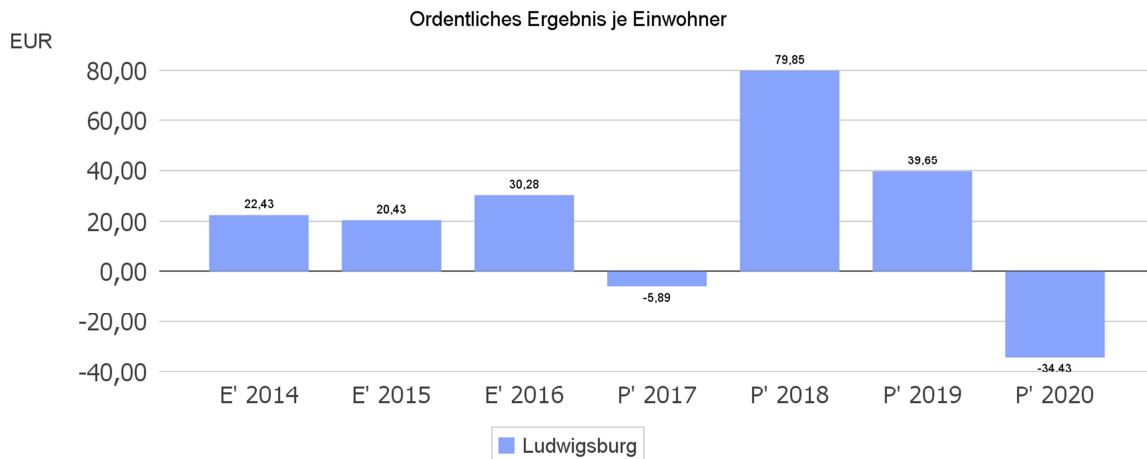
### Aufwandsdeckungsgrad

Diese Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die gesamten Aufwendungen durch Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung, d.h. einen Aufwandsdeckungsgrad von 100 % oder höher, erreicht werden.



### Ordentliches Ergebnis je Einwohner

Durch die Kennzahl wird deutlich, welches Ergebnis sich aus den ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen bezogen auf einen Einwohner darstellt. Die Kennzahl dient zur Konkretisierung des oben aufgeführten Aufwandsdeckungsgrades.



### Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf der Ergebnisrechnung

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Zahlungsmittelüberschusses /-bedarfs der Ergebnisrechnung:

### Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf der Ergebnisrechnung

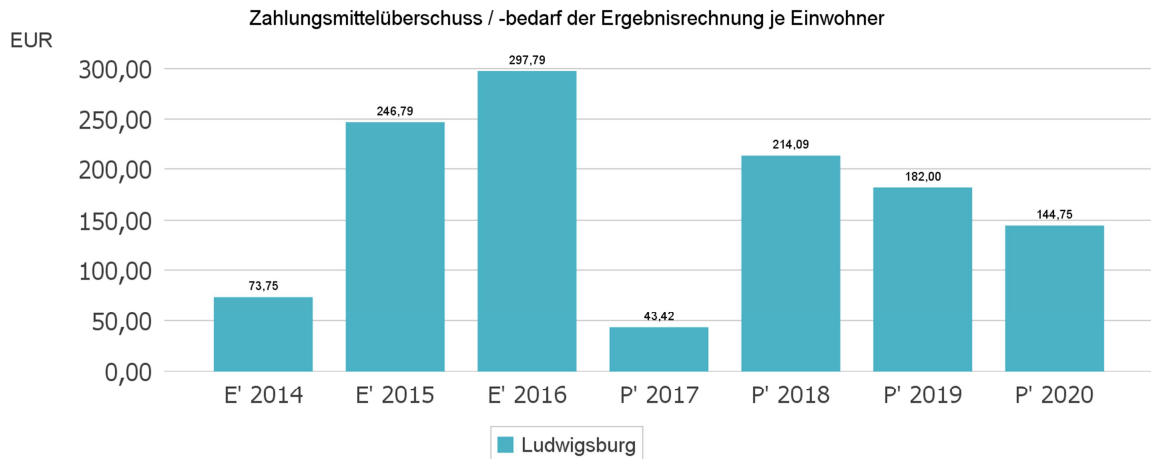
	<b>Ergebnis 2015</b>	<b>Ergebnis 2016</b>	<b>Plan 2017</b>	<b>Plan 2018</b>	<b>Plan 2019</b>
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	252.024.855,82	269.535.225,76	264.625.730	280.489.400	284.870.000
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	229.079.747,67	241.848.699,96	260.588.890	260.585.100	267.948.600
<b>Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts</b>	<b>22.945.108,15</b>	<b>27.686.525,80</b>	<b>4.036.840</b>	<b>19.904.300</b>	<b>16.921.400</b>

Der Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf der Ergebnisrechnung ist der Saldo aus den kassenwirksamen Ein- und Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit.

Er ist eine wichtige Kennzahl für die Bemessung der Leistungsfähigkeit. Zum Einen soll der Überschuss wenigstens so hoch sein, dass damit die Kredittilgung finanziert werden kann (vergleichbar der früheren Mindestzuführungsrate vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt), zum Anderen soll eine Netto-)Investitionsrate zur Finanzierung der Investitionen erwirtschaftet werden.

### Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf je Einwohner

Diese Kennzahl bildet ab, wieviel Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf pro Einwohner aus der laufenden Verwaltungstätigkeit erwirtschaftet wird.

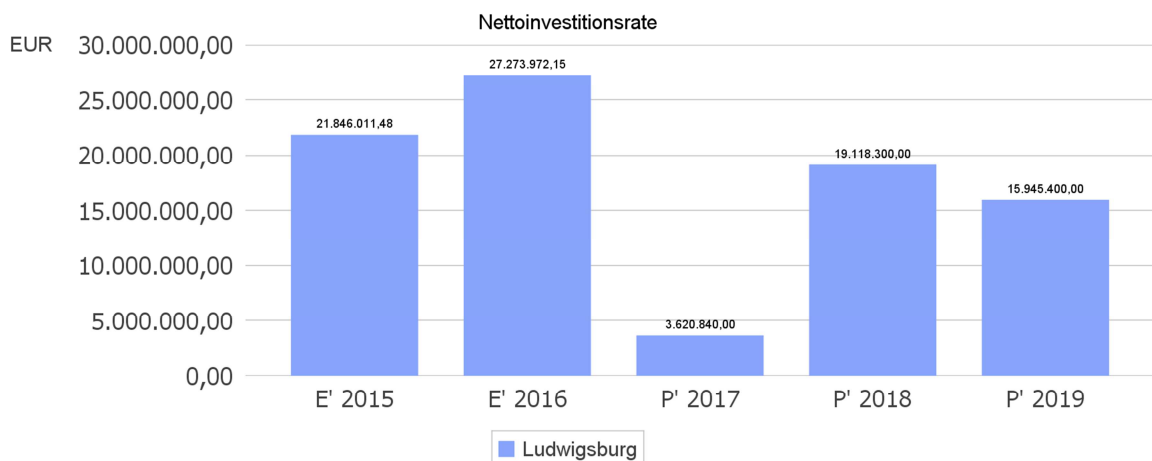


### Entwicklung der Nettoinvestitionsrate

Das folgende Schaubild zeigt die Entwicklung der Nettoinvestitionsrate.

Die Nettoinvestitionsrate berechnet sich aus dem Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit abzüglich den zu leistenden Tilgungen und Kreditbeschaffungskosten.

Sie zeigt an, wieviel freie Mittel (auch "freie Spitze" genannt) als Spielraum für neue Investitionen aus dem laufenden Betrieb erwirtschaftet werden.



## 7.2 Kennzahlen zur Bilanz

Nachfolgendes Schaubild zeigt die wesentlichsten Entwicklungen innerhalb der Bilanz, nämlich die Entwicklung des Bilanzvolumens und dessen Finanzierung durch Eigenkapital und Verbindlichkeiten.

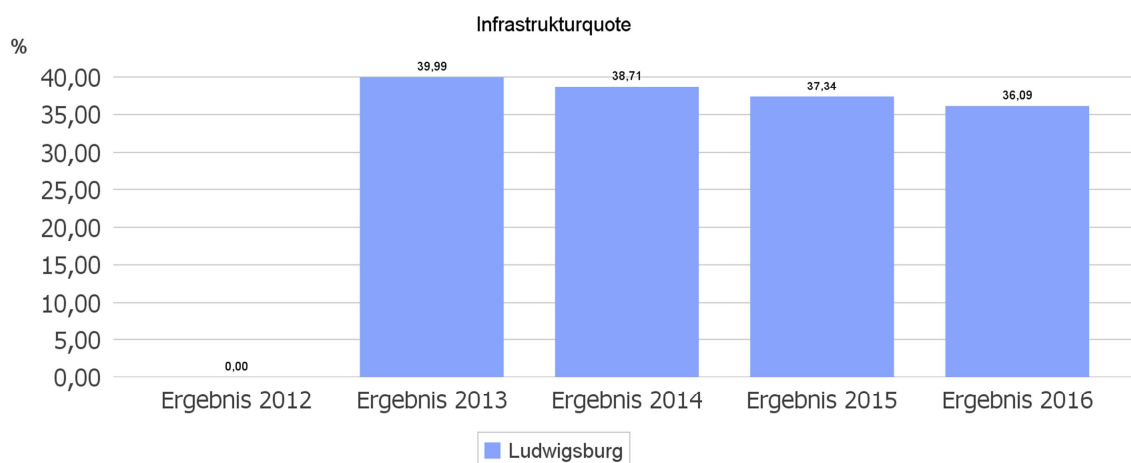
### Bilanz - Entwicklung von Aktiva, Eigenkapital und Verschuldung

	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016
Aktiva (Bilanzvolumen)	778.143.948	786.746.868	804.860.975	812.494.871
Kapitalposition	546.668.788	556.073.016	563.794.911	578.904.746
Verbindlichkeiten	13.632.549	21.896.522	28.803.985	18.748.617

### 7.2.1 Kennzahlen zur Vermögenslage

#### Infrastrukturquote

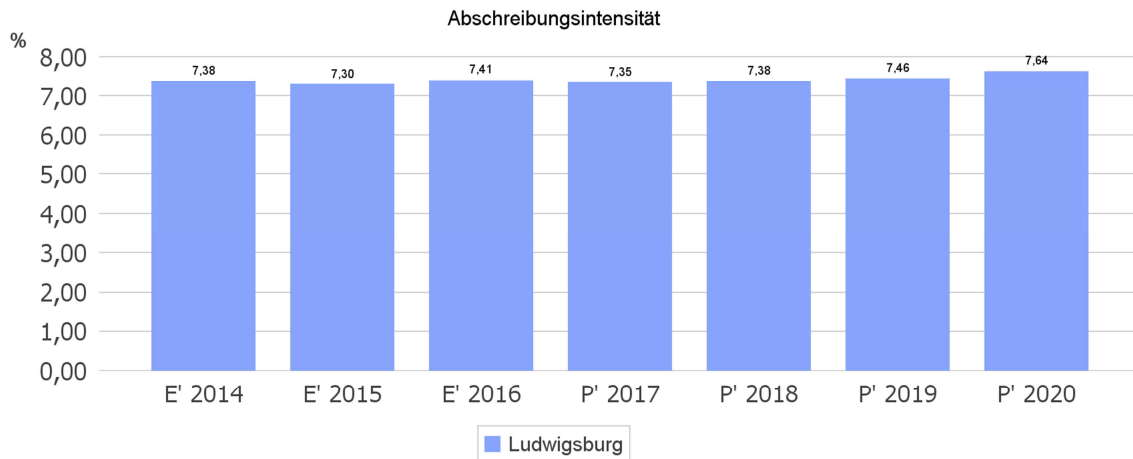
Diese Kennzahl stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, mit welchem Prozentsatz das Gesamtvermögen in der kommunalen Infrastruktur gebunden ist. Die Kennzahl kann Hinweise auf etwaige Folgebelastungen geben, die aus der Infrastruktur resultieren. Es handelt sich um eine Bilanzkennzahl, die nur vergangenheitsorientiert abgebildet werden kann.





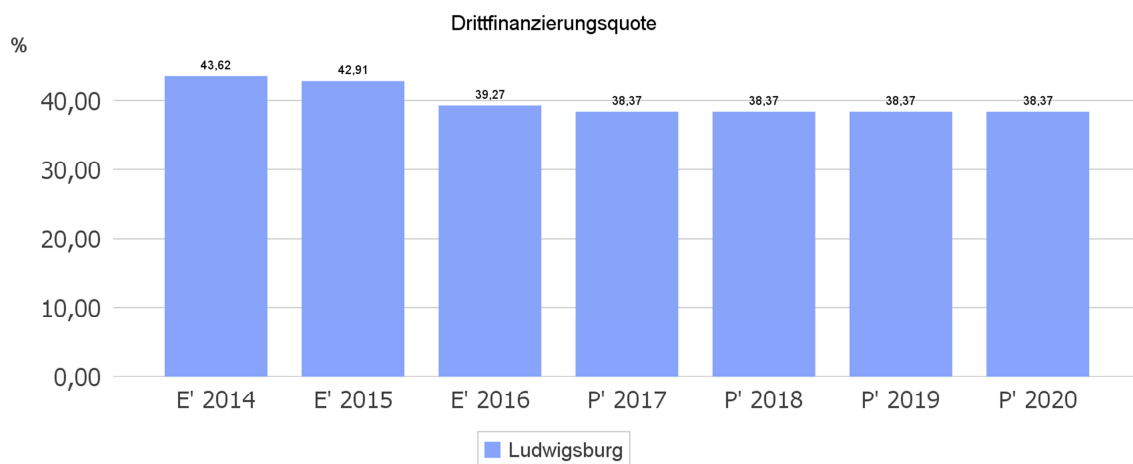
### Abschreibungsintensität

Die Kennzahl zeigt an, in welchem Umfang die Kommune durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird. Sie stellt den prozentualen Anteil der Abschreibungen auf immaterielles und Sachvermögen am ordentlichen Aufwand (ohne Zinsaufwand) dar.



### Drittfinanzierungsquote

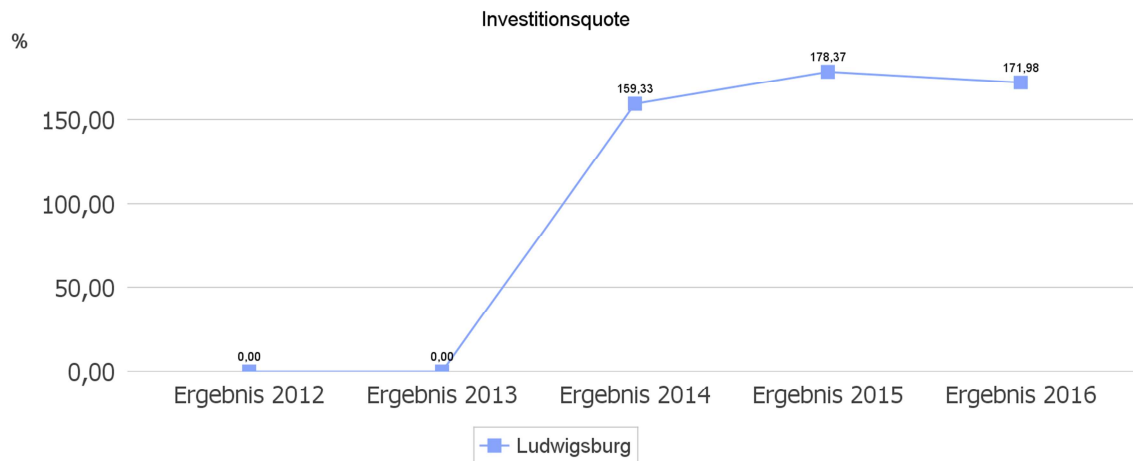
Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen den Abschreibungen auf immaterielles und Sachvermögen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten (Zuweisungen, Beiträge, sonstige Sonderposten) im Haushaltsjahr. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung des Haushaltes durch Abschreibungen abmildern. Damit wird auch deutlich, in welchem Maße Dritte an der Finanzierung des abnutzbaren Vermögens beteiligt waren bzw. werden.



### Investitionsquote

Die Investitionsquote bildet den prozentualen Anteil der Brutto-Investitionen (Auszahlungen aus Investitionstätigkeit) an der Summe aus Abschreibungen auf Sachvermögen und immaterielles Vermögen ab. Sie gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen. Es handelt sich um eine Bilanzkennzahl, die nur vergangenheitsorientiert abgebildet werden kann.

Sie ist so zu interpretieren, dass bei Werten über 100% die Brutto-Investitionen höher sind als der Wertverlust durch Abschreibungen, d.h. es liegt über das gesamte Sachvermögen betrachtet eine Substanzmehrung vor.



## 7.2.2 Kennzahlen zur Kapitalstruktur (haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation)

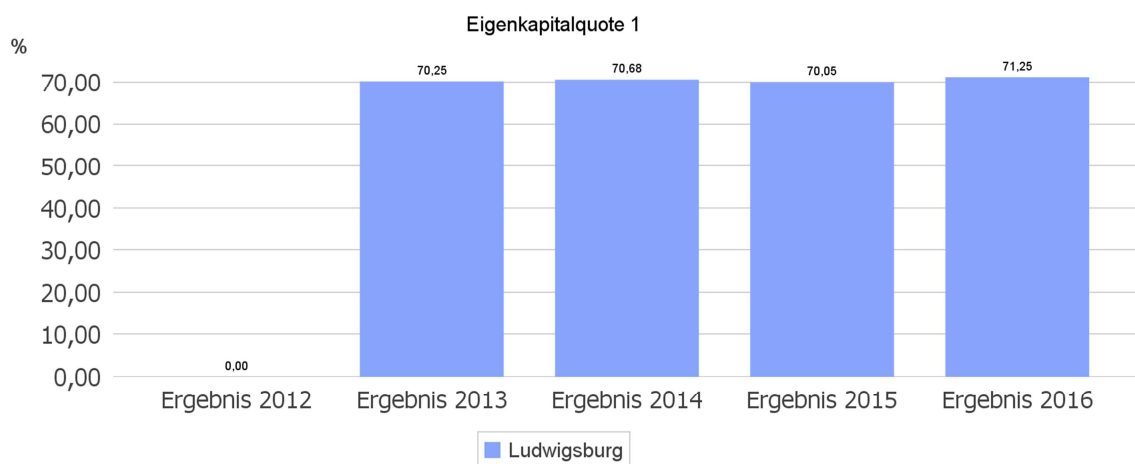
Neben dem Aufwandsdeckungsgrad, der im Abschnitt Haushaltsergebnis dargestellt wurde, werden nachfolgend weitere Kennzahlen betrachtet:

### Eigenkapitalquote 1

Um die Eigenkapitalausstattung beurteilen zu können, bietet sich die Betrachtung der Eigenkapitalquote 1 an. Die Eigenkapitalquote 1 misst den Anteil des Eigenkapitals (Kapitalposition) am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) der Passivseite.

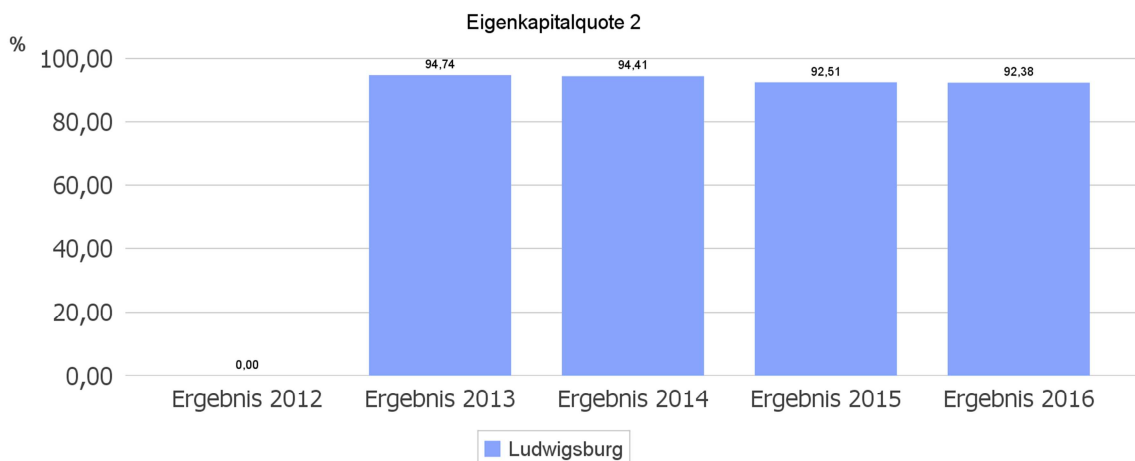
Je größer die Eigenkapitalquote, je weiter ist die Kommune vom gesetzlich vorgeschriebenen Überschuldungsverbot entfernt.

Es handelt sich um eine Bilanzkennzahl, die nur vergangenheitsorientiert abgebildet wird.



### Eigenkapitalquote 2

Die Eigenkapitalquote 2 misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Weil die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird bei dieser Kennzahl die Wertgröße Eigenkapital (Kapitalposition) um die Sonderposten für Zuwendungen, Beiträge und sonstige Sonderposten erweitert. Es handelt sich um eine Bilanzkennzahl, die nur vergangenheitsorientiert abgebildet werden kann.



## 8 Prognosebericht - Risiken und Chancen

Nach § 54 GemHVO BW ist im Rechenschaftsbericht auch auf die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung einzugehen. Angesprochen werden im folgenden:

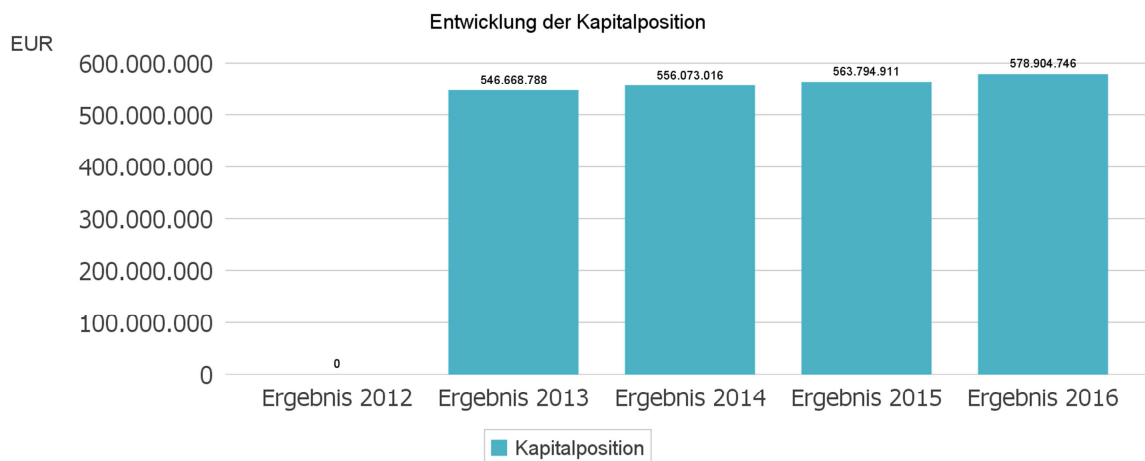
- Entwicklung von Jahresergebnis und Eigenkapital
- Entwicklung der Verschuldung

### 8.1 Entwicklung von Jahresergebnis und Eigenkapital

Ausgehend von den Jahresergebnissen lassen sich Prognosen zur voraussichtlichen Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals ableiten.

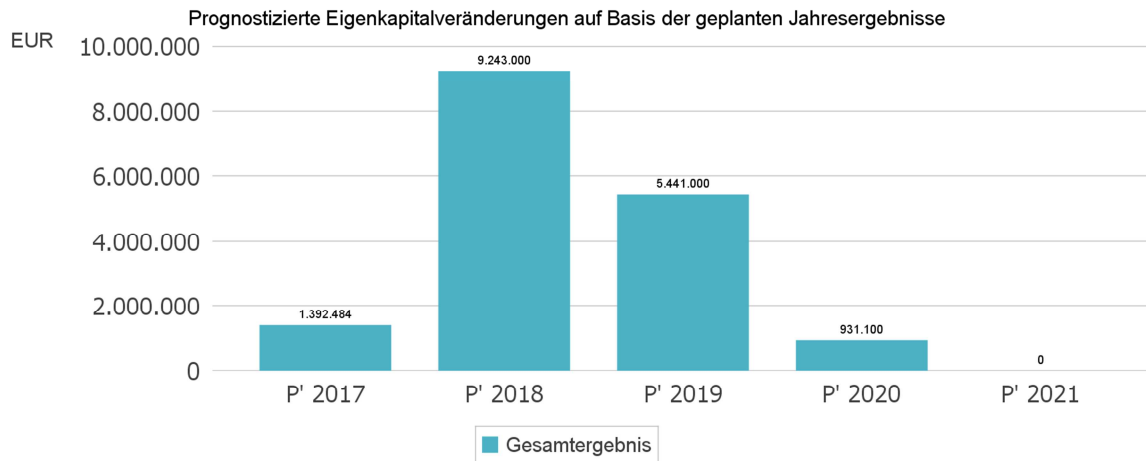
Grundsätzlich gilt: Überschüsse stärken das Eigenkapital und Fehlbeträge gehen zu Lasten des Eigenkapitals.

Nachfolgend wird die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals in den zurückliegenden Jahren dargestellt. Ausgehend von den Jahresergebnissen der Haushaltsplanung im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung lassen sich Prognosen zur weiteren Entwicklung des Eigenkapitals anstellen.



### Jahresergebnisse verändern das Eigenkapital

Die folgende Aufstellung zeigt die nach jetzigem Kenntnisstand geplanten zukünftigen Jahresergebnisse. Aus Ihnen lässt sich ableiten, in welcher Höhe sich in etwa das bilanzielle Eigenkapital pro Jahr (nicht kumulativ) verändern wird.

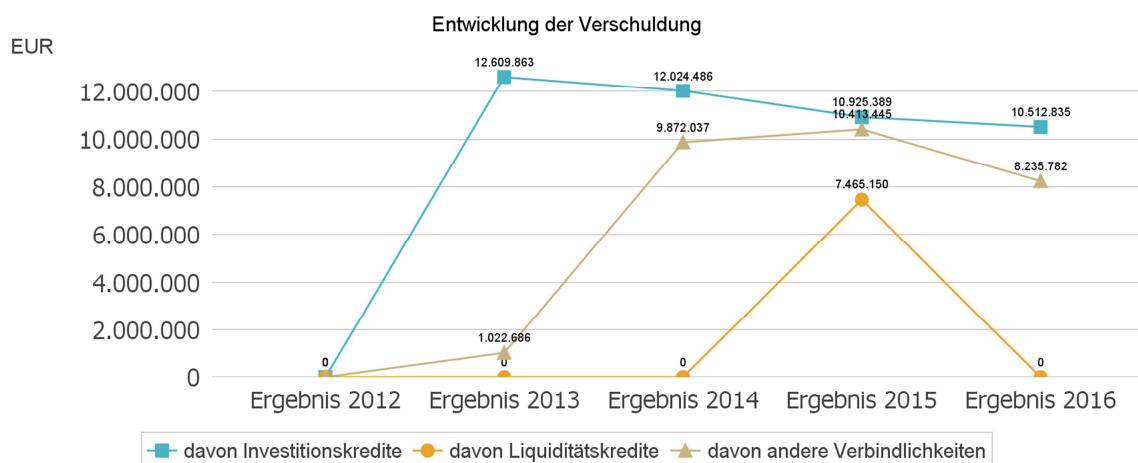


## 8.2 Entwicklung der Verschuldung

Das Jahresergebnis hat ebenso Auswirkungen auf die Verschuldung. Dargestellt wird die Entwicklung der Verschuldung in den zurückliegenden Perioden, wobei insbesondere nach langfristig finanzierten Investitionskrediten und kurzfristigen Liquiditätskrediten unterschieden wird.

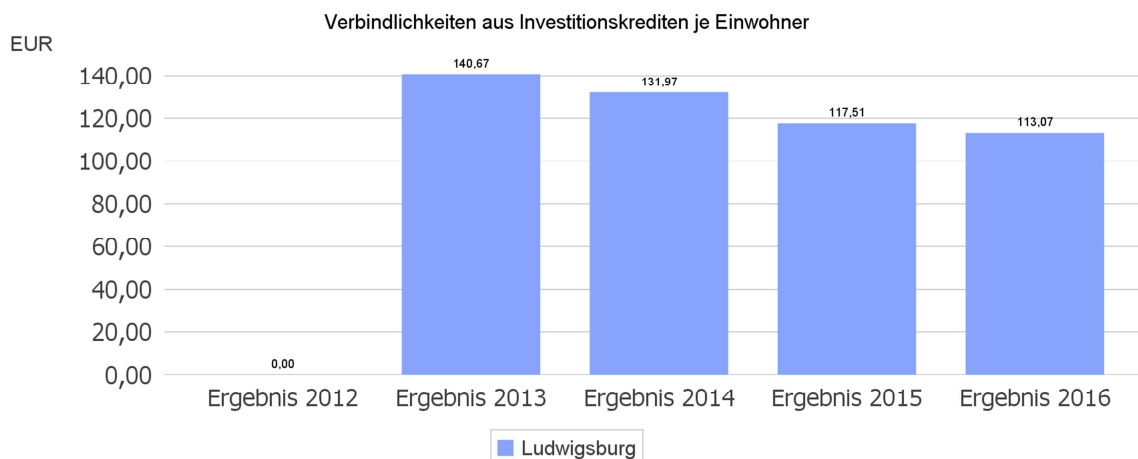
### Entwicklung der Verbindlichkeiten

	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016
Verbindlichkeiten insgesamt	0	13.632.549	21.896.522	28.803.985	18.748.617
davon Investitionskredite	0	12.609.863	12.024.486	10.925.389	10.512.835
davon Liquiditätskredite	0	0	0	7.465.150	0
davon andere Verbindlichkeiten	0	1.022.686	9.872.037	10.413.445	8.235.782



### Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten je Einwohner

Um die örtliche Situation besser einschätzen zu können, bietet sich die einwohnerbezogene Betrachtung an. Dargestellt werden die Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten bezogen auf einen Einwohner.

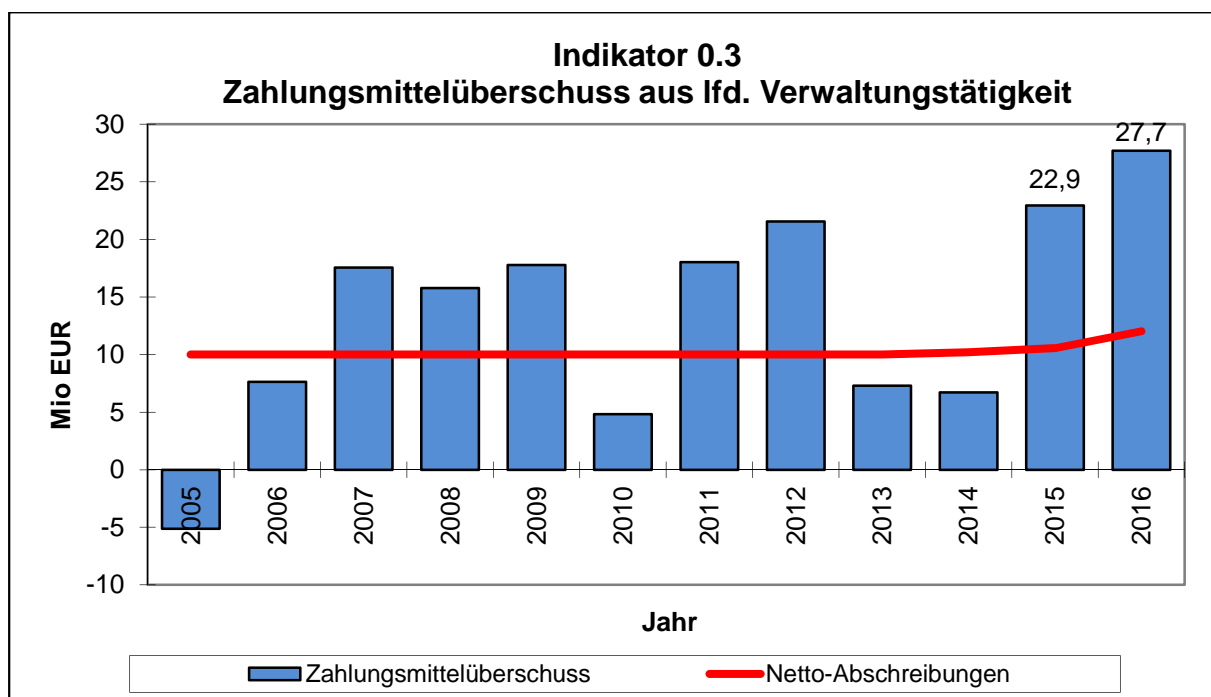


## 9. Entwicklung der Finanzindikatoren

Das Stadtentwicklungskonzept der Stadt Ludwigsburg sieht vor, mittels Indikatoren bestimmte Entwicklungen aufzuzeigen. Es wurden die nachfolgenden vier Finanzindikatoren definiert.

### 9.1 Indikator 0.3 Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit

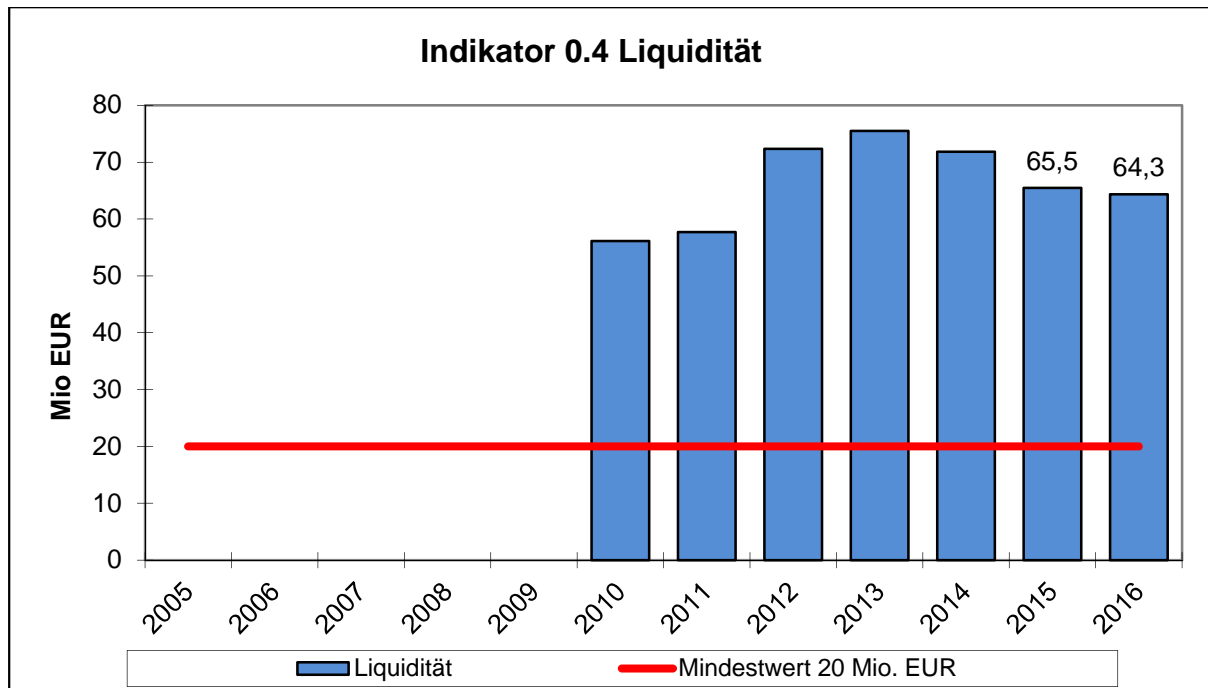
Zielvorgabe ist, dass der Zahlungsüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit mindestens so hoch sein soll, wie die Nettoabschreibungen aus Sach- und immateriellem Vermögen (abzgl. aufgelöste Ertragszuschüsse).



Der Zahlungsmittelüberschuss 2016 lag um 15.670.606 EUR über den Nettoabschreibungen.

## 9.2 Indikator 0.4 Liquidität

Die Zielvorgabe lautet, dass eine Mindestliquidität von 20 Mio. EUR nicht unterschritten werden soll.

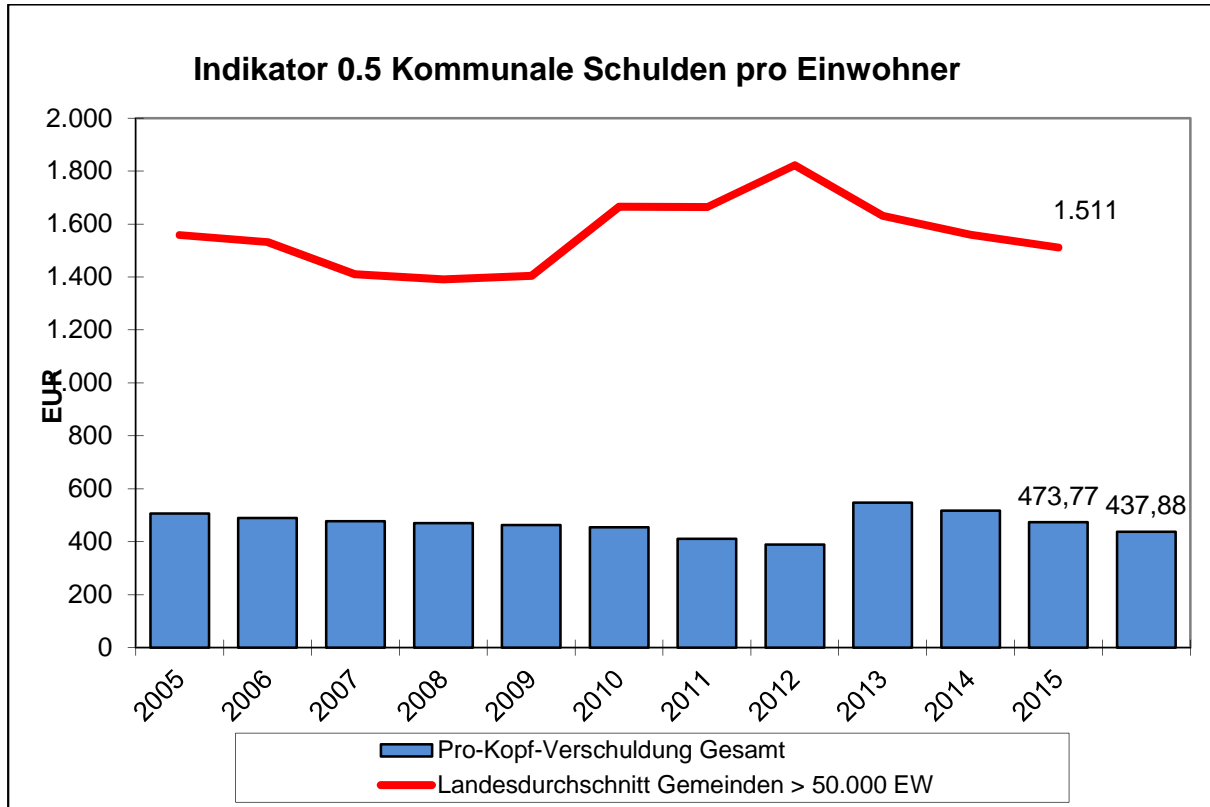


Die Liquidität auf Jahresende 2016 lag um 44.334.119 EUR über der Zielvorgabe.



### 9.3 Indikator 0.5 Kommunale Schulden pro Einwohner

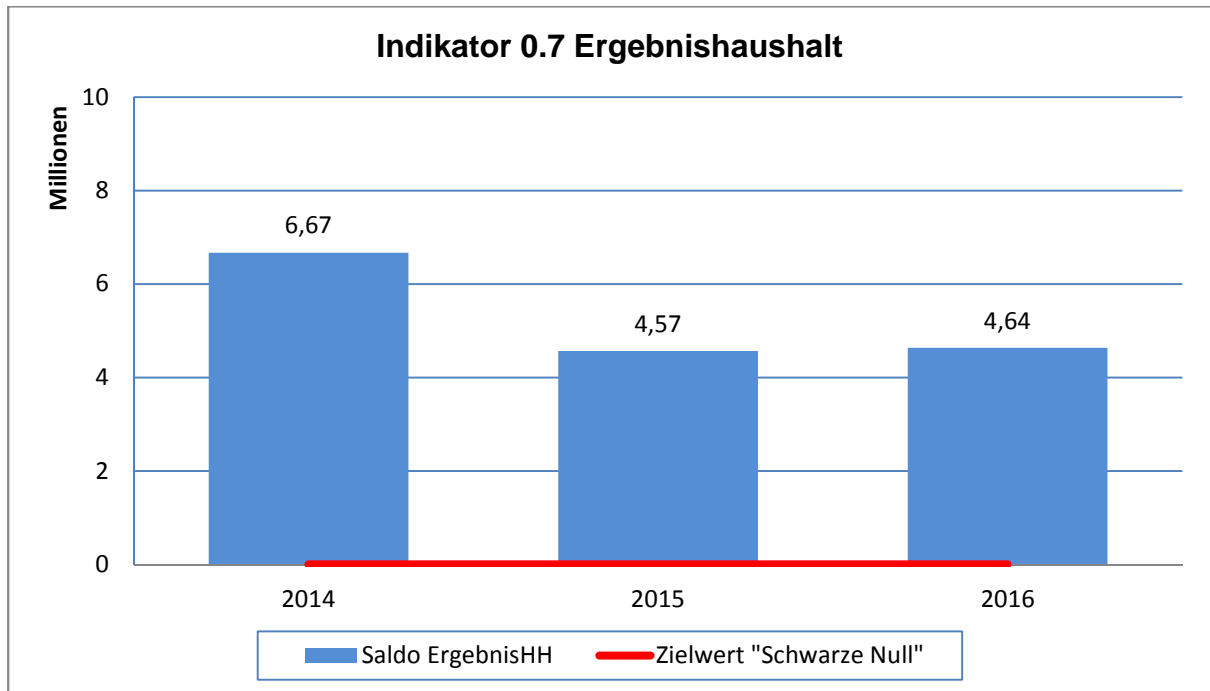
Die Zielvorgabe lautet, dass die kommunalen Schulden je Einwohner unter dem Landesdurchschnitt für Kommunen mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern liegen sollen.



Der Schuldenstand pro Einwohner lag um -1.037 EUR unter dem Landesdurchschnitt (Vergleichswert 2015, da Landesdurchschnitt 2016 noch nicht vorliegt)

### 9.4 Indikator 0.7 Ergebnishaushalt

Im Bereich des Ergebnishaushaltes lautet die Zielvorgabe, dass der Ergebnishaushalt ausgeglichen sein oder einen Überschuss erwirtschaften soll.



Der Ergebnishaushalt erwirtschaftete 2016 4.636.693 EUR an Überschuss.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass alle vorgegebenen Indikatoren im Jahr 2015 positiv erfüllt werden konnten.

## 2. Feststellung, Aufgliederung und Verwendung des Jahresergebnisses 2016

Stufen der Ergebnisverwendung und des Haushaltsausgleichs <sup>1)</sup>		Ergebnis des Haushaltsjahres		vorgetragene Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses aus dem			Rücklagen aus Überschüssen des		Basis- kapital	
		Sonder- ergebnis	Ordentliches Ergebnis	Vorjahr	zweitvorange- gangenen Jahr	drittvorange- gangenen Jahr	ordentlichen Ergebnisses	Sonder- ergebnisses		
		EUR <sup>2)</sup>								
		1	2	3	4	5	6	7		8
1	<b>Ergebnis des Haushaltsjahres bzw. Anfangsbestände</b>	1.555.412,16	4.636.693,13	0,00	0,00	0,00	11.238.090,42	4.440.886,32	542.104.650,06	
2	Abdeckung vorgetragener Fehlbeträge aus dem ordentlichen Ergebnis	<del>0,00</del>	0,00	0,00	0,00	0,00	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	
3	Zuführung eines Überschusses des ordentlichen Ergebnisses zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	<del>0,00</del>	-4.636.693,13	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	4.636.693,13	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	
4	Verrechnung eines Fehlbetragsanteils des ordentlichen Ergebnisses auf das Basiskapital nach Art. 13 Abs. 6 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts	<del>0,00</del>	0,00	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	0,00	
5	Ausgleich eines Fehlbetrags des ordentlichen Ergebnisses durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	<del>0,00</del>	0,00	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	0,00	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	
6	Ausgleich eines Fehlbetrags des ordentlichen Ergebnisses durch einen Überschuss des Sonderergebnisses	0,00	0,00	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	
7	Zuführung eines Überschusses des Sonderergebnisses zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	-1.555.412,16	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	1.555.412,16	<del>0,00</del>	
8	Ausgleich eines Fehlbetrags des Sonderergebnisses durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0,00	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	0,00	<del>0,00</del>	
9	Ausgleich eines Fehlbetrags des ordentlichen Ergebnisses durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	<del>0,00</del>	0,00	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	0,00	<del>0,00</del>	
10	Vorräge nicht gedeckter Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses des Haushaltsjahres sowie aus Vorjahren in das Folgejahr	<del>0,00</del>	0,00	0,00	0,00	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	
11	Verrechnung eines aus dem drittvorangegangenen Jahr vorgetragenen Fehlbetrags mit dem Basiskapital	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	0,00	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	0,00	
12	Verrechnung eines Fehlbetrags des Sonderergebnisses mit dem Basiskapital	0,00	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	0,00	
13	vorläufige Endbestände	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	15.874.783,55	5.996.298,48	542.104.650,06	
14	Umbuchung aus den Ergebnisrücklagen in das Basiskapital nach § 23 Satz 3 GemHVO	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	0,00	0,00	0,00	
15	Nachrichtlich: Veränderung des Basiskapitals auf Grund von Berichtigungen der Eröffnungsbilanz	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	8.500.011,45	
16	<b>Endbestände des Basiskapitals, der Ergebnisrücklagen und des Fehlbetragsvorrags</b>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	<del>0,00</del>	15.874.783,55	5.996.298,48	550.604.661,51	

### 3. Bilanz 2016

Aktivseite		Geschäftsjahr 2015 EUR	Geschäftsjahr 2016 EUR	Passivseite		Geschäftsjahr 2015 EUR	Geschäftsjahr 2016 EUR
<b>1</b>	<b>Vermögen</b>	<b>800.564.909,25</b>	<b>807.495.755,72</b>	<b>1</b>	<b>Kapitalposition</b>	<b>-563.794.910,74</b>	<b>-578.904.746,37</b>
	davon rechtlich unselbständige Stiftungen	1.277.345,18	1.680.384,74		davon rechtlich unselbständige Stiftungen	-1.277.345,18	-1.680.384,74
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	669.778,69	612.829,80	1.1	Basiskapital	-542.104.650,06	-550.604.661,51
1.2	Sachvermögen	580.505.553,33	596.796.259,12	1.2	Rücklagen	-21.690.260,68	-28.300.084,86
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Recht	69.164.556,21	69.159.793,18		davon rechtlich unselbständige Stiftungen	-1.277.345,18	-1.680.384,74
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	188.533.034,00	202.174.096,50	1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	-11.238.090,42	-15.874.783,55
1.2.3	Infrastrukturvermögen	300.547.284,42	293.269.307,06	1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses	-4.440.886,32	-5.996.298,48
1.2.4	Bauten auf fremden Grundstücken	443.557,95	437.918,78	1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	-6.011.283,94	-6.429.002,83
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	318.962,99	328.371,05		davon rechtlich unselbständige Stiftungen	-1.277.345,18	-1.680.384,74
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	6.302.297,00	6.822.118,31	<b>2</b>	<b>Sonderposten</b>	<b>-180.753.629,96</b>	<b>-171.687.287,23</b>
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.446.991,63	6.393.457,97	2.1	für Investitionszuweisungen	-41.438.820,94	-38.414.087,82
1.2.8	Vorräte	500.215,00	477.445,07	2.2	für Investitionsbeiträge	-136.182.426,38	-129.661.621,63
1.2.9	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	8.248.654,13	17.733.751,20	2.3	für Sonstiges	-3.132.382,64	-3.611.577,78
1.3	Finanzvermögen	219.389.577,23	210.086.666,80	<b>3</b>	<b>Rückstellungen</b>	<b>-19.907.270,00</b>	<b>-31.113.248,31</b>
	davon rechtlich unselbständige Stiftungen	1.277.345,18	1.680.384,74	3.1	Lohn- und Gehaltsrückstellungen	-142.400,00	-147.200,00
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	49.210.444,28	49.210.443,28	3.6	Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	-4.855.870,00	-6.129.048,31
1.3.2	Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen oder anderen kommunalen Zusammenschlüssen	305.410,45	305.410,45	3.7	Sonstige Rückstellungen	-14.909.000,00	-24.837.000,00
1.3.3	Sondervermögen	28.780.409,01	28.780.409,01	<b>4</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>-28.803.984,51</b>	<b>-18.748.617,42</b>
1.3.4	Ausleihungen	60.058.300,98	66.435.459,05	4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	-18.390.539,21	-10.512.835,29
	davon rechtlich unselbständige Stiftungen	1.064.000,00	1.064.000,00	4.4	Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	-7.563.649,50	-6.813.665,73
1.3.5	Wertpapiere	59.643.083,59	42.751.740,81	4.6	Sonstige Verbindlichkeiten	-2.849.795,80	-1.422.116,40
1.3.6	Öffentlich-rechtliche Forderungen	8.142.958,77	7.675.836,92	<b>5</b>	<b>Passive Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>-11.601.179,39</b>	<b>-12.040.971,70</b>
1.3.7	Forderungen aus Transferleistungen	3.526.254,45	2.289.305,01				
1.3.8	Privatrechtliche Forderungen	2.481.511,77	2.391.284,41				
1.3.9	Liquide Mittel	7.241.203,93	10.246.777,86				
	davon rechtlich unselbständige Stiftungen	213.345,18	616.384,74				
<b>2</b>	<b>Abgrenzungsposten</b>	<b>4.296.065,35</b>	<b>4.999.115,31</b>				
2.1	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	670.214,56	681.010,69				
2.2	Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	3.625.850,79	4.318.104,62				
<b>Bilanzsumme</b>		<b>804.860.974,60</b>	<b>812.494.871,03</b>	<b>Bilanzsumme</b>		<b>-804.860.974,60</b>	<b>-812.494.871,03</b>



#### 4. Anhang zum Jahresabschluss auf 31.12.2016

##### Rechtsgrundlagen:

Verordnung des Innenministeriums über die Haushaltswirtschaft der Gemeinden  
(Gemeindehaushaltsverordnung -GemHVO) vom 11. Dezember 2009

##### § 53 Anhang

(1) In den *Anhang* sind diejenigen Angaben aufzunehmen, die zu den einzelnen Posten der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Bilanz vorgeschrieben sind.

(2) Im *Anhang* sind ferner anzugeben

1. die auf die Posten der Ergebnisrechnung und der Vermögensrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden,
2. Abweichungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden samt Begründung; deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist gesondert darzustellen,
3. Angaben über die Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungskosten,
4. der auf die Gemeinde entfallende Anteil an den beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg auf Grund von § 27 Abs. 5 GKV gebildeten Pensionsrückstellungen,
5. die Entwicklung der Liquidität im Haushaltsjahr
6. die in das folgende Haushaltsjahr übertragenen Ermächtigungen (Haushaltsübertragungen) sowie die nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen,
7. die unter der Bilanz aufzuführenden Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre (§ 42)

und

8. der Bürgermeister, die Mitglieder des Gemeinderats und die Beigeordneten, auch wenn sie im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, mit dem Familiennamen und mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen.

sowie Auszüge aus

#### **§ 47 Allgemeine Grundsätze für die Gliederung**

(1) Die Form der Darstellung, insbesondere die Gliederung der aufeinanderfolgenden Ergebnisrechnungen, Bilanzen und Finanzrechnungen, ist beizubehalten, soweit nicht in Ausnahmefällen wegen besonderer Umstände Abweichungen erforderlich sind. Die Abweichungen sind im *Anhang* anzugeben und zu begründen.

(2) In der Ergebnisrechnung, der Bilanz und der Finanzrechnung ist zu jedem Posten der entsprechende Betrag des vorhergehenden Haushaltsjahres anzugeben. Sind die Beträge nicht vergleichbar, so ist dies im *Anhang* anzugeben und zu erläutern. Wird der Vorjahresbetrag angepasst, so ist auch dies im *Anhang* anzugeben und zu erläutern.

(3) Fällt ein Vermögensgegenstand oder eine Schuld unter mehrere Posten der Bilanz, so ist die Mitzugehörigkeit zu anderen Posten bei dem Posten, unter dem der Ausweis erfolgt ist, zu vermerken oder im *Anhang* anzugeben, wenn dies zur Aufstellung eines klaren und übersichtlichen Jahresabschlusses erforderlich ist.

(4) Eine weitere Untergliederung der Posten ist zulässig; dabei ist jedoch die vorgeschriebene Gliederung zu beachten. Neue Posten dürfen hinzugefügt werden, wenn ihr Inhalt nicht von einem vorgeschriebenen Posten gedeckt wird. Die Ergänzung ist im *Anhang* anzugeben und zu begründen.

#### **§ 49 Ergebnisrechnung**

(4) Außerordentliche Erträge und Aufwendungen sind hinsichtlich ihres Betrags und ihrer Art im *Anhang* zu erläutern, soweit sie für die Beurteilung der Ertragslage nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

## Angaben zu den einzelnen Positionen des Anhangs:

### 1. die auf die Posten der Ergebnisrechnung und der Vermögensrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (§ 53 Abs.2 Ziff. 1 GemHVO)

Die Bilanzierung und Bewertung des Vermögens und der Schulden der Stadt Ludwigsburg erfolgte nach den Regelungen der GemO bzw. der aktuellen GemHVO des Landes Baden-Württemberg. Weiterhin wurden die Empfehlungen des „Leitfaden zur Bilanzierung“ der landesweiten Arbeitsgruppe AG Internet herangezogen.

Darüber hinaus finden ergänzend die Regelungen und Kommentare des deutschen Handelsrechts Anwendung, sofern das baden-württembergische Haushaltsrecht hierzu keine Regelung enthält bzw. sofern die Regelungen des baden-württembergischen Haushaltsrechts dem nicht entgegenstehen.

Im Rahmen der Erstbewertung des kommunalen Vermögens für die Eröffnungsbilanz nutzte die Stadt Ludwigsburg diverse Vereinfachungs- und Bilanzierungswahlrechte, welche im Wesentlichen in § 62 GemHVO geregelt sind.

Dies spiegelt sich wieder in:

- dem Verzicht auf die Erfassung und Bewertung von beweglichen und immateriellen Vermögensgegenständen vor dem Zeitraum von 6 Jahren vor Eröffnungsbilanzstichtag (§ 62 Abs. I S. 3 GemHVO), mit Ausnahme höherwertiger Vermögensgegenstände wie z.B. Fahrzeuge.
- den Ansätzen von Erfahrungswerten bei Vermögensgegenständen, deren tatsächliche AHK nicht oder nicht ohne unverhältnismäßigen Aufwand ermittelt werden konnten (§ 62 Abs. II-III GemHVO)
- dem Verzicht auf den Ansatz von geleisteten Investitionszuschüssen (§ 62 Abs. VI S. 2 GemHVO)

Die spezielle Vorgehensweise bei einzelnen Bilanzpositionen wird ausführlich im **Handbuch zur Eröffnungsbilanz der Stadt Ludwigsburg** beschrieben.

### 2. Abweichungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden samt Begründung; deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist gesondert darzustellen (§ 53 Abs.2 Ziff. 2 GemHVO)

Abweichungen von den anerkannten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden liegen nicht vor. Die spezielle Vorgehensweise bei einzelnen Bilanzpositionen wird ausführlich im **Handbuch zur Eröffnungsbilanz der Stadt Ludwigsburg** beschrieben.

**3. Angaben über die Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungskosten (§ 53 Abs.2 Ziff. 3 GemHVO)**

Die Vermögensgegenstände wurden i.d.R. nach Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet; hierbei wurden keine Zinsen für Fremdkapital einbezogen.

**4. der auf die Gemeinde entfallende Anteil an den beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg auf Grund von § 27 Abs. 5 GKV gebildeten Pensionsrückstellungen (§ 53 Abs.2 Ziff. 4 GemHVO)**

Der Anteil der Stadt Ludwigsburg beträgt zum 31.12.2016: 101.991.139 EUR  
Die Bescheinigung des Kommunalen Versorgungsverbands Baden-Württemberg ist als Anlage beigefügt.

**5. die Entwicklung der Liquidität im Haushaltsjahr (§ 53 Abs.2 Ziff. 5 GemHVO)**

Die Investitionen im Haushaltsjahr konnten ohne die Aufnahme von Krediten finanziert werden.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit betragen	+6.851.507,50 EUR
<u>Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit betragen</u>	<u>-34.028.567,73 EUR</u>
somit ergibt sich ein Saldo aus Investitionstätigkeit	-27.177.060,23 EUR
<u>der Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts betrug</u>	<u>+27.686.525,80 EUR</u>
Finanzierungsmittelüberschuss	+509.465,57 EUR

2016 wurden keine liquiden Mittel zur Finanzierung von Investitionen eingesetzt; d, h, die Investitionstätigkeit wurde vollständig aus dem Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts finanziert.

Die Entwicklung der Liquidität zum Jahresabschluss ist in der Anlage beigefügt.

**6. die in das folgende Haushaltsjahr übertragenen Ermächtigungen (Haushaltsübertragungen) sowie die nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen, (§ 53 Abs.2 Ziff. 6 GemHVO)**

Die Ermächtigungüberträge des Ergebnis- und des Finanzhaushalts 2016 nach 2017 sind mit der Vorlagen-Nr. 162/17 vom Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg am 03.05.2017 beschlossen worden und den Jahresabschlussunterlagen beigefügt.

Insgesamt wurden im Ergebnishaushalt Ermächtigungüberträge in Höhe von 1.707.900 EUR



und im Finanzaushalt Ermächtigungsüberträge in Höhe von  
gebildet und beschlossen.

23.663.200 EUR

Es wurde keine Übertragung von Kreditermächtigungen durchgeführt.

**7. die unter der Bilanz aufzuführenden Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre (§ 53 Abs.2 Ziff. 7 GemHVO)**

Eine Aufstellung der Bürgschaftsübernahmen der Stadt Ludwigsburg zum 31.12.2016 ist als Anlage beigefügt.

**8. der Bürgermeister, die Mitglieder des Gemeinderats und die Beigeordneten, auch wenn sie im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, mit dem Familiennamen und mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen.(§ 53 Abs.2 Ziff. 8 GemHVO)**

**a. Gemeinderat**

Nach § 25 Abs. 2 GemO gehören dem Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg 40 Stadträte als Mitglieder an. Der Gemeinderat ist die Vertretung der Bürger und das Hauptorgan der Gemeinde. Er legt die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Gemeinde, soweit nicht der Oberbürgermeister kraft Gesetzes zuständig ist oder der Gemeinderat bestimmte Angelegenheiten den beschließenden Ausschüssen oder dem Oberbürgermeister übertragen hat (§ 24 GemO).

Die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters wird in § 16 der Hauptsatzung der Stadt Ludwigsburg vom 01.01.2002, zuletzt geändert am 22.07.2009, die auf Grund der Bestimmungen der Gemeindeordnung erlassen wurde.

Beschließende Ausschüsse

Die Zuständigkeiten der beschließenden Ausschüsse werden in den §§ 7 - 14 der Hauptsatzung geregelt.

Mit der Einsetzung des neuen Gemeinderates zum 15.09.2004 wurde die Zahl der beschließenden Ausschüsse auf drei reduziert und zwar die Ausschüsse für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV), Bildung, Soziales und Sport (BSS) und Bauen, Technik und Umwelt (BTU).

Dem Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg gehörten zum Stand 01.01.2016 folgende Mitglieder an:

1.	Braumann, Maik Stefan	CDU
2.	Seyfang, Gabriele	CDU
3.	Dr. Traub, Uschi	CDU
4.	Herrmann, Klaus	CDU
5.	Köhle, Christian	CDU
6.	Kreiser, Elke	CDU
7.	Link, Wilfried	CDU
8.	Lutz, Thomas	CDU
9.	Lutz, Volker	CDU
10.	Meyer, Claus-Dieter	CDU
11.	Noz, Reinhold	CDU
12.	Eisele, Jochen	FDP
13.	Heer, Johann	FDP
14.	Dengel, Hermann	FW
15.	Lutz, Florian	FW
16.	Moersch, Gabriele	FW
17.	Remmele, Bernhard	FW
18.	Rothacker, Andreas	FW
19.	Seybold, Andreas	FW
20.	Weiss, Reinhardt	FW
21.	Dr. Knoß, Christine	GRÜNE
22.	Gericke, Markus	GRÜNE
23.	Haberzeth-Grau, Edith	GRÜNE
24.	Haller, Armin	GRÜNE
25.	Kasdorf, Andreas	GRÜNE
26.	Prof. Dr. Vierling, Michael	GRÜNE
27.	Steinwand-Hebenstreit, Elfriede	GRÜNE
28.	Wiedmann, Laura	GRÜNE
29.	Dziubas, Claudia	Linke
30.	Kube, Oliver	Linke
31.	Burkhardt, Elga	LUBU
32.	Lettrari, Harald	Rep
33.	Daferner, Eberhard	SPD
34.	Deetz, Annegret	SPD
35.	Dr. O'Sullivan, Daniel	SPD
36.	Faulhaber, Ulrike	SPD
37.	Juranek, Dieter	SPD
38.	Liepins, Margit	SPD
39.	Orzechowski, Regina	SPD
40.	von Stackelberg, Hubertus	SPD

Mit Beschluss vom 23.03.2016 (Vorlagen 056/16 und 057/16) rückte Frau Sonja Henning (GRÜNE) für Frau Edith Haberzeth-Grau in den Gemeinderat nach.

## b. Oberbürgermeister

Am 29.06.2003 wurde **Werner Spec** zum Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg gewählt und trat sein Amt zum 01.09.2003 an. Er hat nach Rechtsgültigkeit der Wahl vom 03.07.2011 am 01.09.2011 sein Amt als Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg fortgesetzt.

Nach § 42 GemO ist der Oberbürgermeister Vorsitzender des Gemeinderats und Leiter der Stadtverwaltung. Er vertritt die Stadt. Wegen der ihm vom Gemeinderat zur selbstständigen Erledigung übertragenen Aufgaben wird auf § 16 der Hauptsatzung verwiesen. Der Oberbürgermeister hat in der Zuständigkeitsordnung über das Bewirtschaftungs- und Anordnungswesen vom 24.01.2011 die Zuständigkeit zur Bewirtschaftung von Einnahmen und Ausgaben und zur Erteilung von Annahme- und Auszahlungsanordnungen auf verschiedene Gemeindebedienstete weiterdelegiert.

## c. Beigeordnete

Am 26.07.2006 wurde **Konrad Seigfried** zum Ersten Bürgermeister der Stadt Ludwigsburg gewählt; am 14.05.2014 wurde er für eine weitere Wahlperiode wiedergewählt.

Die Wahl des Bürgermeisters bzw. Baubürgermeisters **Michael Ilk** fand am 23.07.2013 statt.

Nach § 49 GemO sind in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern hauptamtlich Beigeordnete zu bestellen, wobei die Anzahl in der Hauptsatzung bestimmt wird. Der erste Bürgermeister vertritt als erster Beigeordneter den Bürgermeister ständig in seinem Geschäftskreis. Im Falle der Verhinderung von Bürgermeister und des ersten Beigeordneten führt der zweite Beigeordnete die Stellvertretung aus.

## d. Finanzverwaltung

Das Finanzwesen der Stadt wird von dem Fachbereich Finanzen wahrgenommen.

### Fachbereichsleitung:

Mit Beschluss des Gemeinderats vom 16.05.2001 wurde Leitender Stadtverwaltungsdirektor **Ulrich Kiedaisch** ab 01.09.2001 zum Stadtkämmerer bestellt. Er ist gleichzeitig der Fachbeamte für das Finanzwesen im Sinne des § 116 GemO.

### Fachbereich 20 – Haushalt und Beteiligungen:

Mit der Stellvertretung des Stadtkämmerers ab 01.06.2001 wurde Stadtoberverwaltungsrat **Harald Kistler** beauftragt. (Beschluss des Gemeinderats vom 16.05.2001).

### Fachbereich 20 - Kassen- und Steuerverwaltung:

Die Leiterin der Kassen- und Steuerverwaltung ist seit 01.07.2013 Stadtoberamtsrätin **Melanie Kiener**. (Beschluss des WKV vom 07.05.2013).

**9. Abweichungen in der Form der Darstellung, insbesondere die Gliederung der aufeinanderfolgenden Ergebnisrechnungen, Bilanzen und Finanzrechnungen (§ 47 Abs.1 GemHVO)**

Für 2016 wurden keine Änderungen in der Form der Darstellung gegenüber dem Vorjahr vorgenommen.

Die einzige Abweichung betraf die Darstellung der Cashpool-Konten wie nachfolgend unter Punkt 10 dargestellt.

**10. Vergleichbarkeit mit den Beträgen des Vorjahres (§ 47 Abs.2 GemHVO)**

Die Cashpool-Konten der Eigenbetriebe Tourismus und Events Ludwigsburg und Stadtentwässerung Ludwigsburg sowie der Bürgerstiftung Ludwigsburg wurden im Jahr 2014 in den liquiden Mitteln als negative Kassenbestände dargestellt. Da es sich tatsächlich um Verbindlichkeiten der Stadt Ludwigsburg gegenüber den Eigenbetrieben und der Bürgerstiftung handelt, wurden diese Bestände in der Bilanz 2015 umgegliedert. Der Bestand der liquiden Mittel (Pos. 1.3.9.) wurde um die Gesamtsumme der Kassenbestände erhöht und die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen (Pos. 4.2.) wurden auf der Passivseite auf den Sachkonten 23951000 sowie 23981000 ausgewiesen.

Mit der Auflösung des Cashpools im Jahr 2016 entfällt künftig diese Form der Darstellung.

Aufgrund der Prüfungsbemerkungen des Fachbereichs Revision zur Eröffnungsbilanz sowie Anpassungen bei den Grundstücken und Sonderposten wurden einige Anlagen im Jahr 2016 korrigiert bzw. neu aufgenommen; diese Werte wurden gegen das Basiskapital eingebucht.

Durch diese Korrekturen hat sich das Basiskapital um 8.500.011,45 EUR auf 550.604.661,51 EUR erhöht.

**11. Vermögensgegenstände und Schulden, die unter mehreren Posten der Bilanz ausgewiesen sind. (§ 47 Abs.3 GemHVO)**

Die einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden der Stadt Ludwigsburg sind grundsätzlich nur einer Bilanzposition zugeordnet; eine Aufteilung eines Gegenstandes auf mehrere Bilanzpositionen erfolgte nicht. Im Fall von gemischt genutzten Grundstücken (z.B. Schule und Sporthalle) erfolgt eine fiktive Aufteilung und die Zuordnung der so entstandenen Teilflächen unter der jeweiligen Bilanzposition. Auf den Einzelausweis aller gemischt genutzten und damit unter mehreren Bilanzpositionen befindlichen Grundstücksflächen wird in diesem Anhang verzichtet, da es nicht zur Klarheit und Übersichtlichkeit dieses Jahresabschluss beiträgt.

## **12. Angaben über die weiteren Untergliederungen oder Hinzufügung weiterer Posten (§ 47 Abs.4 GemHVO)**

Die Bilanz der Stadt Ludwigsburg wurde entsprechend der Gliederung des § 52 GemHVO aufgebaut. Es wurden keine weiteren Posten hinzugefügt.

Eine Untergliederung der Bilanz erfolgte strikt nach der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums Baden-Württemberg über den Produktrahmen für die Gliederung der Haushalte, den Kontenrahmen und weitere Muster für die Haushaltswirtschaft der Gemeinden (VwV Produkt- und Kontenrahmen) vom 11. März 2011.

Untergliederungen wurden vorgenommen:

- aufgrund der Empfehlungen der VwV im Bereich Sachvermögen
- zur Abbildung der verbindlich vorgeschriebenen Bereichsabgrenzungen
- zur Abbildung der verbindlich vorgeschriebenen Laufzeiten bei Ausleihungen und Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen
- Zur übersichtlichen Unterteilung im Bereich Finanzvermögen, Rücklagen und Rückstellungen
- zur übersichtlichen Unterteilung der sonstigen Forderungen und Verbindlichkeiten nach den verschiedenen Fachbereichen

## **13. Erläuterungen zu den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (§ 49 Abs.4 GemHVO)**

Das außerordentliche Ergebnis (1.555.412,16 EUR) ergibt sich aus außerordentlichen Erträgen i.H.v. 2.347.800,40 EUR und außerordentlichen Aufwendungen i.H.v. 792.388,24 EUR.

Die außerordentlichen Erträge setzen sich im Wesentlichen aus Erträgen aus dem Verkauf von städtischem Grund- und Sachvermögen über Buchwert (rd. 1.350 TEUR), der Ausbuchung von passivierten Sanierungszuschüssen (rd. 320 TEUR), der Schlusszahlung des Landeszuschusses für die Altlastensanierung des bereits veräußerten MLF-Geländes (rd. 246 TEUR) sowie aus der Zustiftung in die MANN+HUMMEL Stiftung (rd. 345 TEUR) zusammen.

Die außerordentlichen Aufwendungen resultieren aus Ausbuchungen von Vermögenswerten aus der städtischen Bilanz aufgrund von Verkauf oder Verschrottung. Ein wesentlicher Anteil dieser Aufwendungen resultiert aus den Ausbuchungen von Restbuchwerten des Straßenvermögens aufgrund von Generalsanierungen sowie der Ausbuchung von nicht aktivierungsfähigen allgemeinen Projektkosten und gegebenen Zuschüssen für Sanierungen Privater (rd. 421 TEUR). Außerdem wurde die Zustiftung in die MANN+HUMMEL Stiftung i.H.v. rd. 345 TEUR über den außerordentlichen Aufwand in die Rücklage für die MANN+HUMMEL Stiftung gebucht.

#### **14. Angaben zu über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen (nachrichtlich)**

Alle Aufwendungen eines Teilhaushaltes bilden im Ergebnishaushalt nach § 4 Abs.2 i.V.m. § 20 GemHVO ein Budget und sind gegenseitig deckungsfähig, zudem werden nach § 19 GemHVO Mehrerträge berücksichtigt.

Analoge Regeln gelten auch für Auszahlungen für Investitionstätigkeit im Finanzhaushalt.

Die konkrete Ausgestaltung findet sich bei den Grundsätzen für den Haushaltsvollzug /Globaler Planvermerk) im Haushaltsplan 2016.

Trotz dieser umfangreichen Regelungen mussten im Rechnungsjahr 2016 Überschreitungen von insgesamt 2.127.435,30 EUR genehmigt werden.

Eine Liste der Überschreitungen ist in der Anlage beigefügt.

## 5. Entwicklung der Liquidität zum Jahresabschluss

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten <sup>1)</sup>	Finanzrechnung	
		2015 EUR	2016 EUR
1	Zahlungsmittelbestand zum Jahresbeginn <sup>2)</sup>	11.693.021,84	-236.596,34
2	+/- Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung (§ 50 i. V. m. § 3 Nr. 17 GemHVO) <sup>3)</sup>	22.945.108,15	27.686.525,80
3	+/- Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (§ 50 i. V. m. § 3 Nr. 31 GemHVO) <sup>3)</sup>	-26.324.921,27	-27.177.060,23
4	+/- Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (§ 50 i. V. m. § 3 Nr. 35 GemHVO) <sup>3)</sup>	-1.099.096,67	-412.553,65
5	+/- Überschuss oder Bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen (§ 50 Nr. 39 GemHVO)	-7.450.708,39	10.374.562,28
<b>6</b>	<b>= Endbestand an Zahlungsmitteln am Jahresende (§ 50 Nr. 42 GemHVO)</b>	<b>-236.596,34</b>	<b>10.234.877,86</b>
7	+ Sonstige Einlagen aus Kassenmitteln, Fonds, Genossenschaftsanteilen und Ausleihungen als Geldanlagen zum Jahresende <sup>4)</sup>	65.708.083,59	54.099.240,81
8	- Bestand an Kassenkrediten zum Jahresende <sup>5)</sup>	0,00	0,00
<b>9</b>	<b>= liquide Eigenmittel zum Jahresende</b>	<b>65.471.487,25</b>	<b>64.334.118,67</b>
10	- übertragene Ermächtigungen für Auszahlungen (§ 21 GemHVO)	25.701.300,00	25.371.100,00
11	+ nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen (auch aus Vorjahren) für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen <sup>6)</sup>	0,00	4.700.000,00
12	+ übertragene Ermächtigungen für Investitionszuwendungen, Investitionsbeiträge und ähnliche Entgelte für Investitionstätigkeit (§ 21 Abs. 1, § 3 Nr. 18, 19 GemHVO)	0,00	0,00
<b>13</b>	<b>= bereinigte liquide Eigenmittel zum Jahresende</b>	<b>39.770.187,25</b>	<b>43.663.018,67</b>
14	- davon: für zweckgebundene Rücklagen gebunden	6.011.283,94	6.429.002,83
15	- für sonstige bestimmte Zwecke gebunden (Rückstellungen)	19.907.270,00	31.113.248,31
<b>16</b>	<b>= bereinigte liquide Eigenmittel zum Jahresende ohne gebundene Mittel</b>	<b>13.851.633,31</b>	<b>6.120.767,53</b>

## 6. Übersicht über die Entwicklung der Rückstellungen

Art der Rückstellung	Stand zum 01.01.2014 EUR	Stand zum 01.01.2015 EUR	Stand zum 01.01.2016 EUR	Zugang 2016 EUR	Inanspruchnahme 2016 EUR	Auflösung 2016 EUR	Stand zum 01.01.2017 EUR
<b>1. Rückstellungen gemäß § 41 Abs. 1 GemHVO (Pflichtrückstellungen)</b>							
1.1 Lohn- und Gehaltsrückstellungen * (Altersteilzeit)	510.500,00	175.200,00	142.400,00	72.000,00	67.200,00	0,00	147.200,00
1.2 Unterhaltsvorschussrückstellungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3 Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen für Abfalldeponien	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4 Gebührenüberschussrückstellungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.5 Altlastensanierungsrückstellungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.6 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	572.551,00	700.350,00	4.855.870,00	2.049.758,00	4.064,69	772.515,00	6.129.048,31
<b>2. Weitere Rückstellungen § 41 Abs. 2 GemHVO (Wahlrückstellungen)</b>							
2.1 Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus Steuernach- zahlungen	1.208.529,36	1.208.529,36	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2 Rückstellungen für Verpflichtungen im Rahmen des Finanzausgleichs	6.473.000,00	1.573.000,00	8.409.000,00	9.928.000,00	0,00	0,00	18.337.000,00
2.3 Rückstellungen für ausstehende Rechnungen des Ergebnishaushalts	108.475,13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4 Rückstellungen für Nachzahlungen aus Restabwicklung Sonderrechnungen	7.000.000,00	7.000.000,00	6.500.000,00	0,00	0,00	0,00	6.500.000,00
<b>Rückstellungen gesamt</b>	<b>15.873.055,49</b>	<b>10.657.079,36</b>	<b>19.907.270,00</b>	<b>12.049.758,00</b>	<b>71.264,69</b>	<b>772.515,00</b>	<b>31.113.248,31</b>

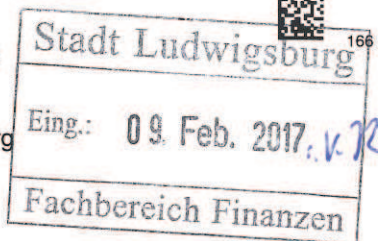


STADT LUDWIGSBURG							U	R	A
Eingang: - 8. FEB. 2017							STN	S	PR
							IV	Umsatz	Dez. FBL PR
D I	Sekt	PR	14	20	23	41	5	Info-FBI-D I	
D II	Sekt	PR	17	32	33	48	55	KFB	
U III	Sekt	PR	60	61	65	67	68		
Dez	PR	LSF	WLB	WBI					

**KVBW**

KVBW · Postfach 10 01 61 · 76231 Karlsruhe

Bürgermeisteramt  
der Stadt  
Wilhelmstr. 11  
71638 Ludwigsburg



**318.124**

Unser Zeichen, bitte stets angeben.

Ihre Nachricht:

Auskunft erteilt: Stefan Nikolaus  
Telefon: 0721 5985-626  
Telefax: 0721 5985-512  
E-Mail: s.nikolaus@kvbw.de  
Datum: 26. Januar 2017

## Pensionsrückstellungen nach § 27 Abs. 5 des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg (GKV) - Anteil an der Pensionsrückstellung

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Kommunale Versorgungsverband Baden-Württemberg bildet nach § 27 Abs. 5 GKV Pensionsrückstellungen für seine Mitglieder und seinen eigenen Bereich. Den auf das Mitglied entfallenden Anteil weist dieses im Anhang der Jahresrechnung aus (§ 53 Abs. 2 Nr. 4 der Gemeindehaushaltsverordnung).

Zum Stichtag **31.12.2016** beträgt der Anteil an der Rückstellung beim KVBW **101.991.139 €**.  
Der **voraussichtliche** Anteil zum Stichtag **31.12.2017** beträgt **104.064.970 €**.

Für weitere Informationen zur Berechnung verweisen wir auf das Hinweisblatt „Berechnung der Pensionsrückstellungen beim KVBW“, das Ihnen auf der Internetseite des KVBW unter <Beamtenversorgung>, <Mitgliederbereich>, <Pensionsrückstellungen> und <Merkblätter> zur Verfügung steht.

Mit freundlichen Grüßen

Kommunaler Versorgungsverband  
Baden-Württemberg

Kommunaler Versorgungsverband Baden-Württemberg · Körperschaft des öffentlichen Rechts

Hauptsitz  
Daxlander Straße 74  
76185 Karlsruhe  
Tel. 0721 5985-0

Zweigstelle  
Birkenwaldstraße 145  
70191 Stuttgart  
Tel. 0711 2583-0

Bankverbindung  
Landesbank Baden-Württemberg  
BIC: SOLA2333  
IBAN: DE24 6005 0101 0001 0008 58

Sie erreichen uns  
montags bis freitags  
von 8:00 Uhr  
bis 16:30 Uhr

Internet / E-Mail  
www.kvbw.de  
info@kvbw.de



000166-01-01

## 8. Kennzahlen zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit

Kennzahl <sup>1)</sup>	Einheit	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>ERTRAGSLAGE</b>							
<b>1 ordentliches Ergebnis</b>							
absoluter Betrag	€	6.672.650	4.565.439	4.636.694	1.392.484	9.243.000	5.441.000
Betrag je Einwohner	€/EW	75	50	50	15	99	58
Aufwandsdeckungsgrad	%	102,73%	101,80%	101,73%	100,50%	103,27%	101,87%
<b>1.1 Steuerkraft - netto -</b>							
absoluter Betrag	€	99.098.999	105.216.414	113.154.138	120.404.000	128.316.400	127.360.500
Betrag je Einwohner	€/EW	1.116	1.162	1.231	1.295	1.372	1.348
Anteil an ordentlichen Aufwendungen	%	40,50%	41,53%	42,30%	43,29%	45,43%	43,82%
<b>1.2 Betriebsergebnis - netto -</b>							
absoluter Betrag	€	92.464.005	100.650.975	108.517.445	119.011.516	119.073.400	121.919.500
Betrag je Einwohner	€/EW	-1.041	-1.111	-1.181	-1.280	-1.274	-1.290
Anteil an ordentlichen Aufwendungen	%	37,79%	39,72%	40,57%	42,79%	42,16%	41,95%
<b>2. Sonderergebnis</b>							
absoluter Betrag	€	2.724.448	1.716.438	1.555.412	0	0	0
<b>3. Gesamtergebnis</b>							
absoluter Betrag	€	9.397.098	6.281.877	6.192.106	1.392.484	9.243.000	5.441.000
<b>FINANZLAGE</b>							
<b>4. Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>							
absoluter Betrag	€	6.719.869	22.945.108	27.686.526	4.259.890	19.192.800	13.780.800
Betrag je Einwohner	€/EW	76	253	301	46	205	146
<b>5. Mindestzahlungsmittelüberschuss</b>							
absoluter Betrag	€	585.378	1.099.097	412.554	416.000	786.000	976.000
<b>6. Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel</b>							
absoluter Betrag	€	6.134.491	21.846.011	27.273.972	3.620.840	19.118.300	15.945.400
Betrag je Einwohner	€/EW	69	241	297	39	204	169
<b>7. Soll-Liquiditätsreserve (§ 22 Abs. 2 GemHVO)</b>							
absoluter Betrag	€	0	0	0	4.617.794	4.876.782	5.086.818
<b>8. voraussichtliche liquide Eigenmittel zum Jahresende <sup>2)</sup></b>							
absoluter Betrag	€	49.633.718	65.471.487	64.334.119	18.944.027	18.858.427	18.510.827
<b>KAPITALLAGE</b>							
<b>9. Eigenkapital</b>							
absoluter Betrag	€	556.073.016	563.794.911	578.904.746			
<b>9.1 Basiskapital (§ 61 Nr. 6 GemHVO)</b>							
absoluter Betrag	€	540.670.832	542.104.650	550.604.662			
<b>9.2 Eigenkapitalquote</b>							
Verhältnis Eigenkapital zu Bilanzsumme	%	70,68%	70,05%	71,25%			
<b>9.3 Fremdkapitalquote</b>							
Verhältnis Fremdkapital zu Bilanzsumme	%	29,32%	29,95%	28,75%			
<b>10 Anlagendeckung</b>							
Verhältnis langfr. Kapital zu langfr. Vermögen	%	105,01%	105,00%	102,56%			
<b>11. Verschuldung</b>							
absoluter Betrag	€	12.024.486	18.390.539	10.512.835			
Betrag je Einwohner	€/EW	133	200	113			
<b>11.1 Nettoneuverschuldung</b>							
absoluter Betrag	€	-585.378	-1.099.097	-412.554	4.584.000	214.000	10.024.000

<sup>1)</sup> Aus welchen Konten die Kennzahlen zu ermitteln sind, wird verbindlich auf der Internetseite des Innenministeriums ([www.im.baden-wuerttemberg.de](http://www.im.baden-wuerttemberg.de)) bekannt gemacht.

<sup>2)</sup> vgl. Zeile 9 in Anlage 22

## 9. Vermögensübersicht \*

Vermögen	Stand des Vermögens	Vermögensveränderungen					Stand des Vermögens
	zum 01. 01. 2016	Vermögenszugänge im Haushaltsjahr	Vermögensabgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Abschreibungen im Haushaltsjahr	am 31. 12. 2016
	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-
1	2	3	4	5 **	6	7	8
<b>1. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>669.778,69</b>	<b>204.046,66</b>	<b>1.301,56</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>259.693,99</b>	<b>612.829,80</b>
<b>2. Sachvermögen (ohne Vorräte)</b>	<b>580.005.338,33</b>	<b>37.359.802,47</b>	<b>1.779.011,76</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>19.267.314,99</b>	<b>596.318.814,05</b>
2.1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	69.164.556,21	1.491.849,80	1.155.040,57	86.041,58	0,00	427.613,84	69.159.793,18
2.2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	188.533.034,00	15.416.789,78	389.950,98	4.665.272,85	0,00	6.051.049,15	202.174.096,50
2.3. Infrastrukturvermögen	300.547.284,42	-420.969,96	55.949,03	3.791.978,26	0,00	10.593.036,63	293.269.307,06
2.4. Bauen auf fremden Grundstücken	443.557,95	11.654,77	0,00	0,00	0,00	17.293,94	437.918,78
2.5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	318.962,99	5.852,02	0,00	3.556,04	0,00	0,00	328.371,05
2.6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	6.302.297,00	1.416.360,70	39.407,98	59,62	0,00	857.191,03	6.822.118,31
2.7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.446.991,63	1.305.192,30	39.814,77	2.219,21	0,00	1.321.130,40	6.393.457,97
2.8. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	8.248.654,13	18.133.073,06	98.848,43	-8.549.127,56	0,00	0,00	17.733.751,20
<b>3. Finanzvermögen (ohne Forderungen und liquide Mittel)</b>	<b>197.997.648,31</b>	<b>18.667.927,99</b>	<b>29.182.113,70</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>187.483.462,60</b>
3.1. Anteile an verbundenen Unternehmen	49.210.444,28	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	49.210.443,28
3.2. Sonst. Beteilig. U. Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen od. and. Kommunalen Zusammenschlüssen	305.410,45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	305.410,45
3.3. Sondervermögen	28.780.409,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	28.780.409,01
3.4. Ausleihungen	60.058.300,98	11.559.270,77	5.182.112,70	0,00	0,00	0,00	66.435.459,05
3.5. Wertpapiere	59.643.083,59	7.108.657,22	24.000.000,00	0,00	0,00	0,00	42.751.740,81
<b>insgesamt</b>	<b>778.672.765,33</b>	<b>56.231.777,12</b>	<b>30.962.427,02</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>19.527.008,98</b>	<b>784.415.106,45</b>

\* "Anlagenspiegel"

\*\* In dieser Spalte werden Umgliederungen bereits vorhandener Vermögensgegenstände auf andere Positionen der Übersicht abgebildet

## 10. Schuldenübersicht

Art der Schulden (Gliederung richtet sich nach der Bilanz, Passivposten 4.1, 4.2 und 4.3; Anleihen, Kreditaufnahmen inklusive Kassenkredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte)	Gesamt- betrag zum 01.01.2016  -Euro-	Gesamt- betrag zum 31. 12. 2016  -Euro-	davon mit einer Restlaufzeit von			Mehr (+) weniger (-) ***** -Euro-
			bis zu 1 Jahr ** -Euro-	über 1 bis 5 Jahre *** -Euro-	mehr als 5 Jahre **** -Euro-	
1	2	3	4	5	6	7
<b>1. Geldschulden</b>	<b>18.390.539</b>	<b>10.512.836</b>	<b>415.698</b>	<b>4.220.423</b>	<b>5.876.714</b>	<b>-7.877.704</b>
1.1 Anleihen	0					0
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	10.925.389	10.512.835	415.698	4.220.423	5.876.714	-412.554
1.2.1 Bund	0	0				0
1.2.2 Land	0	0				0
1.2.3 Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0				0
1.2.4 Zweckverbände und dergleichen	0	0				0
1.2.5 Kreditinstitute	8.396.015	7.983.461	415.698	1.691.049	5.876.714	-412.554
1.2.5 sonstige Bereiche	2.529.374	2.529.374	0	2.529.374	0	0
1.3 Kassenkredite	7.465.150	0				-7.465.150
1.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0	0				0
<b>1. Gesamtschulden Kernhaushalt</b>	<b>18.390.539</b>	<b>10.512.836</b>	<b>415.698</b>	<b>4.220.423</b>	<b>5.876.714</b>	<b>-7.877.704</b>

nachrichtlich:

<b>2. Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung</b>							
<b>2.1 Eigenbetrieb Stadtentwässerung Ludwigsburg (SEL)</b>							
2.1.1 Anleihen							
2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	45.824.670	45.798.539	4.886.837	11.224.767	29.686.935		-26.131
2.1.3 Kassenkredite							
2.1.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften							
<b>2. Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung</b>							
<b>2.2 Eigenbetrieb Tourismus &amp; Events Ludwigsburg (TEL)</b>							
2.2.1 Anleihen							
2.2.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	11.213.706	10.629.909	613.394	2.780.716	7.235.798		-583.798
2.2.3 Kassenkredite							
2.2.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften							
<b>3. Gesamtschulden von Kernhaushalt und Sondervermögen mit Sonderrechnung</b>							
3.1 Anleihen	0	0	0	0	0		0
3.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	67.963.765	66.941.283	5.915.929	18.225.906	42.799.448		-1.022.482
3.3 Kassenkredite	7.465.150	0	0	0	0		-7.465.150
3.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0	0	0	0	0		0
Zwischensumme 3.1 + 3.2 + 3.3 + 3.4	75.428.915	66.941.283	5.915.929	18.225.906	42.799.448		-8.487.632
abzüglich Schulden zwischen Kernhaushalt und Sondervermögen mit Sonderrechnung	24.427.845	26.227.845	1.800.000	3.200.000	21.227.845		1.800.000
<b>3. Konsolidierte Gesamtschulden</b>	<b>51.001.071</b>	<b>40.713.439</b>	<b>4.115.929</b>	<b>15.025.906</b>	<b>21.571.603</b>		<b>-10.287.632</b>

\* entspricht Stand zum 31.12. des Vorjahres

\*\* Tilgung der Restschuld im 1. Folgejahr

\*\*\* Tilgung der Restschuld im 2. bis 5. Folgejahr

\*\*\*\* Tilgung der Restschuld ab dem 6. Folgejahr

\*\*\*\*\* Spalte 3 minus Spalte 2

## 11. Überschreitungen Haushalt 2016

Teil-HH	Profit-center	Betrag in €	Betreff/Bezug	Genehmigung durch
01	1114-001	50.000,00	Einrichtung eines separaten Ausgabebudgets für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit	OBM - Verfügung vom 19.12.2016
08	1111	17.600,00	Mehrbedarf aufgrund der Dienstreise nach Barcelona	FBL 20 - Verfügung vom 22.11.2016
08	1111	13.713,88	Mehrbedarf aufgrund ungeplantem Umzug des gesamten Fachbereichs und Stellenausschreibungen	FBL 20 - Verfügung vom 16.05.2017
08	1130	44.000,00	Mehrbedarf im Bereich Werbung / Öffentlichkeitsarbeit	OBM - Verfügung vom 22.11.2016
14	1113	2.000,00	Mehrbedarf aufgrund Übernahme Rechnungsprüfung für die Stadt Kornwestheim	FBL 20 - Verfügung vom 27.04.2016
14	1113	5.000,00	Mehrbedarf aufgrund Übernahme Rechnungsprüfung für die Stadt Kornwestheim	FBL 20 - Verfügung vom 29.11.2016
14	1113	15.000,00	Mehrbedarf aufgrund Übernahme Rechnungsprüfung für die Stadt Kornwestheim	FBL 20 - Verfügung vom 28.10.2015
17	3160	20.000,00	Förderung der Stiftung INVITARE	FBL 20 - Verfügung vom 23.01.2017
17	1114-017	13.986,72	Mehrbedarf aufgrund gestohlener Laptops im Mehrgenerationenhaus Grünbühl-Sonnenberg	FBL 20 - Verfügung vom 29.09.2016
41	2520	7.000,00	Museum Spendeneinnahmen werden nach 2017 übertragen	Vorlage 489/16 vom 05.12.2016
41	2610	115.000,00	Mehrbedarf Teilhaushalt 41 (insbesondere für Kulturprogramm im Forum)	Vorlage 112/16 vom 01.04.2016 und Vorlage 489/16 vom 05.12.2016
41	2620	5.000,00	Mehrbedarf aufgrund Sonderkonzert "Danke, Wolfgang Gönnerwein!" der LSF	FBL 20 - Verfügung vom 01.06.2016
41	2730	11.679,43	Mehrbedarf aufgrund erhöhtem Wach- und Schließdienst in der Karlskaserne	FBL 20 - Verfügung vom 22.09.2016
41	2730	20.000,00	Mehrbedarf aufgrund Bühnenreparaturen und gestiegenen Müllabfuhrkosten	OBM - Verfügung 230/16 vom 28.11.2016
41	2810	100.000,00	Einmalige Zuschusserhöhung	Vorlage 131/16 vom 11.04.2016
48	2720	1.500,00	Befristete Erhöhung des Beschäftigungsausmaßes einer Mitarbeiterin	FBL 20 - Verfügung vom 21.04.2016
61	5110-061	48.982,30	Mehrbedarf aufgrund externe Unterstützung für die Stellenbesetzung "Leitung Team integrierte Verkehrsplanung"	OBM - Verfügung 117/16 vom 10.06.2016
61	5110-061	300.000,00	Mehrbedarf für Honorare/Vergütungen der Stadt- und Verkehrsplanung	Vorlage 377/16 vom 04.11.2016
65	1124	600.000,00	Mehrbedarf aufgrund von Gebäudeschäden und technischer Defekte	Vorlage 430/16 vom 09.11.2016
65	9065	736.972,97	Mehrbedarf aufgrund hoher Abschreibungen und Wenigererträge im Bereich der Aktivierten Eigenleistungen und der Auflösung von Ertragszuschüssen	§ 84 Abs. 1 Satz 3 GemO

**Summe 2.127.435,30**

## 12. Bürgschaften und Patronatserklärungen zum 31.12.2016

### a. Bürgschaften

Darlehens- nehmer	Gläubiger	Ursprüngliche Höhe der Bürgschaftsübernahme EUR	Stand der Bürgschaftsübernahme zum 31.12.2015 EUR	Stand der Bürgschaftsübernahme zum 31.12.2016 EUR
<b>SWLB (ehem. LB Parkierungsanlagen GmbH)</b>	Kreissparkasse Ludwigsburg	2.045.167,52	138.585,11	6.409,28
	Kreditanstalt für Wiederaufbau	1.789.521,58	421.052,92	315.786,10
	Kreditanstalt für Wiederaufbau	1.406.052,67	454.891,81	372.182,17
	Commerzbank AG	1.406.052,67	542.877,74	448.464,22
	Kreissparkasse Ludwigsburg	3.200.000,00	2.222.214,40	2.044.435,20
	Kreissparkasse Ludwigsburg	1.623.940,46	974.364,26	811.970,22
		<b>11.470.734,90</b>	<b>4.753.986,24</b>	<b>3.999.247,19</b>
<b>Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH</b>	BW Landesbank	3.000.000,00	1.087.500,00	937.500,00
	Kreissparkasse Ludwigsburg	2.250.000,00	1.012.500,00	900.000,00
	Kreissparkasse Ludwigsburg	2.250.000,00	1.012.500,00	900.000,00
	Insolvenzversicherung	300.000,00	300.000,00	300.000,00
	DKB Deutsche Kreditbank AG	5.056.569,00	3.322.845,00	3.033.891,00
	Deutsche Bank AG	10.000.000,00	5.750.000,00	5.250.000,00
	Kreissparkasse Ludwigsburg	2.400.000,00	1.578.920,00	1.452.600,00
	Volksbank Ludwigsburg	2.800.000,00	1.820.000,00	1.680.000,00
	Volksbank Ludwigsburg	2.960.000,00	1.924.000,00	1.628.000,00
	Kreissparkasse Ludwigsburg	2.996.000,00	2.546.600,00	2.396.800,00
	Kreissparkasse Ludwigsburg	2.996.000,00	2.621.500,00	2.471.700,00
	Bürgerstiftung Ludwigsburg	1.221.619,00	1.221.619,00	1.221.619,00
	Volksbank Ludwigsburg	2.996.000,00	2.696.400,00	2.546.600,00
	DZ BANK Frankfurt a.M.	4.494.000,00	4.090.691,66	3.860.229,76
	DZ BANK Frankfurt a.M.	1.498.000,00	1.363.561,09	1.286.738,86
	Kreissparkasse Ludwigsburg	2.996.000,00	2.846.200,00	2.696.400,00
	Kreissparkasse Ludwigsburg	2.996.000,00	2.846.200,00	2.696.400,00
	Commerzbank AG	3.595.200,00	3.505.320,00	3.325.560,00
	Commerzbank AG	3.595.200,00	3.505.320,00	3.325.560,00
	Commerzbank AG	4.793.600,00	0,00	4.553.920,00
	<b>Summe SWLB (ohne Parkier.):</b>	<b>65.194.188,00</b>	<b>45.051.676,75</b>	<b>46.463.518,61</b>
	<b>Summe SWLB gesamt:</b>	<b>76.664.922,90</b>	<b>49.805.662,99</b>	<b>50.462.765,80</b>
<b>Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH</b>	L-Bank Baden-Württemberg	2.658.717,78	841.262,17	708.662,17
	Kreissparkasse Ludwigsburg	1.533.875,64	686.690,08	610.235,75
	Kreissparkasse Ludwigsburg	4.860.000,00	4.238.078,47	4.107.602,41
	Kreissparkasse Ludwigsburg	3.150.000,00	2.782.312,61	2.691.804,93
		<b>12.202.593,42</b>	<b>8.548.343,33</b>	<b>8.118.305,27</b>
<b>Gesamtsumme Bürgschaften städt. Beteiligungen:</b>		<b>88.867.516,32</b>	<b>58.354.006,32</b>	<b>58.581.071,06</b>

## 12. Bürgschaften und Patronatserklärungen zum 31.12.2016

<b>Sportvereinigung 07 Ludwigsburg e.V.</b>	Kreissparkasse LB Darlehenskonto 6 000 192 778	85.000,00	64.232,87	60.126,16
<b>Alexander-Stift GmbH</b>	Kreissparkasse LB Darlehenskonto 6 009 007 754	2.700.000,00	1.650.000,00	1.500.000,00
<b>AWO Ludwigsburg gGmbH</b>	Kreissparkasse LB Darlehenskonto 60 384 625	3.579.043,17	544.354,05	339.837,29
<b>Stiftung Evangelisches Altenheim Ludwigsburg</b>	Kreissparkasse LB Darlehenskonto 60 506 946	2.595.106,94	520.004,71	425.231,20
		<b>8.959.150,11</b>	<b>2.778.591,63</b>	<b>2.325.194,65</b>
<b>Gesamtsumme Bürgschaften</b>		<b>97.826.666,43</b>	<b>61.132.597,95</b>	<b>60.906.265,71</b>

### b. Patronatserklärungen

Begünstigte	Gläubiger	Ursprüngliche Höhe der Patronatsübernahme EUR	Stand der Patronatsübernahme zum 31.12.2015 EUR	Stand der Patronatsübernahme zum 31.12.2016 EUR
<b>Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH</b>	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Patronatserklärung	10.085.000,00	6.051.000,00	4.034.000,00
<b>Summe Patronatserklärungen:</b>		<b>10.085.000,00</b>	<b>6.051.000,00</b>	<b>4.034.000,00</b>